Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachm., außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus für Monat September 2,60 Mark; durch die Post bezogen 2,55 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e.G.m.b.H., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig i. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1065 45 Fritz Kroll, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Montag, den 15. September 1924 | 4. Jahrgang * Nr. 165

67 Jahre Zuchthaus und 10½ Jahre Gefängnis!

Das Urteil des Staatsgerichtshofes gegen 11 Elberfelder Arbeiter

TU. Leipzig, den 13. September 1924

Im Prozeß gegen die Elberfelder Kommunisten wurde heute vom Staatsgerichtshof gegen 8 Uhr folgendes Urteil verkündet: Es wurden verurteilt: Die Angeklagten Michels und Clemm zu je 12 Jahren Zuchthaus, Clemm außerdem 300 Mk. Geldstrafe; der Angeklagte Groß zu 11 Jahren Zuchthaus und 300 Mk. Geldstrafe; Rusch und Elbers zu je 10 Jahren Zuchthaus; Schurf zu 7 Jahren Zuchthaus und 300 Mk. Geldstrafe; Becher zu 5 Jahren Zuchthaus; Salewski und Zins zu je 4 Jahren Gefängnis; Gitting zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 100 Mk. Geldstrafe, und Engels zu 1 Jahr Gefängnis und 100 Mk. Geldstrafe. Durch die Untersuchungshaft gelten die Geldstrafen und 5 Monate der verhängten Freiheitsstrafen als verbüßt.

Zuchthausstrafen bis zu 12jähriger Dauer! Das ist das Urteil des Staatsgerichtshofes über die elf Elberfelder Arbeiter, die hiermit nach diesem ungeheuerlichem Verdikt einer Folter entgegengehen sollen, die schrecklicher ist als der Tod. Mit Rechtspflege hat dieses Urteil nichts zu tun. Das ist ein Hinrichten, kein Richten. Es ist die Rache- und Terrorjustiz einer herrschenden, besitzenden Klasse, die nicht fähig ist, dem arbeitenden Volke Brot und Erwerbsmöglichkeit zu geben, die nur noch mit der bestialischen Gewalt ihre blutbesudelte Herrschaft zu behaupten versucht.

Die so gut wie zum martervollen Tode verurteilten elf Elberfelder Arbeiter haben im Herbst 1923, nach der Reichswehrexekutive in Sachsen und Thüringen, in der Zeit, da Ludendorff und Hitler sich zum bewaffneten Putsch erhoben, in der Zeit des furchtbarsten Massenhungers im Westen, weil sie sich bedroht fühlten und aus eigenen Antrieb Waffen zur Abwehr der faszistischen Banden, zum Schutz ihrer Arbeitsbrüder verschafft. Wir veröffentlichen an anderer Stelle dieses Blattes amtliches Material, das zeigt, gegen welches grauenhafte Elend sich diese Arbeiter zu verteidigen suchten. Die elf Elberfelder Arbeiter haben Schupposoldaten entwaffnet, von denen einer im Ringen getötet wurde. Frei und aufrecht haben die Arbeiter über die Gründe ihres Handelns dem Gericht Auskunft gegeben. Einwandfrei wurde festgestellt, daß der Gefallene nicht absichtlich getötet wurde. 12 Jahre Zuchthaus ist das Urteil dieses Staatsgerichtshofes!

Sozialdemokraten haben an diesem Urteil mitgewirkt. Dieselben Personen, die sich erlauben, im Namen der Menschlichkeit gegen eine nicht existierende Rachejustiz der Sowjetregierung zu protestieren.

Die Verurteilung revolutionärer Arbeiter zu 12 Jahren Zuchthaus findet dagegen die volle Billigung des sozialdemokratischen Führergesindels, dieser bluttriefenden Henkersknechte, die in Deutschland die Amnestie verhindert haben.

12 Jahre Zuchthaus! Doch das letzte Wort ist noch nicht gesprochen! Jeder ehrliche deutsche Arbeiter, jeder klassenbewußte, jeder aufrechte Proletarier, der Hunger und Not kennen gelernt hat, stimmt lauter, dringender in den Ruf nach sofortiger Amnestie der proletarischen politischen Gefangenen. 12 Jahre Zuchthaus! Dieses Entsetzenswort muß jedem Arbeiter auf den Plan rufen und zum leidenschaftlichen Mitkämpfer um die Amnestie machen!

Wir können den so zu Zuchthaus verurteilten Arbeitern versichern, daß sie diese Zeit nicht hinter Zuchthausmauern verbringen werden. Dafür werden die deutschen Arbeiter sorgen!

21 oberschlesische SPD.-Ortsgruppen zur KPD. übergetreten!

Abrechnung der Arbeiter mit der Partei der Lakaien des internationalen Kapitals

(Eig. Drahtm.) Hindenburg (O.-S.), 15. September.

Verknüpft mit einer großen Massenversammlung fand in Hindenburg der Vereinigungsparteitag zwischen den oppositionellen Gruppen der SPD. und der Kommunistischen Partei statt, zu dem

21 oppositionelle SPD.-Ortsgruppen

vertreten waren. Zahlreiche Begrüßungstelegramme waren eingelaufen. Der Ruhrbezirk hatte den Reichstagsabgeordneten Peter Maslowsky als Delegierten entsandt mit dem Auftrage, besonders die enge Schicksals- und Kampfgemeinschaft der Berg- und Metallarbeiter beider Gebiete zum Ausdruck zu bringen. Als Vertreter der Zentrale sprach Wilhelm Pieck. In seinem Referat würdigte er die Bedeutung der Vereinigung zwischen den oppositionellen Sozialdemokraten und den Kommunisten. Er betonte besonders, daß, wenn in der vergangenen Zeit der schärfste Kampf geführt wurde zwischen Sozialdemokraten und KPD., dieser Kampf von seiten der Kommunisten niemals den SPD.-Arbeitern, sondern stets und ausschließlich den verräterischen Führern galt.

Nachdem ergriff als Führer der oppositionellen SPD.-Ortsgruppen der Gleiwitzer SPD.-Stadtverordnete Georg Ziaja zu einem oft von Beifall unterbrochenen Referat das Wort. Er führte aus:

„Wir oppositionellen Sozialdemokraten haben gehofft, daß mit der Reichstagswahl vom 4. Mai der oft versprochene Umschwung in der Politik der Sozialdemokraten kommen werde. Wir sind schmählich enttäuscht worden. Nichts ist seit dem 4. Mai besser geworden, sondern im Gegenteil noch viel schlimmer. Die SPD.-Führer geben der Regierung Marx-Stresemann ausdrücklich die Vollmacht zur nationalen und internationalen Ausbeutung der Arbeiterklasse durch das Weltfinanzkapital. Die SPD.-Führer sind eine der Hauptstützen des Londoner Paktes, der den deutschen Arbeitern nur Tod und Verderben bringen kann. Die SPD.-Führer stellen jetzt bedenkenlos und schamlos dem Kapital noch eine Schutzgarde in Form des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und deshalb war eine Trennung unvermeidlich. Die SPD.-Opposition im alten Sinne ist erledigt. Sie hat nur dann Daseinsberechtigung, wenn sie im ganzen Reiche mit aller Macht den organisatorischen Zusammenschluß mit der Kommunistischen Partei betreibt."

Einstimmig wurde die Vereinigung mit der KPD. beschlossen und eine Resolution angenommen, die sich auf das schärfste wendet gegen die Sachverständigenpläne, gegen die Kapitalschutztruppe Schwarz-Rot-Gold. Die noch bestehenden oppositionellen sozialdemokratischen Ortsgruppen wurden aufgefordert, ebenfalls zur Kommunistischen Partei zu stoßen. Mit dem Gesang der Internationale wurde der Vereinigungsparteitag geschlossen.

Trotz aller krampfhaften Ableugnungsversuche der sozialdemokratischen Presse ist die Vereinigung der oberschlesischen SPD. mit der KPD. Tatsache geworden.

„Weit ab vom Schuß" — wie unser oberschlesisches Bruderorgan treffend feststellte — glaubten sozialdemokratische Federhelden diesen mutigen und entschlossenen Schritt ehrlicher proletarischer Klassenkämpfer aus der Welt schwindeln zu können.

Das soll ihnen nicht gelingen!

Auch der letzte sozialdemokratische Arbeiter muß erfahren, welche Antwort seine oberschlesischen Kanonen auf die schamlose Zustimmung zum Dawes-Gutachten, auf die Bildung des faszistischen „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold" fanden. Auch dem letzten ehrlichen Proleten in der Partei der Ebert-Noske-Leinert muß gezeigt werden, auf welchem Wege seine Parteigenossen in Oberschlesien den Anschluß an den Klassenkampf wieder fanden.

Selbst WTB. berichtet den Uebertritt!

Das Wolffsche Telegraphen-Bureau verbreitet heute morgen folgendes Privattelegramm:

Hindenburg, 12. September.

Wie wir erfahren, hat hier ein von oppositionellen Ortsgruppen der SPD. Oberschlesiens und der KPD. gemeinsam veranstalteter Parteitag stattgefunden, auf dem auf Grund einer einstimmig angenommenen Resolution, die sich im wesentlichen gegen das Dawes-Gutachten richtete, der Zusammenschluß von 21 oppositionellen Ortsgruppen der SPD. und der KPD. beschlossen sein soll.

Und da wagt Schwindel-Wolfsblättchen zu schreiben, in Oberschlesien sei von dem Uebertritt „nichts bekannt"! Ja, ja, Lügen haben kurze Beine . . .

„Bolschewistische Banden" und zivilisierte Expeditionskorps: es riecht nach Krieg!

1. „Verboten für Hunde und Chinesen!"

A. M. Das heilige, durch Clemenceau, Lloyd George und Wilson gerettete und durch Macdonald, Herriot und Morgan nebst Hughes erneuerte Selbstbestimmungsrecht der Völker hat es mit sich gebracht, daß noch ein Land existiert, welches China heißt und von ungefähr 400 Millionen Chinesen bewohnt wird.

Das heilige Recht der europäischen Zivilisation und die von Gott selbst gewollte Ueberlegenheit der weißen Rasse zwang vor 25 Jahren die weiße Rasse, die „heiligsten Güter" in China gegen die „gelbe Gefahr" zu schützen. Unter der bewährten Führung von Vorkämpfern der Zivilisation, wie es Kosakengenerale des Zaren neben den wilhelminischen „Hunnen" waren, von heiligem Ernst für die Sache der weißen Rasse durchdrungen, wie es sicherlich die so schneeweißen japanischen Soldaten taten, räuberten, mordeten und stahlen die Expeditionskorps aller Länder nach Herzenslust und zwangen die damals noch kaiserliche Chinesen-Regierung zur Unterzeichnung eines „Friedensvertrages", an dem noch die heutige Republik China schwer schleppt.

Dieser Vertrag legt dem Lande nicht nur laufende Tributzahlungen — als „Sühne", versteht sich — auf, sondern verschafft dem weißen Räubergesindel Vorteile, die durch nichts berechtigt sind. Weiße Räuber, Mörder, Diebe werden in China von ihren eigenen Gerichten „abgeurteilt", wie, das werden wir auch gleich sehen. Dagegen werden Chinesen, die einen Konflikt mit Weißen haben, ebenfalls von den fremden Gerichten abgeurteilt; wie, das werden wir gleich sehen. Ueberdies haben die weißen Räuber — zu denen immer die Japaner gehören — sich in jeder Stadt privilegierte Stadtteile geschaffen, die kein Chinese betreten darf. Man liest an den Eingängen des Parks: „Verboten für Hunde und Chinesen!" und auf den Bänken steht überall geschrieben: „Only for foreigners!", „Nur für Ausländer!" So sorgen die Kulturbringer für genügende Verbreitung ihrer Anschauungen über „Demokratie", „Selbstbestimmungsrecht" und ähnliche schöne Sachen.

2. 400 Hiebe auf die Fußsohlen, 4 Jahre Gefängnis, 2 Todesurteile, 25 Dollar Geldstrafe

Peking ist, wie allgemein bekannt, die Hauptstadt der chinesischen Republik. In dieser Hauptstadt gibt es ein Gesandtschaftsviertel — only for foreigners, nur für Ausländer. Aber der Teufel wollte, daß auch eine gewisse Mauer für Hunde und Chinesen verboten war, auf der eines Tages der chinesische Soldat Li Zu An nichsahnend spazieren ging. Erstens wurde er von der eigenen Polizei der Kulturpioniere verhaftet und bekam 400 Hiebe mit dem Bambusknüppel auf die Fußsohlen. Denn die Weißen, inklusive Japans, von jeher weiße Vertreter, sehen auf Ordnung.

Die chinesische Soldat schwor Rache. Er beschloß, für je zehn Hiebe, die er bekommen, einen der weißen Räuber durchzuprügeln; er hatte also vierzig der Pioniere der Zivilisation zu prügeln. Als er drei durchgeprügelt hatte, ergriff ihn dieselbe eigene Polizei der Kulturpioniere, stellte ihn vor ein nach dem „Selbstbestimmungsrecht" aus edlen Englishmen zusammengesetztes „Gericht" — und er wurde, versteht sich, zu vier Jahren Gefängnis verurteilt; pro hundert Hiebe ein Jahr; einige Monate erhielt er gratis als Zugabe, vermutlich der Kultur wegen.

Genosse Trotzki, der in mehreren politischen Reden der letzten Zeit auf diesen schönen Vorfall zu sprechen kam, betonte immer wieder, daß die Sympathien der russischen Arbeiter und Bauern zweifellos bei dem Soldaten Li Zu An seien, nicht bei den „Kulturträgern". Und es ist zweifellos, daß dasselbe für alle Länder gilt: die klassenbewußten Arbeiter werden bedauern, daß Li Zu An nicht alle vierzig Räuber hat durchprügeln können, die Bourgeois aber werden über die „gelbe Gefahr" geifernd reden.

Doch die Sache ist noch nicht zu Ende. Denn wir wollen nicht Kulturbilder malen, sondern den politischen Sinn dieser Geschichte klarstellen. Aber vorher wollen wir doch noch „Kulturbilder" ausmalen.

Besoffene europäische „Kulturträger" treffen ungefähr — um dieselbe Zeit, wo Li Zu An die drei Europäer prügelte, — in einer anderen Stadt einige Chinesen und schlagen einen davon, zum Vergnügen, halb tot, während die andern gelinder davonkommen.

Sie werden von einem Gericht von Engländern zu 25 Dollar Geldstrafe verurteilt. Man nennt das ein gerechtes Urteil, und es ist klar, daß bei den zwei genannten Urteilen, die mit der gleichen Gerechtigkeit gefällt werden, weder Klassen- noch Rassengründe mitsprechen.

Damit aber die „Kultur" in ihrem vollen Glanze erstrahle, wird noch folgendes Stück geliefert.

Ein amerikanischer Schiffer fährt einen chinesischen Fluß hinauf. Die Stadt an der Mündung ist, wie viele chinesische Städte, übervölkert, und unzählige Boote, auf denen unzählige Familien hausen, liegen auf dem Fluß. Der amerikanische Gott fordert, versteht sich, daß mit Windeseile alles ihm, dem Kulturbringer, den Weg räume. Das geht manchmal nicht so schnell. Deshalb beginnt der Pionier der Zivilisation auf die chinesischen Schiffer wüst zu schimpfen, gestikuliert wie ein Verrückter, fällt ins Wasser und ersäuft. So sagen die Zeugen aus.

Aber die „Kultur" verlangt Sühne. Und so rückt ein englisches Kanonenboot vor die Stadt, richtet — Kanonenboot des Friedensapostels Macdonald und seiner 2. Internationale! — die Rohre auf die Stadt und fordert „Sühne". Die besteht darin, daß man ihm die beiden Vorsitzenden des Schifferverbandes der Stadt ausliefert, und der englische Kapitän läßt die beiden hinrichten. Der Kultur ist Genüge getan. So ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240915-15/fragment/page=0001

schehen in der Republik China und durch ein Kanonenboot des Macdonaldschen England.

3. Die Umgruppierung im fernen Osten und die Schmerzen des ehrenwerten Hughes

Solche Methoden sind der imperialistischen „Kultur" durchaus eigentümlich, und man sieht, wie 1924 Macdonals Kapitäne genau nach Wilhelm II. Rezept handeln. („Pardon wird nicht gegeben," ... daß kein Chinese es wagt, in hundert Jahren einen Deutschen scheel anzusehen"), und die Diplomaten aller „zivilisierten" Staaten in Peking sollten dem „schneidigen" Vorgehen des englischen Kanonenbootes höchstes Lob.

Es gibt nur eine Ausnahme, und das ist der Nagel zum Verständnis der Situation. **Diese Ausnahme ist die Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken.**

Die USSR. hat mit China einen Vertrag auf dem Fuße völliger Gleichberechtigung abgeschlossen. Sie hat auf die Rußland „zukommenden" Tribute aus dem Boxerprotokoll verzichtet, zugunsten einer Verwendung zu Erziehungszwecken in China. Sie hat einen Botschafter in China ernannt, während die imperialistischen Staaten sich mit Gesandten begnügen. Sie hat unzweideutig erklärt, daß sie an der Seite Chinas gegen die imperialistischen Räuber stehen, denen es auf die Bodenschätze des Landes und auf seine Zerreißung ankommt.

Nicht nur der Botschafter der USSR., Genosse Karachan, hat das in China wiederholt erklärt, sondern Genosse Trotzki hat in den schon erwähnten Reden, anknüpfend an die „Kulturtaten" der Imperialisten, sehr unzweideutig und beredt auseinandergesetzt, wem die Sympathien der 130 Millionen Arbeiter und Bauern der Sowjetrepubliken gehören, und die Moskauer Arbeiter haben höchst demonstrativ eine Begrüßung an den Soldaten Li abgeschickt.

Und der ganze Osten, ganz Asien versteht, daß der russisch-chinesische Vertrag die Kräfte im Fernen Osten umgruppiert.

Ganz Asien versteht, daß die Imperialisten einen Räuberblock bilden, und daß ganz Asien sich ihm entgegenstellen muß, unterstützt von einem einzigen wirklichen Freund, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken.

Die chinesische Gesellschaft des Kampfes gegen den Imperialismus schickt an Genossen Trotzki einen Brief, in dem sie u. a. sagt:

„Der englische Gesandte in China hat ungesetzlicherweise den Soldaten Li Ju An verhaftet. Alle gesellschaftlichen Organisationen haben darauf ein gemeinsames Meeting veranstaltet, um ihr Verhalten England gegenüber zu klären und haben an die englische Regierung telegraphiert und sie gebeten, den englischen Botschafter in China abzuberufen und alle ungerechten Verträge, welche China durch England aufgezwungen worden sind, zu annullieren. Aber Macdonald, der Ministerpräsident einer Regierung, die sich Regierung der Arbeiterpartei nennt, hat dieser gerechten Forderung keinerlei Aufmerksamkeit geschenkt. Wir sind voll von Entrüstung beim bloßen Gedanken daran. Aus Zeitungen wissen wir, daß Sie in Ihren Reden oft Ihre Sympathie für Li Ju An betont haben .... 90 Jahre sind vergangen, seit China in eine Halbkolonie verwandelt worden ist, die täglich an den aggressiven Attacken leidet . . . Wir haben alle Personen und Organisationen, die mit unserer Sache in Peking und in der Provinz sympathisieren, in einer besonderen Gesellschaft zum Kampfe gegen den Imperialismus vereinigt, **die zum internationalen Kampf gegen den Imperialismus bis zu Ende** geschaffen ist . . . Die USSR. hat als erste den Kampf gegen den Imperialismus aufgenommen und ist der Freund aller schwachen und unterdrückten Nationalitäten. Indem wir Ihnen unseren aufrichtigen Dank für die Sympathie mit Li Ju An aussprechen, hoffen wir, von Ihnen Ratschläge und Fingerzeige zu erhalten, wie man gegen die Angriffe kämpfen soll und wie man die ganze Welt radikal umbauen soll."

Dieser Brief vom 18. August ist ein Stimmungsbild und macht es verständlich, daß der ehrenwerte Hughes unruhig wird.

Herr Hughes „studiert" jetzt die fernöstlichen Fragen, wie er durch seine Presse mitteilen läßt, und zwar hauptsächlich die Fragen der ostchinesischen Eisenbahn (damit fängt das Studium immer an!), die „beunruhigende" Frage des Ranges des Botschafters (denn die Rangerhöhung stört alle Gewohnheiten des diplomatischen Korps); sehr beunruhigend ist auch, daß Karachan über die Verwendung der Rußland „zukommenden" Gelder, die ja zu Erziehungszwecken gehen, mit den chinesischen Behörden zusammen wacht, denn dadurch könnte, wie Herr Hughes sich ausdrückt, „die chinesische Jugend nicht die entsprechende Erziehung erhalten". Es ist richtig, daß sie kaum mit Missionstraktätchen beglückt werden wird. Der amerikanische Gesandte in China, Sheimann, ist nach Washington gefahren, um die Fragen werden, wie gesagt, „studiert". Die Eisenbahn, so läßt Herr Hughes sagen, müßte „eigentlich", seiner Handelsinteressen wegen, Japan — hört ihr wohl? — kontrollieren. Mit Speck fängt man Mäuse und nach der Antisjapanbill dieses Frühlings, die alle Japaner von der Einwanderung in die Vereinigten Staaten ausschließt, wäre ein Krieg Japans gegen Rußland, geführt für die Interessen Rockefellers, rührend.

4. Probieren geht über Studieren

Doch mit dem Studium begnügt sich der edle Friedensbringer nicht. Probieren geht über Studieren, und umsonst will er seine diesjährige Reise nach Europa auch nicht gemacht haben.

Also wird in China der Bürgerkrieg wieder aufgefrischt.

Amerika wie Japan haben in China einige Generale und sogar „Marschälle" an der Hand, die sie bezahlen und die jahrelang für sie Bürgerkrieg führen. Diese Methode ist beliebt: nicht zur unrechten Zeit ist der frühere Sozialrevolutionär Sawinkow in Minsk gefangen worden und hat die „Geheimnisse", die jeder kannte, bestätigt, daß nämlich seit 1918 jeder weißgardistische Aufstand und der ganze Bürgerkrieg in Rußland (dessen tätigster Organisator er war), von den edlen Regierern Englands, Frankreichs und Amerikas finanziert worden ist.

Aber gerade in diesem Augenblick ist das Wiederaufleben des Bürgerkrieges in China für Herrn Hughes besonders vorteilhaft: wird doch die „Zivilisation" wieder auf den Plan gerufen werden, wird man doch wieder „Leben und Eigentum" der „Europäer" zu schützen haben, wird man dabei eine Komödie wie 1900 beim Boxeraufstand inszenieren können. Und wird man vor allem vielleicht einen „kulturellen" Konflikt **mit der Sowjetunion** herbeiführen können, den wackeren „Marschall" Tschang Tso Lin aus der Mandschurei nach Sibirien bringen und überhaupt einen fröhlichen Krieg gegen die Bolschewisten („zur Befreiung" der Eisenbahnen und Bodenschätze in China, d. h. zur Teilung Chinas) zustande bekommen.

Es riecht nach Krieg.

Und wenn die Arbeiter aller Länder nicht aufpassen und aktiv eingreifen, wird die Aera des Friedens, die Hughes, Dawes, Macdonald und Herriot ankündigen, trotz der glorreichen zweiten Internationale mit einem neuen ungeheuren Blutbad beginnen.

5. Die „bolschewistischen Banden" in Polen

Doch Herr Hughes ist ein sorgsamer Stratege. Er hat dafür gesorgt, daß auch in Europa Rußland angegriffen werden kann.

In den letzten Wochen häufen sich die verdächtigen Meldungen, daß „bolschewistische Banden" an der polnisch-russischen Grenze Polen angreifen. So ist die herrliche Stadt Stolpec von einer solchen „bolschewistischen Bande" überfallen worden. Wer dieses jämmerliche Nest einmal in seinem Leben gesehen, der weiß, daß es keinem Menschen einfallen wird, die Grenze zu überschreiten, um diese Metropole zu überfallen.

Es ist Schwindel, was da von „bolschewistischen Banden" gefaselt wird. Es handelt sich einfach um weißrussische Partisanenabteilungen, die ihre Liebe zur polnischen Unterdrückung durch Ueberfälle auf polnische Beamte, polnische Staatseinrichtungen und polnische Häuser kundtun.

Die Unterdrückung der nationalen Minderheiten in Polen (Ukrainer, Weißrussen, Juden, Deutsche, Litauer) wird immer unerträglicher. Die Lage in Polen selbst wird immer unsicherer. Dazu kommt, daß jenseits der Grenze, in der USSR., autonome, nationale Republiken, Weißrußland, Ukraine existieren. Die weißrussische Sowjetrepublik ist erst vor kurzer Zeit ohne alle Schwierigkeiten vergrößert worden: es ergab sich, daß zur russischen Republik Gebiete geschlagen waren, die sprachlich nach Weißrußland gehörten; man änderte die Grenzen und die weißrussische Sowjetrepublik stieg von 1,5 Millionen auf 4 Millionen.

Genosse Trotzki sagte mit Recht, daß diese Grenzregulierung innerhalb der USSR. einige Armeekorps wert sei.

Unter solchen Umständen ist es klar, daß die in Polen schwer unterdrückten Weißrussen und Ukrainer zur USSR. wollen, wo sie volle nationale Rechte besitzen. Und unter solchen Umständen ist es erklärlich, daß die Bauern Partisanenüberfälle auf die polnischen Beamten unternehmen.

Aber das Geschrei über „bolschewistische Banden" in Polen, in Rumänien, auf dem ganzen Balkan — **das ist bestellte Arbeit.**

Herr Hughes hat Herrn Herriot befohlen, Herr Herriot hat den von ihm abhängigen Regierungen der Vasallenstaaten befohlen, und es beginnt die notwendige Vorbereitung der „öffentlichen Meinung". Dazu setzt verstärkte Spionage von Polen aus ein, von der allerlei in den letzten Wochen entdeckt worden ist.

Es riecht nach Krieg.

Und wenn nicht die Arbeiter der ganzen Welt aufpassen und den Räubern in den Arm fallen, wird ein neues, ungeheures Blutvergießen die Aera jener „Befriedung" eröffnen, welche die zweite Internationale zur Einschläferung des Proletariats kündet.

Noch keine Kriegsschuldnote!

Motto: Nur zeiget auch der Mameluck ...

Bekanntlich hat die deutsche Regierung am Tage der Annahme des Dawes-Gutachtens mitgeteilt, sie werde eine Note über die Unschuld Deutschlands am Kriege an die Entente-Regierungen richten. Diese Note ist immer weiter hinausgeschoben worden, und wie die bürgerlichen Blätter heute morgen melden, wird erst die am 22. September stattfindende Kabinettssitzung über die Frage der Absendung entscheiden.

Diese famose Kriegsschuldnote wird als innenpolitischer Konjunkturartikel benutzt. Die Deutschnationalen versuchen, mit ihr, die ihnen davonlaufenden Massen festzuhalten. Darum markieren sie in dieser Frage den wilden Mann und fordern sofortige Absendung der Note. Ihr Geschrei ist natürlich nicht ernst zu nehmen.

Das bürgerliche Deutschland ist derart charakterlos und erbärmlich, daß es auch nicht den leisesten Protest gegen die Entente wagen wird.

Morgan-Direktor Oeser

Berlin, 15. September.

Die erste Sitzung des Generalrats der neuen Reichsbahngesellschaft wird am 25. September stattfinden. Generaldirektor der Morgan-Gesellschaft wird der demokratische Reichswehrminister Oeser werden, der dann aus der Regierung ausscheidet. Die übrigen deutschen Vertreter in dem vorwiegend ausländischen Generalrat werden Beauftragte der Industrien, der Banken, der Großagrarier usw. sein.

Die Massenarbeitslosigkeit

WTB. meldet:

Berlin, 13. September.

In der Zeit vom 15. August bis zum 1. September 1924 ist im unbesetzten deutschen Gebiet die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen von 357 000 auf 371 000, die Zahl der Zuschlagsempfänger — unterstützungsberechtigten Angehörigen Vollerwerbsloser — von 422 000 auf 436 000 gestiegen. Zu beobachten bleibt, daß neben den unterstützten noch eine nicht unbeträchtliche Zahl Erwerbsloser vorhanden ist, die nach dem gegenwärtigen Stand der Bestimmungen Unterstützung nicht erhalten.

Die halbe Million Unterstützungsberechtigter, Vollerwerbsloser sind, wie selbst WTB. zugeben muß, natürlich nur ein Teil der wirklich von der Arbeitslosigkeit Betroffenen. Ein großer Teil der Erwerbslosen bezieht keine Unterstützung. So wird uns aus Düsseldorf gemeldet:

(Eig. Drahtm.) Düsseldorf, 15. September.

Die Zahl der Erwerbslosen in Düsseldorf beträgt 30 000. Davon erhalten nur 11 000 Unterstützung, 4000 stempeln ohne Unterstützung, 14 200 sind von der Unterstützung ausgeschlossen, da sie zu lange arbeitslos waren. (!)

Auch hier ist klar ersichtlich, daß die wirkliche Zahl der Erwerbslosen weit mehr als das Doppelte der Unterstützungsbeziehenden beträgt. Nach dieser Rechnung kann man im Reich etwa eineinhalb Millionen Arbeitslose (ohne Kurzarbeiter!) annehmen.

Diese anderthalb Millionen sind die ersten Opfer des Londoner Abkommens. Hunderttausende werden ihnen in den nächsten Tagen folgen.

Die Verelendung der Angestellten und Beamten

Folge der Wirtschaftskrise

Düsseldorf, 12. September.

Die Massenentlassungen unter den Angestellten und Beamten haben einen furchtbaren Umfang angenommen.

Der Rheinmetall, die mit 400 Kündigungen voranging, folgen jetzt die Leverkusener Farbwerke, welche ihren Beamtenstand auf 40 Prozent unter die Friedensstärke reduzieren. Das Karlswerk in Köln-Mülhheim hat 170 Beamten gekündigt. Ueberall wird aus den behaltenen Kräften soviel Mehrleistung herausgepreßt, daß die fehlenden Kräfte ersetzt werden. Dabei haben die Angestellten fast durchweg völlig unzulängliche Gehälter. Die Angestelltenorganisationen der rheinisch-westfälischen Metallindustrie führten einen monatelangen Verhandlungs-„kampf", der am 27. August zu einem geradezu unerhörten Schiedsspruch führte, durch welchen die Gehälter auf 60 Prozent des Friedensstandes gedrückt werden sollen. Natürlich sind die Angestellten- und Beamtenorganisationen, solange sie von dem reformistischen Geist beherrscht werden, nicht in der Lage, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten.

Unter den Angestellten ist das Elend ebenso groß. Seit Anfang 1924 sind 180 000 von ihnen auf die Straße gesetzt worden. Der Rest arbeitet bei ganz erbärmlichen Gehältern für die heraus-geworfenen mit. Es muß mit aller Energie auf die Solidarisierung der Angestellten und Arbeiter hingearbeitet werden. Nur durch die Einreihung in eine gemeinsame Kampffront kann der brutale Vorstoß der Ausbeuter, die alle Lasten auf die Werktätigen abwälzen wollen, zurückgeschlagen werden.

80 Prozent der Kinos unter Geschäftsaufsicht

Leipzig, 11. September.

Einen Einblick in den ungeheueren Umfang, den die Wirtschaftskrise bereits angenommen hat, gibt die Tatsache, die auf der Hauptversammlung des Reichsverbandes der deutschen Lichtspieltheaterbesitzer bekanntgegeben wurde. Danach stehen bis jetzt 80 Prozent aller deutschen Lichtspieltheater unter Geschäftsaufsicht.

Schwarz-Rot-Goldene Pleite

(Eig. Drahtm.) Solingen, 15. September.

Gestern fand hier die Bannerweihe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold statt. Unter 500 importierten schwarzrotgoldenen Falzisten aus Elberfeld, Barmen, Schwelm und Hagen befanden sich etwa 30 Solinger „Republikaner", bestehend aus einigen SPD.-Bonzen, einigen Demokraten und einigen Zentrumsleuten. Die SPD.-Arbeiter haben sich dem Rummel gänzlich ferngehalten.

Das Gegenstück: Erfolge der KPD.

(Eig. Drahtm. Krefeld, 15. September.

Trotz ungeheuerer Erschwerung durch die Polizei konnten unsere Genossen in der Werbewoche 600 neue Abonnenten gewinnen.

Vom Wachstum der kommunistischen Presse

Unser Parteiorgan, die „Arbeiter-Tribüne" in Krefeld, hat durch intensive Werbearbeit die Zahl der Abonnenten von August bis September um 734 gesteigert. Allein in der Ortsgruppe München-Gladbach wurden 200 neue Abonnenten gewonnen, in Neuß 140, in Viersen 80, in Odenkirchen 65, in Fischeln 60, in Goch 35 und in Königshof 50 neue Abonnenten.

Genossen in den anderen Bezirken, **macht es nach!**

Blutige Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Stahlhelm

(Eig. Drahtm.) Dessau, 15. September.

Bei dem anhaltischen Frontsoldatentag kam es zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Stahlhelmleuten. Die Mitglieder des Stahlhelms und Wehrwolfs schossen auf Arbeiter und mißhandelten und verletzten eine Reihe von Arbeitern. Die Polizei griff nicht ein, schützte höchstens an mehreren Stellen die Stahlhelmleute gegen die empörten Arbeiter.

(Eig. Drahtm.) Stettin, 15. September.

Bei einer Stahlhelmparade kam es zu blutigen Zusammenstößen. Die Arbeiter versuchten eine Gegendemonstration zu machen, die von Faszisten überfallen wurde. Die Stahlhelmleute schossen auf die Arbeiter. Ein Arbeiter wurde getötet, sechs Personen schwer verletzt. Die Polizei griff zugunsten der Stahlhelmer ein.

Eine feine völkische Nummer

Nürnberg, 15. September.

Im Germanischen Museum in Nürnberg waren vor einiger Zeit wertvolle Stücke aus der Handschriften- und Siegelsammlung gestohlen worden, u. a. Briefe von Andreas Hofer. Als Dieb wurde jetzt, wie uns unser bayerischer Vertreter meldet, ein Angestellter des Museums, Kunz, entlarvt, der nach anfänglichem Leugnen den Diebstahl auch zugab. Herr Kunz ist Oberleutnant d. L. a. D. und Kompanieführer der völkischen „Reichsflagge". Auf Betreiben der „Vaterländischen Verbände" Nürnbergs ist diesem Ehrenmann erst vor kurzem das Eiserne Kreuz 1. Klasse nachträglich verliehen worden.

Mit Recht bemerkt der bürgerliche „M. N." dazu:

Offenbar ist Herr Kunz ein Opfer seines Ehrgeizes geworden, indem er es einem anderen völkischen Führer in Nürnberg gleichtun wollte: Herr Abg. Wiesenbacher, dem man 11fache Bestrafung wegen Bandendiebstahls nachrühmt!

Kahr, Seißer lehren zurück!

München, 15. September.

Die Regierung Held hat eine schwere Niederlage erlitten. Nachdem die Verwaltungsgerichtshöfe sich gegen den Abbau von Kahr und Seißer ausgesprochen haben, muß sie nun mitteilen, daß die beiden auf ihre Posten zurückkehren. Seißer wird Chef der Landespolizei bleiben. Kahr wird eine dem Regierungspräsidentenposten gleichrangige Stellung erhalten.

Die Schwindelmethoden der Genossenschaftsbureaukratie

Die reformistische Genossenschaftsbewegung fühlt sich genau wie die Amsterdamer Gewerkschaften als ein Mädchen in der kapitalistischen Maschine. Im Kampfe gegen die revolutionäre Genossenschaftsopposition ist der Bureaukratie jede Lüge und Verleumdung recht.

Noch heute bringen die Genossenschaftsbureaukraten als Argument gegen die kommunistische Forderung auf Staatskredite für die Genossenschaften einen angeblichen Vorgang aus den Oktobertagen in Sachsen. Der damalige Finanzminister, Genosse Böttcher, soll angeblich dem Verband sächsischer Konsumvereine einen Kredit von 1500 Billionen verweigert haben. Als Beweis veröffentlichte schon vor einem Dreivierteljahr die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" eine Verfügung des sächschen Finanzministeriums: Daraus geht klar und eindeutig hervor, daß die Genossenschaften sich an den sozialdemokratischen Finanzminister Held wegen eines Kredites gewandt hatten. Held hatte diesen Kredit abgelehnt und hatte die Konsumvereine in einer Besprechung am 1. Juni 1923 auf die Geldbeschaffung durch Diskontierung von Warenwechseln seitens der Reichsbank verwiesen. Dieser Weg erwies sich als nicht gangbar. Unter der Tätigkeit Böttchers wurde lediglich diese von den Genossenschaften mit dem sozialdemokratischen Finanzminister Held eingeleitete Sache abgeschlossen.

Um der Arbeiterschaft jedoch zu zeigen, wie es in Wirklichkeit mit dem jetzt wieder aufgewärmten Schwindel der reformistischen Maulhelden bestellt ist, seien die Tatsachen mitgeteilt. Die Inflation hatte die Genossenschaften in eine außerordentlich katastrophale Lage gebracht. Der sozialdemokratische Finanzminister Held in Sachsen war zu feige und zu schlapp, irgend etwas zur Unterstützung der Arbeitergenossenschaften durchzusetzen. Daraufhin kamen dann Vertreter der Genossenschaften zum Genossen Böttcher. Das Vorgehen dieser Bureaukraten war typisch. In der Sitzung wußten die Vertreter der Genossenschaften selbst noch nicht, was sie wollten. Jeder lokale Konsumverein suchte für sich etwas herauszuschinden. Bei der allgemeinen Pleite war der Weg, den die Krämerseelen aus den einzelnen Kaufmannsläden vorschlugen, gar nicht gangbar. Die Genossenschaften mußten vielmehr großen Hilfsaktionen für die Arbeiterschaft eingegliedert werden. Das hat Böttcher in der großzügigsten Weise durchgeführt. Durch eine Vereinbarung mit der Internationalen Arbeiterhilfe gelangten damals in Sachsen 40 000 Zentner Mehl an die Konsumvereine zur Verteilung. Die Genossenschaften erhielten den Auftrag, das Brot zu backen. Durch den Wohlfahrtsapparat des Staates wurde sodann das Brot verteilt. Die zweite große Hilfsaktion, die ebenfalls mit den Genossenschaften durchgeführt wurde, war die Verteilung von Kartoffeln an Fürsorgeempfänger. Böttcher verwendet für diesen Zweck 800 Billionen Mark Staatsgelder, die zu diesem Zweck überhaupt nicht zur Verfügung standen. Davon wurden von den Konsumvereinen Kartoffeln angekauft und verteilt.

An dieser Aktion haben die Konsumvereine ebenfalls ihre geschäftlichen Interessen durchaus nicht engherzig wahrgenommen. Jetzt wird gegen den Genossen Böttcher eine schamlose Hetze wegen der unbefugten Verwendung der 800 Bill. Mk. betrieben.

So bricht also das Schwindelmanöver dieser Bureaukraten zusammen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240915-15/fragment/page=0002

Macdonald mit 30000 Zwieback-Aktien gekauft!

Zwieback, Zwieback über alles!

(TU.) London, 14. September.

Die Abendblätter veröffentlichen eine aufsehenerregende Mitteilung über eine Kapitalsbeteiligung des Ministerpräsidenten Macdonald an einer schottischen Zwiebackfabrik. Am 12. März d. J. wurde im Bureau der Handelsgesellschaft in Edinburg ein Dokument registriert, wonach Macdonald, Downing Street 10, London, Mitglied des Geheimen Rates

30 000 Vorzugsaktien zu einem Pfund per Stück

erhalten hat, und zwar von der Firma Mc. Vitie und Pries, einer der größten Biskuit- und Zwiebackfabriken des Landes, mit einem Kapital von über 1 Million Pfund. Darüber ist eine große Erregung entstanden. In der Wohnung des Premierministers hagelte es von Anfragen, und da keinerlei befriedigende Erklärung, weder von seiten der Arbeiterpartei, noch von seiten der Regierungsämter zu erhalten war, ist ein Telegramm nach Schottland geschickt worden mit der Bitte um Aufklärung des Tatbestandes.

Das heute früh veröffentlichte Vorwort Macdonalds zu seinem bekannten Buch hat ebenfalls eine gewisse Sensation hervorgerufen und wird von seiten seiner guten Freunde, besonders von Lansbury, in einem Artikel im „Evening Standard", scharf kritisiert, worin der bekannte Arbeiterführer seine vollkommene Ueberraschung ausdrückt und sagt, er könne diese Ausführungen Macdonalds nicht verstehen. Beide Nachrichten, sowohl das Vorwort zu seinem Buch, wie die Nachricht über die Kapitalbeteiligung an der schottischen Zwiebackfabrik, sind kennzeichnend dafür, daß die politische Schonzeit für den englischen Ministerpräsidenten ihr Ende erreicht hat, und daß man offenbar der Meinung ist, daß die Zeit ausreichend war, um ihm Gelegenheit zu geben, seine Fähigkeiten zu beweisen. Bislang sind alle persönlichen Angriffe auf ihn unterblieben.

(TU.) London, 12. September.

Die Geschichte von Macdonalds Besitz eines Aktienbestandes von 30 000 Pfund Sterlin in einer schottischen Biskuitfabrik, die einem alten Freunde Macdonalds, Sir Alexander Grant, gehört, wurde heute durch eine freimütige Erklärung des Ministerpräsidenten vollständig erläutert. Macdonald gibt bekannt, daß der Dividendenertrag der Aktien dazu bestimmt sei, die Betriebskosten für ein Automobil zu decken, das ihm Sir Alexander Grant zum Geschenk machte, als er die Ministerpräsidentschaft übernahm. Macdonald erklärt, er sei nur insofern der Besitzer dieser Aktien, daß ihm, so lange er lebe, die Dividenden zufallen, daß jedoch nach seinem Tode die Aktien an Sir Alexander Grant oder dessen Erben zurückfallen. Der Ministerpräsident fügte hinzu: „Ich habe es satt, solch dummem Geschwätz entgegentreten zu müssen. Doch ich muß meinen guten alten Freund schützen, damit er sich der Ehren erfreuen kann, die ihm der König verdienterwaßen verlieh."

Macdonald erwähnte daraus, daß die Erhebung des Biskuitfabrikanten in den Adelstand mit ihm persönlich nichts zu tun hatte, und daß er, obwohl er mit Grant intim befreundet sei, sie trotzdem entschiedene politische Gegner seien.

*

30 000 Vorzugsaktien zu 1 Pfund das Stück — kein übler Happen für den ehrenwerten Gentleman Macdonald.

30 000 Zwiebackaktien im Besitz des „großen Hauptes" der 2. Internationale — was ist daneben der Hannoversche Macdonald, Herr Leinert, für ein armseliger Schlucker! Ein Wicht, ein Zwerg ist der Leinert daneben.

30 000 Aktien in Zwieback — vorzügliche Sache für den edlen Ministerpräsidenten des britischen Königs! Zwieback ist gut für militärische Verproviantierung — die Intervention der Macdonald-Geschwader und Macdonald-Bataillone in China wird die Zwieback-Aktien des Herrn Macdonald gewaltig in die Höhe schnellen lassen.

30 000 Vorzugsaktien (1 Pfund das Stück!) von einer der größten Zwiebackfabriken in Schottland — eine solche „Gage" aus der Hand der dirigierenden Bourgeoisie hat sich noch kein sozialdemokratischer Lakai in irgendeinem Lande träumen lassen. Die Sozialdemokraten aller Länder — wir meinen natürlich nicht die vor Hunger verrockenden Arbeiter, die sich von den „ehrenwerten" Macdonalds, von den gekauften Subjekten à la Macdonald zu Nutz und Frommen der kaufkräftigen Kapitalisten immer noch gängeln, bescheißen und in die Pfanne hauen lassen — die Macdonalds aller Länder können den Ober-Macdonald beglückwünschen und beneiden.

30 000 erstklassige Zwieback-Aktien kriegt Macdonald, der ehrenwerte sozialdemokratische Schuft, von einem „politischen Gegner", von einem schottischen Großkapitalisten. Fragt sich, ob dies der gesamte Kaufpreis der englischen Fabrikanten ist, mit der die englischen Ausbeuter die wertvollen, in der Tat außerordentlich wertvollen Lakaiendienste des Sozialisten Macdonald erkauften.

Sir Alexander Grant, der schottische Zwieback-Bourgeois, bei Macdonalds Thronbesteigung „zufällig" in den Adelstand erhoben, „intimer", alter Freund" des Zwieback-Sozialdemokraten Macdonald, schenkt, zahlt, überweist am 12. März seinem lieben Macdonald 30 000 Vorzugsaktien = 30 00 Pfund Sterling = 600 000 Goldmark (Nennwert); Kurswert und Dividendenanteil noch nicht bekannt. Ein Automobil noch dazu.

Das Paar Alexander Grant—Ramsay Macdonald ist ein kostbares Symbol der „Arbeiterregierung" in England, der gesamten 2. Internationale, des internationalen Menschewismus. Und diese Kerle, die seit Wochen und Monaten das Lob des „großen Sozialistenführers Macdonald" in alle Winde gellen, diese kleinen Schufte, die den großen, teuer gekauften Schuft Macdonald nicht nur als den „sozialdemokratischen Lenin", als den wundervollen Pazafisten, redlichen Arbeiterführer, treuen Familienvater, frommen Christen, prächtigen Bücherschreiber in allen sozialdemokratischen und kapitalistischen Gossen und Gassen der Welt ausschreien — da mögen sie ihn nun anstaunen, den teuren, den kostbaren Mann. Sie werden morgen den Arbeitern bereits weismachen wollen, daß diese Bestechung mit 30 000 Zwieback-Aktien dem „großen Sozialisten Macdonald" neuen Ruhm hinzufüge.

30 000 Aktien — Vorzugsaktien — Zwiebackaktien — ein Auto dazu — Zwieback, Zwieback über alles! Was Sozialismus! Was Arbeiterinteressen! — Zwieback-Aktien! Und Herr Macdonald, zu dem die deutschen Macdonalds täglich tausend Gebete aufsteigen lassen (an Charakter sind sie ihrem Meister gleich, an Marktwert nicht so ganz!) beschränkt kaum mehr die ungeheuerliche, stinkende, scheußliche Korruption.

Man sagt, Judas habe seinen Meister um 30 Schillinge verraten — Macdonald verkauft seinen Sozialismus um 30 000 Zwieback-Aktien. (Die Zeiten ändern sich!)

*

Das Vorwort zu dem in der Meldung erwähnten Buch des gekauften Subjekts Macdonald enthält im Gegensatz zu dem früheren Vorwort u. a. die offene Verurteilung des Streiks. Wir werden Auszüge bringen. Der gekaufte Herr Sozialdemokrat schreibt auch, wie es ein solcher Kaufpreis verlangt.

Macdonalds Polizei mordet in Indien weiter. Wie aus Simla gemeldet wird, entstand in Kohat ein Aufstand, wobei das Militär auf die Rebellen schoß. Nähere Einzelheiten fehlen noch. Es ist nur bekannt, daß 15 Menschen getötet und 20 verwundet sind. Die Hindus, die beträchtliche Verluste erlitten haben, räumten die Stadt.

Verschärfung des österreichischen Generalstreiks. Der Metallarbeitergeneralstreik, der bereits über 100 000 Streikende umfaßt, wird sich im Laufe des heutigen Tages verschärfen und sich auf die Provinz sowie auf die lebenswichtigen Betriebe ausdehnen.

Abd el Krim besiegt den spanischen Diktator

Meuterei und Standrecht unter Primo de Rivera

(WTB.) Madrid, 14. September.

Die Verbindung zwischen Ceuta und dem Uad El-Lau ist unterbrochen, so daß man außerstande ist, den dort kämpfenden Truppen des Generals Serrano sowohl Lebensmittel zuzuführen als auch die zahlreichen Verwundeten aus den letzten Kämpfen abzutransportieren. Zur Entsatzung der im Tale liegenden Truppen versuchen die Spanier einen Vorstoß am Oberlaufe des El-Lau. Es werden drei Stoßkolonnen bei Cheschauan, Dar-Acoba und Tizimetat gebildet, deren Aufgabe es war, den mittleren Flußlauf zu erreichen und weiterhin von Süden nach Norden vorzustoßen. Der Vorstoß mißlang vollkommen. Die Kolonnen mußten nach einem erbitterten und verlustreichen Gefecht in ihre Ausgangsstellen zurückgehen. Auch die Verbindung zwischen Tetuan und Cheschauan wird von Tag zu Tag schwieriger. Die Proviantkolonnen werden, nachdem sie das Lager des Generals Riquelme bei Sikka-el-Arba passiert haben, regelmäßig von den Beni-Sassen scharf angegriffen. Die Riffabylen haben Raisuli in seinem Lager eingeschlossen und halten es ständig unter Feuer.

Paris, 12. September.

Nach Meldungen von der spanischen Front in Marokko ist Tetuan von den Aufständischen völlig eingeschlossen und von jeder Verbindung abgeschnitten. Die Ersatztruppen wurden von Abd el Krim (dem Führer der Riffabylen) aufgehalten. Tetuan ist nur noch auf einige Tage mit Proviant versehen, so daß die Lage der Besatzung sehr kritisch ist.

(TU.) Madrid, 12. September.

Die Verbindung zwischen Ceuta und dem Fluß Lau ist unterbrochen, so daß man außerstande ist, den dort kämpfenden Truppen des Generals Serrano Lebensmittel zuzuführen. Da die Kämpfe auf dem Gebiete der Beni-Said und Beni-Hasson an Heftigkeit zunehmen und diese Stämme unmittelbar auch das nächste Vorderland von Ceuta bedrohen, ist es auch nicht möglich, Verstärkungen nach dem Wad El-Lau zu bringen. Die Erschöpfung der Truppen im Tale des Lau ist auf das Höchste gestiegen.

*

Nach weiteren Meldungen wird auch die Verbindung zwischen Tetuan und Chechauan von Tag zu Tag schwieriger. Der Vorstoß Primo de Riveras zur Befreiung Tetuans und zur Verstärkung oder Rettung der Lau-Stellung ist gescheitert. Die Entsetzungstruppen sollen die befestigten Stellungen auf den beherrschenden Höhen über dem Laufluß bereits geräumt haben. Auf der Straße nach Tetuan haben die Riffabylen die Schlüsselstellung von Souq el Arba genommen, so daß der Besatzung von Tetuan der Rückzug verlegt ist. Außer den beständigen marokkanischen Angriffen fordert das Sumpffieber immer größere Opfer. Dabei steht die Regenzeit bevor. Bei einem vergeblichen Angriff in der Nähe von Tetuan hat Primo de Rivera außer Engborenenabteilungen vor allem zwei Bataillone Fremdenlegion ins Feuer gejagt.

Primo de Rivera scheint unaufhörlich Verstärkungen aus Spanien heriübertransportieren zu lassen. Wie lange noch werden die spanischen Proleten im Soldatenrock sich von dem spanischen Ludendorff für die Kolonialprofite der Bourgeoisie auf die marokkanische Schlachtbank schicken lassen?

Die Franzosen machen sich natürlich die spanische Militärkatastrophe zunutze. Schon werden Fühler ausgestreckt, durch die für die Uebernahme der spanischen Marokkozone durch Frankreich agitiert wird. Die Inbesitznahme Spanisch-Marokkos ist ein alter französischer Wunsch. Handelt es sich doch um jenes nordafrikanische Gebiet, das dem englischen Gibraltar direkt gegenüberliegt. England und Italien protestieren darum auch schon energisch dagegen.

(TU.) Madrid, 12. September.

Ein Korporal und mehrere Soldaten des Regiments Bourbon sind in Malaga wegen Aufhetzung zur Meuterei erschossen worden.

London, 14. September.

Der Korrespondent der „United Preß" in Barcelona glaubt, seinem Blatt mitteilen zu können, daß Spanien sich darauf vorbereitet, seine Truppen aus Marokko zurückzuziehen. Der Korrespondent sagt, was übrigens auch in anderen Meldungen zum Ausdruck kommt, daß die spanische Armee vollkommen demoralisiert sei und einem sicheren Zusammenbruch entgegengehe, wenn man sie nicht in ihren augenblicklichen Stellungen ließe.

Glückwunsch der französischen Kommunisten

Paris, 14. September.

Die „Humanité" veröffentlicht den Wortlaut eines Telegrammes, das die kommunistische Fraktion der Kammer, der Direktionsausschuß der Kommunistischen Partei und die Kommunistischen Jugendverbände an Abd el Krim gesandt haben und worin sie ihn zu seinem Sieg über den spanischen Militarismus beglückwünschen.

Die indischen Mohammedaner für den Sieg der Riffabylen

Bombay, 13. September.

Das neutrale Kalifatskomitee hat die indischen Mohammedaner in einem Aufruf aufgefordert, für den Sieg der Riffleute zu beten, und hat beschlossen, eine finanzielle Hilfeleistung zu organisieren.

Vorbereitungen zum Interventionskrieg

(Eig. Drahtm.) Moskau, 14. September.

Angesichts der durch einen Teil der Auslandspresse wieder aufgenommenen Verbreitung der absolut unbegründeten Meldungen über Aufstände in den Sowjetrepubliken, insbesondere über einen Generalaufstand in Georgien, angeblich Unruhen in Leningrad, Saratow und anderen Städten, gibt die Presseabteilung des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten ein Kommuniqué heraus.

In diesem „Kommuniqué" wird darauf hingewiesen, daß die Verbreitung solcher Meldungen von antisowjetistischen Emigrantenkreisen vorgenommen wird, anscheinend in Erwartung englischer Parlamentsdebatten zum englisch-russischen Vertrag, sowie zum Zwecke der Ausübung eines Drucks auf die französische Regierung angesichts der Tatsache, daß ein Beschluß der französischen Regierung über die Regelung ihrer Beziehungen zu Sowjet-Rußland bevorsteht.

Es ist dokumentarisch festgestellt, daß die georgische Emigration, gestützt auf einflußreiche politische Kreise Westeuropas, den Generalaufstand in Georgien auf den Zeitpunkt der englisch-russischen Verhandlungen festsetzte, um dadurch diese zu sprengen.

Da die Abgesandten des Auslandskomitees der georgischen Menschewisten im georgischen Volke nicht die geringste Sympathie oder Unterstützung finden konnten, mußten sie auf den Generalaufstand verzichten und sich auf die künstliche Provokation von lokalen Aktionen in einigen Ortschaften West-Georgiens beschränken. Nirgends wurde mehr erreicht als die Durchführung von banditenmäßigen Ueberfällen auf die Bauernschaft und auf die Sowjetfunktionäre, Störung des Verkehrs usw. In allen Orten hat die Bevölkerung selbst mit den Banditen sofort Schluß gemacht und die Ruhe wiederhergestellt. Die Bauernschaft, die gegenüber den Banden den aktivsten Widerstand leistete, hatte sofort den konterrevolutionären Charakter dieser Ueberfälle erfaßt, die von den Menschewisten in Gemeinschaft mit ehemaligen zaristischen Offizieren und Weißgardisten durchgeführt wurden.

Gegenwärtig ist keine Rede von irgendwelchen Unruhen oder Zusammenstößen, worüber ein Teil der Auslandspresse aus georgischen Emigrantenquellen berichtet. Die Ruhe ist in ganz Georgien wiederhergestellt. Somit stützt sich die gegenwärtige antisowjetistische Kampagne der georgisch-menschewistischen Emigration, die sogar durch Jordania die Regierungen Englands und Frankreichs zur Einmischung in den — nichtbestehenden — Konflikt in Georgien zu veranlassen sucht, aus wissentlich unrichtiger, gefälschter Information.

Das Kommuniqué zählt verschiedene Lügenmeldungen der Auslandspresse über die Sowjet-Republiken auf. Es betont u. a. auch, daß diesmal auch die deutsche Presse, die sich für die Entstellungen der russischen kommunistischen Parteiführer über politische Taten der regierenden Kreise und Parteien in Deutschland so empfindlich gezeigt hatte, in keiner Weise hinter der übrigen europäischen Presse in der Verbreitung der unglaublichsten Erfindungen über die Lage in den Sowjetrepubliken zurückbleibt und den Augenblick nach der Londoner Konferenz zur Herstellung einer antibolschewistischen Einheitsfront für geeignet zu betrachten scheint.

So z. B. werden aus Sofia stammende Lügenmeldungen über zur Vorbereitung einer Revolution in Bulgarien und auf dem Balkan mit einiger Verspätung auch von solchen deutschen Blättern verbreitet, die bisher eine größere Vorsicht gegenüber den Informationen über Rußland gezeigt haben."

Amerikanische Kriegsschiffe gegen China

(TU.) Neuyork, 14. September.

Nach einer Meldung aus Schanghai sind dort weitere fünf amerikanische Zerstörer eingetroffen.

Kontreadmiral Anderson, der die alliierten Kriegsschiffe in Schanghai kommandiert, hat befriedigende Versicherungen des Schutzes von Wusung abgegeben. Etwa 60 Schiffe ankern vor Wusung, um im Falle der Notwendigkeit neue Verstärkungen sofort an Land zu setzen. Die alliierten Behörden haben die notwendigen Maßregeln getroffen, um von Wusung ein Depot von 50 Tonnen Dynamit zu entfernen, über das die Bevölkerung beunruhigt war.

Nach einer Meldung aus Tokio hat die japanische Regierung erklärt, sie beabsichtige nicht, sich der Vermittlungsaktion der Mächte in China anzuschließen. Ein möglicher Meinungsaustausch der Großmächte wird aber von dieser Absicht nicht berührt.

(TU.) London, 12. September.

Die chinesische Regierung hat der Forderung der Vereinigten Staaten, Englands, Frankreichs und Japans auf Neutralisierung einer Zone um Schanghai nun doch zugestimmt.

Mobilmachung in Peking

TU. Neuyork, 14. September.

Aus Peking wird gemeldet, daß man einen Angriff des Gouverneurs der Mandschurei befürchtet, der mit seiner Armee in Eilmärschen auf Peking anrückt. Die Stadt ist in Verteidigung gesetzt worden und außerdem wurde der Belagerungszustand verhängt. 60 000 Soldaten haben den Befehl erhalten, die Stadt gegen den Angriff des Gouverneurs zu schützen.

Rückzug der Kiangsu-Truppen

(WTB.) Schanghai, 14. September.

Die Tschekiang-Truppen eroberten Ishing westlich vom Taihusee und zwangen dadurch die Kiangsu-Truppen, die Tschangtschou zurückzuweichen.

Die Stellung der Militärgouverneure

London, 14. September.

Reutter meldet aus Schanghai über die Stellung der einzelnen Chinesischen Provinzen. Der Mandschurei-Oberbefehlshaber Tschangtsolin wird unterstützt von Kirin, Fengtien und Holungkiang. Der Kriegsminister Wupeifu wird unterstützt von Tschili, Szetschuan, Kansu, Schensi, Schangtung, Hunan, Kiangsu, Hupe, Kiangsi, Fukien und Schansi. Dr. Sunjatsen wird unterstützt von Kwangtung, Kwangsi, Jünnan und Kweitschau, Tschekiang ist unabhängig unter Lusunghsiang.

Ermordung des Faszisten Casaliani

Mailand, 14. September.

Italien steht am Vorabend neuer sehr ernster Ereignisse. In den Vorstädten Roms kam es in den letzten Tagen immer häufiger zu Demonstrationen der Arbeiter und Arbeiterfrauen. Gestern wurde der faszistische Abgeordnete und Gewerkschaftssekretär Casaliani von dem Zimmermann Giovani Carsi durch vier Revolverschüsse getötet. Er wurde sofort festgenommen und soll angeblich in seinem Verhör ausgesagt haben, Kommunist zu sein. Er habe den von den Faszisten ermordeten Sozialisten Matteotti rächen wollen. Die Nachricht von dem Attentat hat natürlich überall in Italien große Erregung hervorgerufen und besonders hier in Mailand bereits Zusammenstöße ausgelöst. Da der „Corriere della Sera" über das Attentat eine Version veröffentlichte, nach der der Mörder nur nach persönlichen Motiven gehandelt habe, wurden von den Faszisten die Blätter von den Verkaufsständen genommen und verbrannt. Dann zogen sie vor das Verlagshaus der Zeitung und zertrümmerten die Fensterscheiben. Auch die Redaktion der sozialistischen „Giustizia" wurde gestürmt und zerstört.

Daß das Attentat von einem Kommunisten ausgeführt wurde, ist ganz und gar unwahrscheinlich. Es ist vielmehr anzunehmen, daß Giovani Carsi von den Faszisten selbst zu dem Attentat angestiftet wurde, um einen Anlaß zu einem neuen Marsch auf Rom und neuen blutigen Terror gegen die antifaszistische Opposition zu haben. Man muß sich angesichts der Ermordung Casaliaris nur der kürzlich erfolgten Enthüllungen des Pariser Blattes „Soir" erinnern und die Situation wird sofort klar. Nach den Mitteilungen dieses Blattes planen die Faszisten für den 20. und 21. September einen zweiten Marsch auf Rom, für den in der Zeit vom 12. bis 18. September 25 000 Mann mobilisiert werden sollen. Das Ziel soll sein, anläßlich der dadurch zu erwartenden Unruhen die Feinde des Faszismus niederzumachen und auszurotten.

Die Ereignisse der nächsten Tage werden erweisen, daß tatsächlich die Faszisten einen neuen blutigen Feldzug gegen alle Oppositionellen der Faszistendiktatur organisiert haben, um die ins Schwanken geratene Mussolini-Diktatur aufs neue zu befestigen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240915-15/fragment/page=0003

Letzte Nachrichten

Belgische Reformisten für Lohnkürzung

Arbeiter lehnen ab

(Eig. Drahtm.) Brüssel, 15. September.

Um den endgültigen Lohnabbau vorzubereiten, haben die Reformisten in der gemischten Kommission eine Uebergangsregelung vorgeschlagen, die darin besteht, daß für einzelne Arbeitszweige die Löhne vorläufig nur um 2 bis 3 Prozent gekürzt werden sollen. Die Unternehmervertreter in der gemischten Kommission haben diesem Vorschlag zugestimmt. In der Vollversammlung lehnten die Arbeiter diesen Kompromiß ab und verlangten restlose Durchführung ihrer Forderungen.

Schamloser Angriff des Völkerbundes gegen Sowjet-Rußland

(WTB.) Genf, 15. September.

Am Schluß der heutigen Versammlung erklärte vor fast leerem Hause Präsident Motta, daß er eine sehr wichtige Mitteilung zu machen habe. Er verlas hierauf folgende, von der englischen, französischen und belgischen Delegation eingebrachte Resolution:

„Indem die Versammlung auf eine Resolution vom 22. Dezember 1923 der 3. Versammlung hinsichtlich Georgiens zurückkommt, fordert sie den Rat auf, mit Aufmerksamkeit die Ereignisse in diesem Teile der Welt zu verfolgen und alle sich bietenden Gelegenheiten zu ergreifen, um mit friedlichen Mitteln und in Uebereinstimmung mit dem internationalen Recht eine Rückkehr zu einer normalen Lage zu ermöglichen."

Der französische Delegierte Paul-Boncour begründete namens der französischen, englischen und belgischen Delegation kurz diesen Resolutionstext. Er wies darauf hin, daß es paradox wäre, in der Völkerbundsversammlung andauernd vom Frieden zu sprechen, wenn an einem Punkte der Welt Blut fließe und Schmerzensschreie zum Himmel ertönen. Der Völkerbund müsse daher eine Geste tun und seine Pflicht erfüllen. Die Lage sei allerdings heikel, da die beiden Staaten, die miteinander im Kriegszustand lägen, dem Völkerbund nicht angehörten. Das dürfe aber kein Hindernis sein, der Völkerbund könne ja ohnehin seine Aufgabe nur erfüllen, wenn alle Staaten ihm angehören.

*

Nur schade, daß die Herrschaften in Genf in ihrer so schönen „pazifistischen" Resolution nicht sagten, was sie unter einer „Rückkehr dieser Länder zu einer normalen Lage" verstehen. „Normal" wäre für diese Vertreter des Kapitalismus eine unbeschränkte Möglichkeit, die russischen Petroleumquellen im Kaukasus zu ihrem Profit und zu ihren imperialistisch-kapitalistischen Raubzwecken auszubeuten. Weil die Räteregierung dies verhindert, wurde wieder von Paris und London aus ein „Aufstand in Georgien" gemacht. Man hoffte dabei wohl kaum auf einen militärischen Erfolg dieser Mache. Darüber war man sich wohl klar, daß die rote Armee nicht lange zu tun haben werde mit den Söldnerbanden der Adligen und Gutsbesitzer.

Edo Fimmen in Sowjet-Rußland

(Eig. Drahtm.) Moskau, 15. September.

Der Generalvertreter der Transportarbeiter-Internationale, Edo Fimmen, ist in der Union der Sowjetrepubliken angekommen, um sich mit der russischen Gewerkschaftsbewegung und mit dem Stand der Industrie bekannt zu machen. In allen Arbeiter-Meetings und Gewerkschaftssitzungen wurde Fimmen außerordentlich herzlich begrüßt als Vertreter jener Kreise der Internationalen Gewerkschaftsbewegung, die das Streben der Gewerkschaften der Union der Sowjetrepubliken nach Wiedervereinigung mit dieser Bewegung ausdrücken. Auf einem der Meetings drückte Fimmen die Ueberzeugung aus, daß die Transportarbeiter aller Länder alles einsetzen werden, um den imperialistischen Mächten bei den Vorbereitungen zur Intervention in China die Waffentransporte unmöglich zu machen.

Austritt aus der Labour Party

London, 15. September.

Nach einer Meldung der „Daily News" haben sämtliche Gewerkschaften in Liverpool ihren Austritt aus der Labour Party erklärt, da die Regierung Macdonald keine Forderung des Wahlprogramms der Labour Party erfüllt habe.

Wie in Deutschland achtzehn Gruppen der SPD. in Oberschlesien zur KPD. übergetreten sind, weil sie den wahren arbeiterfeindlichen Charakter der Sozialdemokraten erkannt haben, so lernen die englischen Arbeiter auch in immer größerem Maße begreifen, daß nicht die Regierung Macdonald, sondern nur der revolutionäre Kampf der Arbeitermassen ihre Befreiung bringen wird.

Gegen die Auslieferung spanischer Arbeiter durch Herriot an Rivera. Gegen die vor einigen Tagen erfolgte Auslieferung eines spanischen Arbeiters durch die Herriotsche Polizei an die spanischen Faszisten, wegen Verbreitung antifaszistischer Schriften, wurde in Perpignan eine gewaltige Protestversammlung veranstaltet. Mehrere französische und spanische Kommunisten brandmarkten die schamlose Heuchelei der Herriotschen Demokratie und die Greuel des spanischen Faszismus. Im Namen der kommunistischen Frauenorganisation hielt eine spanische Kommunistin eine begeistert aufgenommene Ansprache. Nach dem Meeting zogen die Demonstranten in einem riesigen Zuge mit roten Fahnen durch die Stadt vor das Polizeipräsidium und das spanische Konsulat. Die Kundgebung schloß mit dem Rufe: „Nieder mit Primo de Rivera! Nieder mit Herriot!"

Verantwortlich: Kurt Gärtner, Halle, für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Genossen heraus!

Besucht die Mitgliederversammlungen dieser Woche — Stärkt die Kampagne gegen den Dawes-Plan!

Mitgliederversammlungen finden statt in:

Kreis Bitterfeld

Greppin: Montag, 15. Sept., abends 8 Uhr, im Gasthof Schmidt.
Ramsin: Montag, 15. Sept., abends 8 Uhr, im Gasthof.
Brehna: Dienstag, 16. Sept., abends 8 Uhr, in der „Erholung".
Wolfen: Dienstag, 16. Sept., abends 8 Uhr, im Gasthof Wadde.
Holzweißig: Dienstag, 16. Sept., abends 8 Uhr, im Gasthof Häußer.
Friederdorf: Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, im „Stern".
Zscherndorf: Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, im Gasthof.
Bitterfeld: Donnerstag, 18. Sept., ab. 8 Uhr, im „Bürgergarten".

Kreis Delitzsch

Gr. Crostitz: Montag, 15. Sept., abends 8 Uhr, Gasthof Haberland.
Zschortau: Mittwoch, 17. September, abends 8 Uhr, Gasthof Zschortau.

Kreis Liebenwerda

Krauschütz: Montag, 15. Sept., abends 8½ Uhr, im Parteilokal.
Ortrand: Montag, 15. Sept., abends 8½ Uhr, im Café Nikolei.
Grünewalde: Montag, 15. Sept., abends 8½ Uhr, Gasthof Schmidt.
Naundorf b. L., Dienstag, 16. Sept., abends 8 Uhr, Gasthof Dambowsky.
Elsterwerda: Dienstag, 16 Sept., ab. 8 Uhr, Gasth. „Zur Sonne".
Stolzenhain: Dienstag, 16. Sept., abends 8½ Uhr, Parteilokal.
Prösen: Mittwoch, 17. Sept., abends 8½ Uhr, Rest. Theuring.
Biehla: Mittwoch 17. Sept., abends 8½ Uhr, Gasthof Lohse.
Liebenwerda: Mittwoch 17. Sept., abends 8½ Uhr, „Schützenhaus".
Hohenleipisch: Donnerstag, 18. Sept., abends 8½ Uhr, Gasthof „Zum g. Löwen".
Falkenberg und Uebigau: Donnerstag, 18. Sept., abends 8½ Uhr, Rittergut Falkenberg.
Döllingen: Donnerstag, 18. Sept., ab. 8½ Uhr, Gasth. Schimangk.

Kreis Merseburg

Dürrenberg und Tollwitz: Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, „Kronprinz".
Neumark: Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, Gasthof Schumann.
Mücheln: Donnerstag, 18. Sept., ab. 8 Uhr, „Gewerkschaftshaus".

Kreis Naumburg

Altenburg: Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, „Linde".

Saalkreis

Wettin: Montag, 15. Sept., abends 8 Uhr, „Kl. Schweizerling".
Döllnitz, Lochau: Dienstag, 16. Sept., ab. 8 Uhr, „Palmenbaum".
Hohenturm, Landsberg: Dienstag, 16. Sept., abends 8 Uhr, „Drei Schwäne", Landsberg.
Rauendorf: Dienstag, 16. Sept., abends 8 Uhr, bei Träger.
Ammendorf: Mittwoch 17. Sept., abends 8 Uhr, „Elsterlust".
Beuchlitz und Passendorf: Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, „Drei Linden", Passendorf.
Diemitz: Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, „Gesellschaftshaus".
Dölau, Lieskau: Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, bei Dierschke, Dölau.
Seeben, Gutenberg: Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, bei Glaser, Seeben.
Queis: Mittwoch, 17. Sept., abends. 8 Uhr, bei Seydewitz.
Bruckdorf: Donnerstag, 18. Sept., abends 8 Uhr, bei Gahle.
Canena, Kleinkugel: Donnerstag, 18. Sept., abends 8 Uhr, bei Wenkel, Canena.
Löbejün: Donnerstag, 18. Sept., abends 8 Uhr, „Schwarzer Adler".
Spickendorf, Dammendorf: Donnerstag, 18. Sept., abends 8 Uhr, Gasthof Spickendorf.

Kreis Sangerhausen

Sangerhausen: Montag, 15. Sept., abends 8 Uhr. „Herrenkrug".
Allstedt: Dienstag, 16. Sept., abends 8 Uhr, „Weimarer Hof".
Wallhausen: Dienstag, 16. Sept., abends 8 Uhr, „Ratskeller".
Riestedt: Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, „Brunnenschlöschen".
Stollberg: Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, „Bürgergarten".
Oberröblingen a. H.: Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, „Zum Bahnhof".
Rosla: Donnerstag, 18. Sept., abends 8 Uhr, „Zur Sonne".
Reinsdorf: Donnerstag, 18. Sept., abends 8 Uhr, bei Gebhardt.

Kreis Torgau

Dommitzsch: Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, „Konzerthalle".
Torgau: Donnerstag, 18. Sept., abends 8 Uhr, „Waldschänke".

Kreis Weißenfels

Granschütz: Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, im „Sachsenhof".
Webau: Mittwoch, 17. Sept., ab. 8 Uhr, im Gasthof Jacob, Gnädit.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg. Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473 — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geöffnet: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Ortsgruppe Halle

Ortsleitung. Montag abend 8 Uhr: Sitzung.
Kommunistische Kindergruppe. Heute, Montag, abend 6 Uhr im „Volkspark": Funktionärsgruppe. Reichskonferenz und andere wichtige Fragen müssen besprochen werden. Deshalb muß jeder erscheinen. — Mittwoch finden kurze Schul-Zellenversammlungen statt. Anschließend Sammeltätigkeit für die IKH.-Kinderheime.
Distriktsführer. Montag abend 6 Uhr: Abrechnungsformulare abholen.
Frauenfunktionäre. Dienstag abend 8 Uhr in der „Produktin": Wichtige Sitzung.
Oberbezirk Sdh. Sämtliche Genossen und Genossinnen der Distrikte 8, 9a und 10 treffen sich Dienstag, 16. September, abends 8 Uhr, in der Verkaufsstelle Königstraße.
SSAU. Mittwoch, abends 8 Uhr, im Vereinszimmer: Sitzung.

Halle-Saalkreis

Ammendorf. Montag, 15. Sept., abds. 8 Uhr, „Elsterlust": Funktionärsitzung.

Kreis Merseburg

Merseburg. Montag, 15. Sept., abds. 8 Uhr, „Junkenburg": Ge...mmlung.

Kreis Bitterfeld

Bitterfeld. Dienstag, 16. Sept., abds. 8 Uhr, „Bürgergarten": Eisenbahnerversamml.

Bekanntmachungen

Am schwarzen Brett im Wagegebäude (Marktplatz 24) befindet sich eine Bekanntmachung, betr. Ausschreibung eines Antrages des Fahrrad-besitzers Walter Ebert (i. Fa. W. Walter-Ebert) auf Genehmigung der Einrichtung einer Seifenfabrik im Grundstück Bahnhofstraße 3 zur Einsicht und event. Anbringung von Einwendungen.

Halle, den 13. September 1924

2695 **Der Stadtausschuß des Stadtkreises Halle**

Am schwarzen Brett im Wagegebäude (Marktplatz 24) befindet sich eine Bekanntmachung, betr. Ausschreibung eines Antrages des Fahrradbesitzers Otto Kühn auf Genehmigung der Aufstellung eines Luftdruckhammers im Grundstück Lützener Straße 3 zur Einsicht und event. Anbringung von Einwendungen.

Halle, den 13 September 1924

2696 **Der Stadtausschuß des Stadtkreises Halle**

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen ein.

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.

Fernruf 1045, 1047, 2251. — Unsere Vertreter stehen zu Diensten.

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Ortsgruppe Halle

Ammendorf. Dienstag, 16. September, Restaurant zur Post: Mitgliederversammlung.
Halle. Sämtliche Spielleute Montag abend 7 Uhr in der „Produktin".

Saalkreis

Rieseben. Dienstag, 16. September, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Sonne": Mitgliederversammlung.
Gommnitz. Dienstag 16. September, abends 8 Uhr: Gründungsversammlung.
Queis. Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, bei Seydewitz: Gründungsversammlung.

Kreisvorstand RFB.

Das Sachverständigen-Gutachten angenommen

Was muß der Arbeiter u. d. Plan der internationalen Ausbeuter wissen?

Die Sachverständigen-Gutachten

Der Dawes- und Mc. Kenna-Bericht
Mit Anlagen — Nach dem Originaltext
Zweite Auflage

Broschiert 1,50 Mk. Broschiert 1,50 Mk.

Was sagen die Kommunisten zum Sachverständigen-Gutachten?

Der Weg des Verrates	3. Leder	Sachverständigen-Abkommen
Vom Leipz. Gewerkschaftskongreß bis zum Sachverständigen-Gutachten	Das Reparationsproblem, die Gewerkschaften und die Arbeiterklasse	Arbeitsdienstpflicht - Gefahr Deutschland, das große Arbeitszuchthaus für die arbeitende Jugend
Broschiert 25 Pf.	Broschiert 30 Pf.	Reich illustriert Broschiert 25 Pf.

Zu beziehen durch unsere Austrägerinnen, die Filialen und die

Bezirks-Zentral-Buchhandlung, Halle a. d. S.
Lerchenfeldstraße 14

Stadt-Theater

Dienstag, 7½ Uhr: **„Othello"**
Mittwoch, 7½ Uhr: **Fahrt nach Orpflid**

Felle Häute, Wolle

kauft 267
A. Weise
Rannischestr. 1
Tel 1667

Große *588 Futterschweine
80 bis 180 Pfd schwer gibt ab
Trotheer Str. 4

Bekanntmachungen

Der diesjährige Wiesenmarkt wird vom 22. bis 24. September auf der Vogelwiese abgehalten.

Am 22. September findet Kram- und Viehmarkt, an den übrigen Tagen nur Krammarkt statt.

Der Viehmarkt wird auf dem unteren Teile des Wiesengeländes abgehalten.

Beginn des Auftriebes:
Schweinemarkt: 6 Uhr
Pferdemarkt: 7 Uhr

Beginn des Verkaufes:
Schweinemarkt: 7 Uhr
Pferdemarkt: 8 Uhr.

Der Abtrieb hat in der Zeit von 1 bis 2 Uhr nachmittags zu erfolgen.

Eisleben, den 12. Sept. 1924.

E204 **Die Polizei-Verwaltung.**

Unsere neue Satzung vom 15./17. April 1924 ist bestätigt. Sie hängt in unseren Geschäftsräumen zur Einsicht aus.

Oeffentliche Bekanntmachungen erfolgen auf Grund der Satzung künftig durch Aushang im Sparkassenraum.

Eisleben, den 13. Sept. 1924.

Sparkasse mit Bankabteilung der Stadt Eisleben.

Arbeitsamt Eisleben

Petristraße 9. 196 Tel. 131.

Gewerbliche Abteilung. a) Arbeitsuchende: Chauffeure, Bäcker, Fleischer, Bauarbeit Schlosser, Elektriker, Schmiede, Lichter, Böttcher, Dreher, Berg- Hüttenleute, Plan-, Tagebau- und Abtrumarbeiter, Laufburschen, Handlungsgehilfen, Bureaugehilfen, Medizinaldrogist, Chemiker, Schriftsetzer, Buchdrucker **b) Offene Stellen: —. Abteilung Landwirtschaft: a) Arbeitsuchende:** Flurhüter, Geschirrführer, Arbeitsburschen Gutshandwerker, Schafscherer, Aufseher **b) Offene Stellen:** Frauen u. Mädchen zur Kartoffelernte sofort **Weibliche Abteilung: a) Arbeitsuchende:** Aufwartungen, Dienstmädch., Kontorpersonal Kinderpflegerin, Lehrmädchen i. Geschäft, Lehrlitzen, Schülerinnen. **b) Offene Stellen:** Frau als Aufwartung tagsüber, Dienstmädchen, Hausmädchen für Güter, Wamsell und ältere Stütze für Gut, Stallmädchen, Stütze für Privathaus nach auswärts, Stubenmädchen, erfahren im Nähen für Güter. 202

Ufa-Theater Leipziger Straße 88

Die große Lüge

Skandal-Sensation und eine große Liebe (6 Akte)

2698

Amundsens letzte Nordpolfahrt

Der große aktuelle Film

Beginn 4 Uhr Beginn 4 Uhr

Ufa-Theater Alte Promenade 11a

Opfer des Harems

(Die Liebe der Sultanstochter)

Der erste farbige Großfilm
Drama aus dem Orient in 6 Akten

Späte Bekehrung

5 hochdramatische Akte

Beginn 4 Uhr Beginn 4 Uhr

Kernlohblieder-ausschnitt Schuhreparatur, Schuhwaren u. Bedarfsartikel

Neelle Preise

W. Waage

Schkeuditz
Hallische Straße 2

Zeitungsträger

für **Trebnitz** bei Könnern ab **1. Oktober gesucht.** Gewissenhafte Bewerber wollen sich bei Herrn **Göhre** in Trebnitz melden.

Zeitungsträger

für **Röglitz** sofort gesucht. Zu melden bei **Otto Fritzsche.**

Liest du schon DAS WORT

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240915-15/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Die Kommunistische Jugend für praktische Gewerkschaftsarbeit

Am Sonnabend und Sonntag tagte in Halle die Bezirkskonferenz der Kommunistischen Jugend des Bezirks Halle-Merseburg.

Die Hauptfragen, mit denen sich die Konferenz beschäftigte, waren die Gewerkschaftsfrage und die Umstellung des Jugendverbandes auf die Betriebszellen. Man kann wohl sagen, daß keine der vorangegangenen Konferenzen sich so eingehend, wie gerade diese mit diesen beiden Problemen beschäftigte. Die Konferenz hat der Kommunistischen Jugend in unserem Bezirke eine klare Linie gegeben, eine Linie, welche die Jungkommunisten benötigen, um die Kämpfe der jugendlichen Arbeiter zu führen und den Kampf der erwachsenen Arbeiterschaft zu unterstützen. Die Konferenz stellte am ihrem Ende fest, die Einmütigkeit aller Delegierten, sowohl zur Frage des Kampfes für den Eintritt in die Gewerkschaften, als auch die Notwendigkeit, die Betriebszellenarbeit endlich in Angriff zu nehmen. Waren anfangs noch Zweifel und Meinungsverschiedenheiten speziell über die Frage des Eintritts in die Gewerkschaften vorhanden, so konnte man am Ende der Konferenz feststellen, daß alle diese Zweifel zerstreut sind. Einmütig gelobten alle Vertreter, sich einzusetzen für die Beschlüsse der beiden Weltkongresse der KJ. und der KII.

(Sitzungsbericht folgt morgen.)

Die Miete steigt — der Mieter wird entrechtet

Wie aus dem Wohlfahrtsministerium mitgeteilt wird, wird vom 1. Oktober an die gesetzliche Miete zur Deckung der Mehrausgaben für die Hauszinssteuer um 4 Prozent auf 66 Prozent erhöht. Weitere Aenderungen der Bestimmungen seien nicht zu erwarten.

Damit erhöht sich auch die Miete für möblierte Zimmer, und daß das immer so weiter geht, sorgt schon der

Abbau der Zwangswirtschaft

Das Angebot an möblierten Zimmern hat in den einzelnen Gemeinden in den letzten Monaten so zugenommen, daß ein besonderer Schutz der Mieter möblierter Zimmer nicht mehr notwendig erscheint. Der Reichsarbeitsminister hat daher bei den Regierungen der Länder angeregt, die Wohnungszwangswirtschaft für möblierte Räume in solchen Gemeinden aufzuheben. Die Entscheidung, für welche Gemeinden die Aufhebung erfolgt, liegt bei den zuständigen Ministerien der Länder.

Wieder eine „Errungenschaft" weniger. Aber noch interessanter ist der Erlaß des Magistrats aus den letzten Tagen:

Der Magistrat gibt bekannt:

In letzter Zeit mehren sich bei den Aufhebungsklagen die Fälle, in denen das Mietseinigungsgericht dazu kommt, den Mietern keinen Vollstreckungsschutz zuteil werden zu lassen, in denen also der Aufhebungsklage stattgegeben wird, ohne daß die Zwangsvollstreckung von der bisherigen Sicherung von Ersatzraum abhängig gemacht wird. Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß das Wohnungsamt nicht in der Lage ist, und es auch grundsätzlich ablehnen muß, sich solcher Fälle anzunehmen, da hierdurch die Unterbringung der schon seit Jahr und Tag vorgemerkten und als dringlich anerkannten Wohnungsuchenden gefährdet werden würde. **Wenn einem Mieter vom Gericht kein Ersatzraum zugebilligt wird, so kann er auch nicht erwarten, daß ihm nunmehr die öffentliche Wohnungsbehörde zum Nachteil derjenigen hilft, die einen altberechtigten Anspruch auf Zuweisung einer Wohnung haben und schon seit Jahr und Tag warten.** Muß ein solcher Mieter seine bisherige Wohnung räumen, so wird im allgemeinen nur Asylunterbringung mit allen ihren Nachteilen übrigbleiben, sofern es dem Betreffenden nicht möglich ist, sich selbst in Räumen unterzubringen, die der öffentlichen Bewirtschaftung nicht unterliegen.

Die öffentliche Wohnungsbehörde überläßt es also den Proleten, die dem Hauswirt nicht passen, ins Asyl für Obdachlose überzusiedeln. Jeder Arbeiter empfindet die Art, wie solche Zumutung in der Bekanntmachung ausgedrückt worden ist, als eine schallende Ohrfeige. Es ist hingegen der „öffentlichen Wohnungsbehörde" anheimzustellen, selbst eine Weile im Asyl zu kampieren. Dann wird ihr das Wort von den „Nachteilen" nicht mehr so glatt von der Lästerzunge gehen.

Neutralität der Schupo

Von einem Arbeiter wird uns geschrieben:

Vor zwei Wochen konnte man im „Klassenkampf" von dem ruhmreichen Auftreten der Beschützer der freiesten Republik lesen, als die Mitglieder des Roten Frontkämpfer-Bundes auf das Brutalste mißhandelt wurden. Das waren ja auch nur Proleten. Aber die republikanischen Beschützer, die Schupo, sind nicht immer so bestialisch.

Am Sonnabendabend versammelte sich der Stahlhelm in geschlossenen Formationen hinter der Roßplatzkaserne zu einer Uebungsfahrt. Das erschienene Ueberfallkommando trieb aber diese 600 Mann nicht auseinander, sondern beschützte diese Feinde der Republik, indem sie die gaffenden Passanten zum Weitergehen aufforderte.

Der Rote Frontkämpfer-Bund wird auseinandergejagt und stark mißhandelt. Der Stahlhelm wird von dieser neutralen Polizei des Sozialdemokraten Runge beschützt. Prolet, wie lange willst Du noch schlafen? **Also hinein mit den Arbeitern in den Roten Frontkämpfer-Bund.**

*

Am 13. September teilt der Polizeibericht mit:

Am 12. 9. 24, nachmittags, wurde vor der Hauptpost ein Arbeiter von einem Lastkraftwagen angefahren und zu Fall gebracht. Hierbei erlitt der Arbeiter, **dem die Schuld an dem Unfall selbst zuzuschreiben ist,** eine leichte Verletzung am Kopf."

Am selben Tage meldet der Bericht noch sechs andere Unfälle. Nirgends aber heißt es „ein Arbeiter", und nirgends ist die Schuldfrage erwähnt. Wenn ein Prolet von dem Lastkraftwagen eines Unternehmers angefahren wird, so hat natürlich er die Schuld. Ist die Polizei etwa nicht immer neutral?

Propaganda-Abend der „Roten Hilfe"

Am Dienstag, dem 7. Oktober, veranstaltet das Bezirkskomitee der RH. im großen „Volkspark"-Saal einen künstlerischen Propaganda-Abend, verbunden mit Instrumental- und Volkskonzert, Rezitationen, Ansprache und Aufführung des Sprechchors „7000". Karten sind jetzt schon zum Preise von 50 Pf. in allen Verkaufsstellen des Allg. Konsums, in der Volksbuchhandlung, Harz, Bez.-Buchhandlung, Lerchenfeldstraße, im „Volkspark" und im Sekretariat der „Roten Hilfe" zu haben. Arbeitslose, die Mitglieder der „Roten Hilfe" sind, haben freien Zutritt. Wir kommen in den nächsten Tagen nochmals auf diese Veranstaltung zurück. Der Gesamtertrag kommt der „Roten Hilfe" zugute.

*

Alle Vertrauensleute der „Roten Hilfe", die noch keine Eintrittskarten abgeholt haben, können solche im Sekretariat der „Roten Hilfe" abholen. Alle Vertrauensleute aus den Arbeiter-Sportorganisationen werden zu einer kurzen Besprechung für Dienstag abend, den 16. September, eingeladen.

Aus der Geschichte des Wiking-Bundes

Das neue Schandurteil, das am Sonnabend in Leipzig gefällt wurde, gibt Aufklärung über eine besonders interessante Tatsache: Wie die „Rote Fahne" berichtet, waren

große Teile der Elberfelder Schupo im völkischen Wiking-Bund und sollen den Bund mit Waffen versorgt haben.

Die Arbeiterschaft, **die hier also gegen Wiking-Bündler kämpfte,** wurde zu mehr als einem halben Jahrhundert Kerker verurteilt. Danach darf man sich sagen, auch in Halle sei es nicht ratsam, sich im Kampf gegen Sparinge die Finger zu verbrennen. Denn es könnte passieren, daß die wegen schweren Raubes, **wie die 15 Jünglinge bei Bamberg,** nur einen Monat bis ein Jahr sind Monate Gefängnis bekommen. **Wir werden trotz dieser Erfahrungen nicht ruhen, bis die Fäden dieser Verbrecherbande in ihrem ganzen Umfange bloßgelegt sind.**

*

In dem Buch „Verschwörer", von Gumbel, der Chronik der faszistischen Verbände, wird berichtet, daß der „Wiking-Bund" aus der Ehrhardt-Organisation hervorgegangen ist. Nachdem diese verboten war, konstruierte sich aus ihr ein „legales" Gebilde. Gumbel schreibt darüber:

„Auch der „Neudeutsche Bund" ist noch nicht die letzte Form des vielgestaltigen Proteus. Eine Zeitlang hieß er „Wikingbund". Der offizielle Führer ist der Kapitänleutnant Kautter, der so tapfer die 55 Millionen (40 000 Goldmark) des Oberleutnants Richert einsteckte.

In den Satzungen der Ortsgruppe Amberg dieses Bundes heißt es: „Der Bund ist eine Vereinigung werktätiger deutscher Männer und erstrebt auf völkischer Grundlage die Wiedergeburt des deutschen Volkes in sittlicher, kultureller, wirtschaftlicher und politischer Beziehung. Der Führer des Bundes ist der Gründer, welcher absolute Herrschaft besitzt, von einem Jahrestishing bis zum anderen. Mitglied kann jeder unbescholtene Deutsche arischer Abkunft werden. Bei Aufnahme in den Bund wird jeder auf den Führer und sein Ziel vereidigt und gelobt damit unverbrüchlichen Gehorsam. **Vollstreckung von Urteilen haben diejenigen auszuführen, die vom Führer dazu beauftragt werden. Das politische Programm ist das der nationalistischen deutschen Arbeiterpartei.** Der Bund ist ein vaterländischer Kampfverband. Amberg, 9. Mai 1923, gez. B. Reiter, Führer und Gründer des „Wikingbundes". („Münchener Post", 1. Juni 1923.)

„Es hat sich herausgestellt, daß aus dem durch Verbot aufgelösten Nationalverband deutscher Soldaten eine Ersatzorganisation, der sogenannte „Wikingbund", gebildet worden ist, der gleichzeitig eine Fortsetzung der Organisation Consul (Brigade Ehrhardt) darstellt. Bezeichnend für den Mißbrauch, der dabei mit den nicht charakterlosen Mitgliedern getrieben wurde, ist der Umstand, daß nach der Aussage eines Organisationsleiters den unterstellten Leuten von der Identität des „Wikingbundes" mit der Organisation C keine Mitteilung gemacht werden durfte. Der „Wikingbund" als Neuauflage der Organisation Consul für Thüringen einschließlich der preußischen Gebietsteile ist in elf Abteilungsgebiete eingeteilt, deren Bezirksleitung in Erfurt ihren Sitz hat. **Aus den Aussagen beteiligter Personen geht hervor, daß in der Organisation auch eine Feme besteht.** Sie hat die Aufgabe, den Geheimcharakter der Organisation und ihrer Unternehmungen mit den schärfsten Mitteln aufrechtzuerhalten. Personen, die als Verräter oder sogar Spitzel angesehen werden, sollten nach Angaben von Beteiligten erschossen werden. Die Mitglieder der Geheimorganisationen pflegten in der bei diesen Bünden schon hinlänglich bekannten Weise vereidigt und dabei zu absolutem Gehorsam auf Leben und Tod gegenüber den Führern verpflichtet zu werden. Aus den Aussagen beteiligter und verhafteter Personen geht weiter hervor, daß auch diese Organisationen gegebenenfalls dem Zweck dienen sollten, mißliebige Führer und Staatsmänner der Republik zu beseitigen." So schreibt das thüringische Presseamt. („Münchener Post", September 1923.)

*

An einer anderen Stelle des Buches wird über die Person des ehrenwerten Kapitänleutnant Kautter mitgeteilt:

Mayr, Kautter, Friedemann, Schäfer und Berger sind Leute ohne Beruf. Ihre ganze Tätigkeit besteht in der Arbeit für ihre Organisationen, das heißt im Konspirieren, Intrigieren, Geheimbefehle erlassen, Verbände spalten, Spitzel entdecken, Aktionen vorbereiten. Die Zeugen haben nicht das mindeste Hehl daraus gemacht, das Geld bekommen zu haben. So sagt Kautter wörtlich auf die Frage des Vorsitzenden: „Ich habe für mich nichts verwendet, die Gelder sind für nationale Zwecke, das heißt für die Organisationen, verwendet worden." Was für tiefsinnige Dinge darunter zu verstehen sind, ersieht man daraus, daß Machhaus **die Kosten der Fahnenweihe des „Blücherbundes" mit dem französischen Geld bestritten hat und mit Richert zusammen kostspielige Autotouren machte.**

Man sieht, auch hier wurden die Gelder bei Fahnenweihen versoffen, genau wie bei Sparing und seinem Anhang. Die Bengel wollten es ihren großen Führern natürlich gleichtun. **Es steht übrigens nunmehr fest,** daß Harry Sparing verhaftet ist.

Ist der ZdA. eine Filiale des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold?

Und es kam, wie es nach dieser Einladung kommen mußte. Die Devise des Ersten Mitteldeutschen Angestelltentages war:

„Schützt die Republik im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold".

Man kann übrigens die Veranstaltung als eine absolute Niete bezeichnen. War schon das „gemütliche Beisammensein" am Sonnabendabend außerordentlich schwach besucht, so gähnte am Sonntagfrüh bei den Vorträgen im „Zoo"-Saal eine ungeheure Leere. Vertreten waren fast nur Gewerkschaftsbonzen. Die organisierte Angestelltenschaft hatte augenscheinlich keine Lust, die schwarzrotgoldene Republik zu schützen, in der es ihr so dreckig nie möglich geht.

Wer die Sonnabendveranstaltung im „Zoo" besuchte, mußte den Eindruck gewinnen, daß es sich um einen Reklameabend für Most-Schokolade handelte. Mit den Eintrittskarten wurden kleine Zettel überreicht, in denen Most-Fabrikate angepriesen wurden. Den Hauptinhalt des Abends bildete eine Verlosung von Most-Konfekt. Nicht etwa zugunsten irgendwelcher Organisationen; zu wessen Gunsten, weiß man überhaupt nicht. Die Teilnehmerkarte ist ein besonderes Dokument.

„Das Tragen antirepublikanischer Abzeichen ist nicht gestattet."

Das war offenbar auf den Sowjetstern gemünzt; denn seit der letzten Generalversammlung war ja festzustellen gewesen, daß die kommunistische Meinung im ZdA. nicht allzu schwach ist. Und auf der Rückseite, noch einmal, steht geschrieben: **„Schützt die Republik im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold".** Die Räume im „Zoo" und in Wittekind, in denen Tanz, Musik, kitschige Operettenvorträge zur Darbietung gelangten, waren mit schwarzrotgoldnem Fahnentuch **„geschmückt".** Dabei scheut sich die Leitung des ZdA. nicht, in dem Einladungsschreiben zu behaupten: **„Der Zentralverband der Angestellten ist parteipolitisch und religiös neutral.**

Wir haben schon einmal auf diese skandalöse Ungehörigkeit hingewiesen. Die ganze schwarzrotgoldene Aufmachung war **eine ungeheure Provokation,** und es kann den kommunistischen Mitgliedern nicht verdacht werden, wenn sie dem Klimbim ferngeblieben sind.

*

Der Sonntagmorgen sah verschlafene Gesichter. Das rührte wohl noch von der Kaffeetafel her, die im „Gewerkschaftshaus" stattgefunden hatte. Der Vorsitzende der Kundgebung mußte selbst zugeben,

daß die Veranstaltung ein Schlag ins Wasser sei wegen des ungeheuer schlechten Besuches.

Reichsbanner-Kamerad und sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter Waentig hielt seinen Vortrag „Die Grundfragen der heutigen Handelspolitik", und man kann wohl behaupten, daß es eine deutschnationale Rede war, die er da vom Stapel gelassen hat. So mag Herr Hergt nach der Unterzeichnung des Dawes-Gutachtens seine Mannen einschläfern. Einige Worte verdienen ganz besonders hervorgehoben zu werden:

„Wenn diejenigen den Sieg behalten sollen, die am besten schreien und agitieren können, würde es um die Zukunft des deutschen Volkes schlecht stehen."

Man müsse sich bei Betrachtung der Handelspolitik freihalten von parteipolitischer oder berufsinteressierter Einstellung.

Von der hohen Warte der Wissenschaft aus müßten die Dinge betrachtet werden.

Das sagt ein Sozialdemokrat, ein „Marxist", der die Leute glauben machen will, die Wissenschaft sei eine objektive Angelegenheit. Wenn die Wissenschaft, die er lehrt, nicht bedingt wäre von der herrschenden kapitalistischen Klasse, **dann wäre Herr Geheimrat Waentig längst nicht mehr Professor an der hallischen Hakenkreuz-Universität.** Weiter hob er besonders hervor, daß wir im Jahre des beginnenden Wiederaufbaues seien. Was er von Schutzzöllen sagte, klang den Agrariern sonderlich entgegenkommend in den Ohren. Und gegen Schluß, als er die westlichen Demokraten genügend poussiert hatte, stellte er die Hypothese auf,

das russische Gebiet könne man nicht als europäisches Gebiet bezeichnen,

und er folgerte daraus, daß jede Wirtschaftsverbindung mit Rußland ein Unding sei. Diese antibolschewistischen Ausführungen, diese hohe Warte der selbstverständlichen Anerkennung des Kapitalismus als notwendige und gegebene Voraussetzung waren so kraß formuliert, daß es sogar den SPD.-Leuten zu viel wurde, und das will viel besagen.

Der zweite Vortrag wurde vom vortragenden Ministerialrat im Preußischen Handelsministerium, Dr. Flatow, gehalten. Eine ganz allgemeine Darstellung der Entwicklung der Gewerkschaften, in der er bewies, daß von der gebundenen Wirtschaft des Mittelalters über den Liberalismus der freien Vertragsschließung bis zur Zeit des Tarifvertrages eine Linie gehe. Er kam auf die Tarifs- und Schlichtungsgesetze zu sprechen und betonte, daß die Ausführung dieser Verordnungen davon abhänge und die Wirkung zugunsten der Arbeitnehmerschaft, wieviel politischen Einfluß diese hätte. Aber nur ja nicht an die wunden Stellen der schwarzrotgoldenen Republik rühren!

„Wieviel Einfluß die Arbeitnehmerschaft auch politisch auf den Staat auszuüben vermag, darauf einzugehen würde hier zu weit führen."

Es könnte dem Herrn vortragenden Ministerialrat seine Stellung kosten, er könnte vielleicht abgebaut werden, vielleicht sogar abgebaut ohne eine lebenslängliche Pension schlucken zu dürfen, und deshalb „führt es zu weit", auf die Grundfragen der ganzen Tarif- und Schlichtungsangelegenheit einzugehen, weil die Angestellten genau so wie der Arbeiter **auf formale Gesetze pfeifen, wenn sie in der Praxis nur zu ihren Ungunsten ausgelegt werden.**

*

Wir möchten nicht wissen, wieviel Defizit dieser Mitteldeutsche Angestelltentag gebracht hat, aber soviel steht fest, es ist auch ein moralisches Defizit zu verzeichnen, das das finanzielle weit überfliegen wird. Wenn die Angestelltenschaft in einigen Teilen für Tanz und Operettenkitsch regtes Interesse empfinden, so hat die Gewerkschaft die Pflicht, das nicht zu unterstützen, sondern ihre Mitglieder zu erziehen und sie vorzubereiten für ein wirklich kollektivistisches und nicht nur kollegiales Zusammenarbeiten. **Aber der Führerfängel will ja das gar nicht. Er will sich nicht von einer aufmerksamen Mitgliedschaft in die Karten gucken lassen. Immer hübsch unter sich bei Kaffeetafel und Most-Schokolade! Die kommunistischen Mitglieder im ZdA. aber werden, das können wir heute schon versichern, alles daransetzen, um das Steuer herumzureißen.**

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg

eGmbH., Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14

Sonntag, den 28. September 1924, vormittags 9 Uhr, im „Volkspark", kleiner Saal:

Außerordentliche Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Bericht über die Lage der Produktiv-Genossenschaft
2. Beschlußfassung über die Eröffnungs-Goldbilanz

Wir bitten unsere Mitglieder, zahlreich zu erscheinen. Das Mitgliedsbuch legitimiert

Für den Aufsichtsrat: Richard Schnetter

Zur IAH.-Woche

* **Die Abrechnungsstellen für verkaufte Bausteine des Bundes der Freunde der IAH.,** an denen jeden Abend bis 6½ Uhr abzurechnen ist, sind folgendermaßen festgelegt:

Süden: Frau Else Böhme, Dieskauer Straße 18, Hof II.

Westen: Frau Herrmann, Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße 14.

Norden: Frau Schwarzkopf, „Volkspark".

Osten: Im Bureau des Bundes der Freunde der IAH., Roßplatz, Am Wasserturm 2.

Zentrum: Friseurgeschäft Richard Kutschbauch, Große Klausstraße 7.

Irgendwelche Störungen sind sofort an das Bureau des Bundes der Freunde der IAH. am Roßplatz, Wasserturm 2, zu melden. Tel.: 3648.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240915-15/fragment/page=0005

Die Wahrheitsliebe des „Klassenkampf"

Unter dieser Ueberschrift bringt das „Volksblatt" in seiner Nummer vom 8. September einen Artikel, in dem auch eine Berichtigung des Fahnenträgers der Schwarzrotgoldenen, Willi Sander, zum Abdruck kommt. Nachstehend bringen wir die Berichtigung:

An die Redaktion des „Klassenkampf".

„Gemäß § 11 des Pressegesetzes ersuche ich Sie unter Bezugnahme auf die heute gehabte telephonische Unterredung um Aufnahme nachstehender Berichtigung:

In der Nr. 154 des „Klassenkampf" vom 2. September werden gegen mich eine Reihe beleidigender, weil unwahrer Tatsachen behauptet. Ich stelle fest, daß diese Behauptungen wissentlich unwahr sind.

Ich habe niemals einen Arbeiter mißhandelt, sondern lediglich dem Berichterstatter des „Klassenkampf", Meinhardt, gegenüber in Notwehr gehandelt, da er erst vor wenigen Tagen mir anzubieten gewagt hatte, ich solle **für die Kommunistische Partei Spitzeldienste beim Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold leisten.** Infolge meiner energischen Ablehnung hat er an dem betreffenden Abend mit mir Händel gesucht, wobei ich lediglich seine tätlichen und wörtlichen Beleidigungen abgewehrt habe.

Es ist ferner wissentlich unwahr, daß ich bei den Völkischen gewesen sei. Wahr ist, daß ich **die völkische Bewegung genau wie die kommunistische Bewegung für verderblich halte und grundsätzlich bekämpfe. Wissentlich unwahr ist ferner die Behauptung** von mir begangener **Unterschlagungen.** Wahr ist im Gegenteil, daß ich während meiner Zugehörigkeit zur KPD., die ich heute wie viele andere bedauere, stets als disziplinierteres und aufopferndes Parteimitglied mich gezeigt habe. Ich habe meinen Verpflichtungen, auch den geldlichen, jederzeit genügt. Mein Austritt aus der KPD. ist aus meinem eigenen freien Willen lediglich deshalb erfolgt, weil ich als ehrlicher Arbeiter **während des Halz-Putsches die Betrugsmanöver der damaligen Leitung der KPD.-Zentrale und das ebenso verderbliche Verhalten der hallischen Leitung erkannt habe,** das lediglich dazu führte, gutgläubige ehrliche Arbeiter in den Tod, in die Zuchthäuser und in die Gefängnisse zu bringen.

(ges.) Willi Sander."

Im Interesse des Reichsbanners, der SPD. und des Volksblättchens wäre es besser gewesen, wenn Herr Sander geschwiegen hätte, anstatt die gekränkte Leberwurst zu spielen.

„Der „Klassenkampf" kneift", schreibt triumphierend das Volksblättchen und ist sehr erfreut, dem verhaßten „Klassenkampf" endlich einmal etwas auswischen zu können. Aber wer zuletzt lacht, lacht am besten! Liebes Volksblättchen, und wenn unser erster Schlag noch nicht genug gesessen hat, so sind wir gern bereit, ihn zu wiederholen.

Sander gibt in seiner Berichtigung selber zu, den Arbeiter Meinhardt, den er für den Berichterstatter des „Klassenkampf" hält, geschlagen zu haben. Wir bemerken hierzu noch, **daß der Berichterstatter des „Klassenkampf" von Reichsbannerleuten und Sipoleuten ohne allen Grund unter Drohungen und derben Püffen aus dem Saal entfernt wurde** und mit dem Arbeiter Meinhardt nicht das Geringste zu tun hatte. Meinhardt aber wurde von Sander tätlich angegriffen und mehrmals in das Gesicht geschlagen.

Ferner sagt Sander in seiner Berichtigung, daß er niemals bei den Völkischen gewesen sei. Wir wollen uns auf Wortgefechte nicht einlassen und stellen fest, daß Sander Mitglied einer nationalen Vereinigung gewesen ist. Ferner bestreitet Sander, während seiner Zugehörigkeit zur KPD. niemals Unterschlagungen begangen zu haben und daß er selbst aus der KPD. ausgetreten sei, weil er als „ehrlicher" Arbeiter die Leitung der damaligen Zentrale für eine verderbliche gehalten habe. **Sander hat während seiner Zugehörigkeit zur KPD. Gelder einkassiert und diese nicht abgerechnet.** Als Sander dann aufgefordert werden sollte, endlich einmal abzurechnen, konnte man diesen „ehrlichen" Arbeiter nirgends finden... Er war aus Halle verschwunden. Hierauf ist er wegen Unterschlagung aus der Mitgliederliste gestrichen. Da sein Aufenthalt unbekannt war, ist auch nicht möglich gewesen, ihn zu benachrichtigen. Erst nach mehr als vier Monaten tauchte Sander wieder in Halle auf und rechnete erst jetzt nach Aufforderung die einkassierten Gelder, welche inzwischen wertlos waren, ab. Unsere Leser mögen sich nun selbst ein Bild von der Ehrlichkeit dieses Arbeiters machen.

Den Schwarzrotgoldenen aber gönnen wir diesen ersten Bannerträger, die Fahne des Reichsbanners konnte in keine besseren Hände kommen. Man sagt nicht zu Unrecht: „Wie der Herre, so's Gescherre.

---

* **Kommunistische Funktionäre der Union der Hand- und Kopfarbeiter, Ortsgruppe Halle.** Am Montag, dem 15. September, abends 6 Uhr, findet in der Produktiv-Genossenschaft eine Sitzung der Funktionäre der Union, soweit sie der Kommunistischen Partei angehören, statt. Der Zutritt ist nur gestattet gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches der KPD. In der Sitzung sollen die Beschlüsse des dritten Gewerkschaftskongresses und ihre Anwendung behandelt werden. Pflicht eines jeden Funktionärs der Union, soweit er Kommunist ist, ist es, zu dieser Sitzung zu erscheinen.

* **Kommunistische Bauarbeiter.** Am Dienstag, dem 16. September, abends ½8 Uhr, findet in der Produktiv-Genossenschaft eine Sitzung der kommunistischen Bauarbeiter des Ausgeschlossenen Verbandes, wie des Baugewerksbundes statt mit der Tagesordnung: „Der Kampf um die Gewerkschaftseinheit." Jeder kommunistische Bauarbeiter muß erscheinen.

Aus der Provinz

Wenn Faszisten vor Gericht stehen

Ein bemerkenswerter Freispruch

Der stellvertretende Schriftleiter der Staßfurter „Mitteldeutschen Presse", E. Rothardt, hatte sich vor dem Erweiterten Schöffengericht in Magdeburg wegen **Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik** zu verantworten. Die Anklage erblickte das Vergehen in dem mit einem Zusatz der Schriftleitung versehenen Abdruck eines „Deutsche Revolutions-Minister" überschriebenen Artikels des „Berner Tageblatts". In dem Artikel waren eine Reihe ehemaliger deutscher Minister strafbarer Handlungen beschuldigt, und es war behauptet worden, daß das Wort „Republik" in Deutschland einen anrüchigen Beigeschmack erhalten habe. Die „Mitteldeutsche Presse" fügte dem Artikel noch einen Zusatz an, in dem es hieß, daß sich das Ausland über die Verhältnisse in Deutschland lustig machen könne. Wenn ein Deutscher jedoch die Ausführungen der Ausländer nur gutheiße, so mache er sich nach dem Gesetz zum Schutze der Republik strafbar. Bis nach der Schweiz reiche der Arm des Oberreichsanwalts jedoch nicht. Alle, die es angehe, möchten sich die Bemerkungen des „Berner Tageblatts" vor Augen halten und mit sich selbst zurate gehen.

Der Angeklagte bestritt, sich strafbar gemacht zu haben. Er habe nur „Kritik an dem Schutzgesetz üben wollen, unter dessen Druck sein Chef bereits 17 Monate sich verborgen halten müsse", (Hottentott ist bekanntlich ausgerissen, als er eingesperrt werden sollte.) Der Staatsanwalt vertrat den Standpunkt, daß der übernommene Artikel **schwere Beschimpfungen der republikanischen Staatsform** enthalte. Durch den Zusatz habe der Angeklagte sich die Tendenz des Artikels zu eigen gemacht. Er beantragte **drei Monate Gefängnis.** Die Verteidigung führte aus, daß der Artikel — und auch der Zusatz — nicht die Republik beschimpfe, sondern nur einige ihrer Minister und deren Handlungen kritisiere. Der Gerichtshof schloß sich dieser Meinung an und **sprach den Angeklagten frei.**

Wenn die kommunistische Presse Minister strafbarer Handlungen beschuldigt und sich in schweren Beschimpfungen der republikanischen Staatsform ergeht, dann ist zehn gegen eins zu wetten daß ihre verantwortlichen Redakteure gehörig verknackt werden. Anders, wenn es sich um eine faszistische Zeitung handelt. Dann kann man sicher sein: Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus! Dann gibt es einen Freispruch!

Durch solche Vorgänge werden der arbeitenden Bevölkerung immer mehr die Augen geöffnet, und das ist gut so! Immer mehr werden es unbegreiflich und empörend finden, daß proletarische Kämpfer in den Kerkern schmachten und den Faszisten kein Haar gekrümmt wird. Um so eher wird millionenfach der Ruf erschallen:

Heraus mit den politischen Gefangenen des Proletariats!

Erwerbslose für die „Rote Hilfe"

Eine vom Erwerbslosenrat einberufene **starkbesuchte Versammlung der Bitterfelder Erwerbslosen beschloß einstimmig, pro Mann wöchentlich 10 Pfennig von ihrer kärglichen Erwerbslosenunterstützung an die „Rote Hilfe" abzuführen.**

Am Sonnabend bei der Auszahlung der Unterstützung wurden 13,74 Mk. gesammelt.

Ein schönes Zeichen von Solidarität! Arbeiter in den Betrieben, machts nach!

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Was im Preußen-Deutschland alles möglich ist!

Der kommunistische Stadtverordnete Gräfe in **Teuchern** hatte am 25. Juni d. J. an den dortigen Bürgermeister Schilten, sowie an den Amisrichter Dr. Pfeiffer ein Schreiben gesandt, worin er darauf hinwies, daß am 8. Juni d. J. ein junger Arbeiter namens **Kurt Heiland** in Teuchern **verhaftet, eingesperrt und am 24. Juni abends von Teuchern verschleppt worden** sei. In diesem Schreiben hieß es dann noch: „An diesem Akt haben sich „Wiehorganisationen mit zweibeinigen Tieren" beteiligt haben: Monarchisten und verkappte monarchistische Republikaner, Stahlhelm, Jungdo, Wehrwolf. Ich ersuche umgehend um Antwort, wer den Befehl zur Verhaftung, Einsperrung und Verschleppung dieses jungen Menschen gegeben hat, und fordere die **sofortige Freilassung des Herrn Heiland."**

Darauf erhielt Gräfe vom Bürgermeister folgendes Schreiben:

Auf Ihre Eingabe vom 25. d. M. betr. Verhaftung Heiland, teile ich Ihnen mit, daß ich Ihnen keine Rechenschaft über meine in Ausübung polizeilicher Maßnahmen getroffenen Anordnungen schuldig bin. Schilten.

Bitterfeld

Dienstag, 16. September, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten"

Oeffentliche Eisenbahnerversammlung

Referent: Reichstagsabgeordneter Max Lademann.

Eine Antwort vom Amtsrichter erhielt Gräfe nicht.

Am 21. August 1924 vormittags gegen 9 Uhr, datiert vom 19. August 1924, erhielt er folgendes Schreiben vom Amtsgericht Teuchern zugestellt:

Ueber eine gegen Sie eingegangene Anzeige sollen Sie vernommen werden. Sie werden nach gerichtlicher Anordnung auf den 27. August 1924 vormittags 9 Uhr vor das Amtsgericht in Teuchern — Zimmer Nr. 1 — geladen.

Am 27. August 1924 wurde Gräfe vernommen. Der Amtsgerichtsrat Dr. Pfeiffer frug ihn, ob er obiges Schreiben verfaßt hätte. Das wurde von ihm mit Ja beantwortet. Weiter wurde er von dem Herrn aufgefordert, den Sowjetstern abzulegen und ihm durch den Amtsgerichtsrat erklärt, durch das Schreiben fühlten sich der Bürgermeister, die Beamten usw., sowie der Herr Amtsgerichtsrat beleidigt. Er verlangte daraufhin die Nennung der Personen, welche die Anzeige gegen ihn eingereicht hätten, sowie den Inhalt der Anzeige schriftlich ausgehändigt. Das wurde von dem Amtsgerichtsrat verweigert. Gräfe erklärte darauf, keine Aeußerung abzugeben und verließ das Amtsgericht.

Weil also Gräfe sich um einen Teucherner Einwohner bekümmert hat, wozu er als Vertreter der Stadt ein gewisses Recht hat, deshalb wird mit ihm so umgesprungen. Aber gemach, damit ist die Sache noch nicht erledigt, auch damit nicht, daß man Gräfe wegen „Beleidigung" bestraft. Auf den Ausgang dieser „Beleidigungs"-Klage kann man übrigens gespannt sein. Wird es nicht ein Reinfall der „Beleidigten" werden? Aber die Teucherner Arbeiterschaft wird nicht eher ruhen, bis sie die Freilassung des Verhafteten erwirkt hat und bis sie alle die Reaktionäre, die bei dieser Verhaftung mitgewirkt haben, an das Licht der Oeffentlichkeit gezerrt hat. Die Arbeiterschaft wird mit dieser Clique dann abrechnen!

Weißenfels. Volksbühne. (G. Hauptmanns „Kollege Crampton") für Gruppe E, die diesmal die Erstaufführung erhält, am 18. September, für Gruppe C am 19. September. Gruppe E muß diesmal ausnahmsweise in Rücksicht auf die anderen beteiligten Städte schon nach einer Woche ihre Aufführung entgegennehmen, während Gruppe B erst am 23. September bezieht wird. Karten (0,80 Mk.) jedesmal Tags zuvor 12½ bis 3 Uhr in der Stadtbücherei.

Kreisschau. „London oder Moskau!" Über dieses Thema sprach am Donnerstag der Genosse Lessig in einer verhältnismäßig gutbesuchten öffentlichen Versammlung der KPD. In leichtverständlicher Weise zeigte er den aufmerksam folgenden Anwesenden die schweren Gefahren wirtschaftlicher und politischer Art, welche der Arbeiterklasse durch die Annahme des Dawes-Gutachtens bevorstehen. Scharf geißelte er das Verhalten der Parteien im Reichstage, welche diesem Schandvertrag zustimmten. Insbesondere brandmarkte er das schamlose Verhalten der Sozialdemokratie, welche bedingungslos dem diesem Vertrag zustimmte. Die lebhafte Zustimmung, die der Redner am Schlusse seiner Ausführungen erhielt, bewies, daß er allen aus dem Herzen gesprochen. Mögen sie auch die Schlußfolgerung durch **Eintritt in die KPD.** ziehen!

Bitterfeld-Delitzsch

Radefeld. Ein „revolutionäres Glanzstück" leistete sich am letzten Sonntag anläßlich des Turnervergnügens der SPD.-Vorsitzende des Turnvereins, Herm. Fuchs. Wie sich die hiesige Arbeiterschaft bei jeder Gelegenheit der politischen Gefangenen erinnert, sollte auch an diesem Tage durch eine Extratour die „Rote Hilfe" bedacht werden. Doch war die Rechnung ohne den Wirt, in diesem Falle ohne Herm. Fuchs, gemacht worden. **Kategorisch lehnte dieser „Held" das Ansinnen ab,** was selbstverständlich allgemein heftigen Unwillen hervorrief. Nun, **wer sein geistiges Wissen aus dem hallischen „Volksblatt" schöpft, dem geht eben jedes Verständnis für wirklichen Klassenkampf ab!** Bei der nächsten Wahl werden sich die Turngenossen ihre Leute besser ansehen und derartige Posten mit klassenbewußten Genossen besetzen!

Delitzsch. Ein Protest der Erwerbslosen. Die Erwerbslosen des Kreises Delitzsch nahmen in ihrer letzten Versammlung einstimmig nachstehende Resolution an:

„Die Erwerbslosen des Kreises Delitzsch erheben schärfsten Protest gegen den **10-, 12- und 18-Stundentag,** weil dadurch das Heer der Arbeitslosen nur noch vergrößert wird und eine Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß ganz ausgeschlossen ist. Desgleichen wird gegen das **Dawes-Gutachten** protestiert. Weiter bekämpfen und brandmarken wir das Verhalten des Eisenbahnarbeiters Naumann aus der Eisenbahnwerkstatt Delitzsch, welcher während seines Urlaubes noch in der Landwirtschaft gearbeitet hat und so die Erwerbslosen schädigte."

Wittenberg-Schweinitz

Piesteritz-Kleinwittenberg. London oder Moskau! So lautete das Thema in der von der KPD. einberufenen öffentlichen **Versammlung.** Der Referent Genosse Bürger, Halle, schilderte in ausführlicher Weise die Zerfahrenheit der heutigen kapitalistischen Wirtschaft im Weltmaßstabe. Die Londoner Abmachungen sollen dem Wirrwar ein Ende bereiten. Doch die schon heute zwischen den imperialistischen Mächten bestehenden Gegensätze zeigen klar auf, daß London eine Null ist. Das einzig Positive, was London gezeitigt hätte, wäre der gemeinsame Pakt zur Ausbeutung der

---

Körperbildung — Nacktkultur und freie Jugend

„Nur auf dem Boden wirklicher Freiheit kann sich alles Große entwickeln." Lasalle.

Aus Anlaß des 16jährigen Bestehens veranstaltete die hiesige Ortsgruppe des Touristenvereins „Die Naturfreunde" am Sonnabend in der Aula des Real-Reformgymnasiums eine Abendfeier.

Die Feier wies einen sehr guten Besuch auf, stand ja auch im Mittelpunkt des Abends ein Lichtbildervortrag des TV.-Genossen Koch, Berlin, über: „Körperbildung — Nacktkultur und freie Jugend", der ein ziemlich großes Interesse erweckt hatte. Der Referent gibt zunächst einen ganz kurzen Rückblick auf die Entwicklung der Jugendbewegung. Die Jugendorganisationen sind entstanden aus der Reaktion gegen das Alte. Nur langsam rangen sich neue Formen durch und so entstand die politische Jugendbewegung aus Reaktion gegen die in Wolken schwebenden Freideutschen.

Die Revolution 1918 war nur ein Versuch, sonst hätten keine Faszistenrummel am 11. Mai und 11. August stattfinden können. Durch den Krieg wurden ⅔ der männlichen Bevölkerung geschlechtskrank. 40 Prozent der Geburten sind heute mit Geschlechtskrankheiten behaftet und nichts wird dagegen getan. Das Proletariat ist zu geistloser Maschinenarbeit verurteilt; es verlernt dadurch sein eigenes Denken.

Die Erziehung, Religion und Technik sind die Hauptfaktoren, welche ein Ringen nach freier Kultur untergraben. An der Hand von sehr vielen Beispielen zeigt der Redner, wie falsch die heutige Jugend erzogen wird. Besonders geißelt er noch das Verhalten der religiösen Kreise, die als Belohnung für alle irdischen Leiden die ewige Seeligkeit versprechen.

Jeder müsse an sich erst eine rücksichtslose Selbsterziehung, Revolution beginnen. Nur dadurch ist es möglich, daß der Wille des einzelnen und damit der Wille des gesamten Proletariats gestählt wird. Erst dann könne das Volk eine große Revolution, eine neue Kultur gewinnen. Es werden dann noch durch Vorführung einer großen Anzahl von Lichtbildern, die durch Nacktsport erzielten überraschenden Erfolge gezeigt. —

Der Referent verstand es durch seine leidenschaftlichen, mit ehrlicher Ueberzeugung gesprochenen Worte die Anwesenden für dieses Thema zu fesseln. Trotzdem hätte er die Gegensätze der heutigen Gesellschaftsordnung, die jeden Aufstieg des Proletariats unterdrücken, viel schärfer zum Ausdruck bringen müssen. Umrahmt von Darbietungen der Musikgruppe sowie einen Vorspruch einer Jugendgenossin, in diesem das Ringen einer in Fesseln liegenden Menschheit zu neuem Aufstieg, zu neuer Kultur gezeigt wurde, fand die Feier ihr Ende.

Der Sonntag führte jung und alt hinaus zu den Passendorfer Wiesen, wo sich alles bei sportlichen Veranstaltungen und sonstigen Belustigungen bis zur hereinbrechenden Dunkelheit tummelte.

W. R.

Aeußerst geschmackvoll

Anfang nächster Woche wird Jackie Cogan mit Gefolge eine Reise nach Europa antreten. Der neunjährige Filmstar wird zunächst in London vom englischen König empfangen werden. Besondere Ehren werden ihn in Paris erwarten, wo er für einige Wochen Aufenthalt nehmen wird. Die städtischen Behörden werden ihn am Nordbahnhof offiziös empfangen. Präsident Doumergue wird ihm zu Ehren ein Frühstück geben, an dem auch Clemenceau teilnehmen soll. Jackie wird begleitet von seinen Eltern, einem Sekretär, einer Aufwärterin, einem Kammerdiener und einem Film-Operateur. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er auf seiner Rückreise auch Berlin besuchen wird.

So verdirbt die bürgerliche Autoritätswelt dieses Kind mit Ehrungen. Könige aus dem Lande der Arbeiter-Regierung. Präsidenten aus dem Staate der Linken. Und wenn Jackie in Berlin vielleicht von Stresemann und Jarres empfangen wird, dann ist's wohl endgültig um die Unverdorbenheit des Buben geschehen.

*

Henny Porten, die jetzt im Wiener-Prater filmt, hat dort in einer Unterredung erklärt, sie sei filmmüde. Der Praterfilm werde ihr letztes Filmwerk sein. Dafür empfinde sie aber eine große Sehnsucht nach dem Theater. Sie hoffe, im Winter auf einer großen Berliner Bühne zu spielen.

Wenn sie auch solche margarinewiche Stimme hat wie ihr Anblick ist, werden die Gymnasiasten einen neuen Bewunderungsgegenstand nordischen Ideals und die höheren Töchter ein leuchtendes Beispiel blondteutschen Gemüts bekommen.

*

Nun wird der wahre Weltfrieden kommen, und die Sozialdemokratie mag jauchzen:

Der Nibelungenfilm wird in Paris gespielt. Die Pariser Uraufführung des ersten Nibelungenfilms „Siegfried" ist für den Frühwinter angesetzt. Die Premiere, die sich zu einem gesellschaftlichen und künstlerischen Ereignis gestalten soll, findet in dem Salle Marivad statt. Eine Sinfonie-Orchester wird bei dieser Gelegenheit Wagnersche Kompositionen spielen.

Auch Wagner wird also wieder erschallen. So hat denn der Geist Ludendorffischer Kultur schon die Barbarei von Herriots linken Untertanen beleckt. Wenn die Franzosen am Bombast Gefallen finden sollten, kann man ihnen nicht helfen. Wohingegen man in Deutschland gegen Henry Barbusse hetzt, weil er in Greifswald gesprochen hat, und wohingegen sozialdemokratische Minister diese Hetze nicht ungern sehen. Aber Barbusse ist ja auch Mitglied der ↑↑↑3. Internationale. Dsf.

---

* **Stadt-Theater:** Heute, Montag, 7½ Uhr, „Emilia Galotti" mit Marianne Miersch in der Titelrolle. Dienstag „Othello" in der Besetzung der Erstaufführung. Mittwoch „Die Fahrt nach Orplid". Donnerstag erste Wiederholung von „Tristan und Isolde" mit Kammersänger Dr. Oskar Bolz a. G. als Tristan. Freitag, 7½ Uhr, „Die Frau von vierzig Jahren". Sonnabend „Faust".

* **Volksbühne.** Spieltage: Emilia Galotti: Montag, den 15. September (Theatergemeinde D), Beginn ½8 Uhr. Die Fahrt nach Orplid: Mittwoch, den 17. September (G), Beginn ½8 Uhr. Tristan und Isolde: Donnerstag, den 18. September (B), Beginn 6½ Uhr. Einlösungsfristen der 2. Beitragsmarken für die 2. Reihe: Für Theatergemeinde A: 15. bis 20. September, für die übrigen Theatergemeinden der 2. Reihe: 15. September bis 1. Oktober. Als 2. Werk wird für die 2. Reihe gegeben: Die neugierigen Frauen, musikalische Komödie von Wolf-Ferrari. Die Mitglieder werden gebeten, die Einlösungsfristen pünktlich einzuhalten. Neuanmeldungen werden täglich in der Geschäftsstelle, Brüderstraße 14, von 9 bis 1 Uhr und von 3 bis 5 Uhr entgegengenommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240915-15/fragment/page=0006

Arbeiterklasse. In der Aussprache meldete sich eine Frau, die die Frage stellte, ob durch diese Zustände die Revolution nicht gefördert würde, was vom Referenten bejaht wurde. Ferner schilderte der Referent die Rolle der einzelnen Parteien bei Annahme der Gutachten im Reichstag. **Die SPD. hat natürlich wieder die traurige Rolle gespielt.** — Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Wenn der Besuch auch nicht glänzend war, die KPD. kann mit dem Erfolg des Abends zufrieden sein.

Torgau-Liebenwerda

Ueberfall bewaffneter Faszisten

Aus Falkenberg wird uns berichtet:

Kürzlich hielten der „Nachttopf" und die „Wölfe" eine recht provozierende Uebung ab; man nannte dies „Manöver". Beide Organisationen spielten „Krieg". In einem nahen Wäldchen wurde ein Pilzsucher von diesen Elementen umzingelt und an einen Baum gebunden! Einer von diesen Halunken (Wehrwolf) hielt sogar einen **Revolver auf den Unglücklichen,** wobei er bemerkte, daß er im Falle eines Schreies schießen wolle! Dann sprengte die Räuberbande wieder von dannen. Der junge Mensch (16 Jahre) wurde erst nach Stunden von einem Spaziergänger aus seiner unglücklichen Lage befreit. Wie lange denkt die Arbeiterschaft diese skandalösen Zustände dulden zu wollen? Arbeiter, aufgewacht! Schließt Euch der KPD. an, gründet eine Gruppe des Roten Frontkämpfer-Bundes, dann wird das faszistische Treiben bald ein Ende haben.

Mückenberg. Konjunktur-Patrioten. Es ist kein Geheimnis: das Sängerfest war ein großer Reinfall. Ein kleines Stimmungsbild verdient Beachtung. Die Arbeiter-Fußballmannschaften kommen vom Spielplatz und wollen im „Gesellschaftshaus" Einkehr halten. Da bemerken sie eine große schwarzweißrote Fahne am Lokal. Selbstverständlich ging keiner ins „Gesellschaftshaus", sondern geschlossen wurde Abstand genommen, an diesem Tage in Mückenberg Zeche zu machen. Der Besitzer Bär hatte diesen Zwischenfall bemerkt, binnen einer Viertelstunde hatte er die schwarzweißrote Reklame entfernt. Von den Geschäftsleuten hatten schwarzweirot geflaggt: Schlabe, Sattler und Polsterwaren; Rümbel, Zigarren und Tabakwaren; Schultheiß, Bierniederlage; Bär, Fleischer.

Aus der Siedlerbewegung

Was tut uns not?

Im „Siedlungsbote", Organ der Opposition des Reichsbundes für Siedlung und Pachtung, lesen wir folgendes:

Herr Gustav Hoeft, bislang Vorsitzender des „Reichsbundes für Siedlung und Pachtung" hat in den letzten Jahren sehr viel von sich reden gemacht. Er wurde von seinen Gegnern in der ersten Zeit des Bestehens unseres Bundes wenig ernst genommen. Nachdem er aber mit dem Volksbegehren an die Oeffentlichkeit ging, witterte der Reichsbund Gefahr und begann, sich ernstlich mit ihm und seiner Person kritisch zu beschäftigen, um ihn unschädlich zu machen. Dieses Manöver gelang aber nicht, sondern die Mitgliederzahlen stiegen von Tag zu Tag, trotz aller gegnerischen Veröffentlichungen. Wenn unser Vorsitzender heute von seinen Gegnern nicht mehr ernst genommen wird und wenn unsere Organisation der Zersetzung anheimfällt, so ist letzten Endes Hoeft selbst schuld daran.

Wenn heute Freund und Feind am R. f. S. u. P. weder Freude noch Aerger hat, so ist es die Pflicht der Opposition, im Bunde die nötige Aufklärung zu schaffen, damit die verhältnismäßig großen Opfer unserer Mitglieder nicht umsonst gebracht worden sind und daß jeder Einzelne die Ursachen des Verfalls unseres Bundes genau so erkennen kann, wie wir sie leider etwas zu spät sehen.

Ich bin daher aufgefordert, mein umfangreiches Material den Mitgliedern bekannt zu geben und hoffen die Oppositionellen im Bunde, daß auch die Mitglieder daraus ihre Schlüsse ziehen und mithelfen, den in den Dreck gefahrenen Organisationskarren wieder herauszuholen. Daß dieses nicht möglich ist ohne die tatkräftigste Unterstützung aller Mitglieder, ist der Opposition ebenso klar, wie es allen Mitgliedern klar werden wird. Wir sind überzeugt, daß durch das Auftreten der Opposition eine Festigung des Bundes erreicht wird, wenn rücksichtslos das gekennzeichnet und ausgesprochen wird, was faul ist.

Es ist im allgemeinen nicht meine Passion, den Arzt zu spielen und Eiterbeulen aufzustechen. Daß ich heute davon abgehe und rücksichtslos das Geschwür aufschneide, werden die Mitglieder, die ruhig und sachlich meine Zeilen verfolgen als Notwendigkeit erkennen und hoffentlich die richtigen Schlüsse daraus ziehen, damit eine so vielversprechende, wirtschaftlich unbedingt notwendige Organisation nicht an dem Versagen seiner Führer, deren politischen Unfähigkeiten und deren moralischen Fehlern zugrunde geht. Eine Organisation, die es fertig bringt, Schädlinge der Organisation rücksichtslos, trotz aller bisherigen Verdienste des Einzelnen, von sich abzuschütteln, wird stets Anklang in der Oeffentlichkeit finden und von Freund und Feind mit Achtung behandelt werden. **Wir dienen alle einer großen Sache, helft uns beim Neuaufbau unserer Organisation und trennt Euch von Personen, die Euch und Eurer Bewegung schaden.** Arbeite jeder Siedler mit uns Hand in Hand, noch ist es nicht zu spät, denn nur in der Masse liegt die Kraft. **Darum auf zur Generalversammlung am 21. September 1924 in Berlin.**

Die Opposition
im Reichsbund für Siedlung und Pachtung
J. A.: Richter

Eine Niederlage der SPD. in Weißenfels

Die SPD. hatte geglaubt, in Weißenfels Lorbeeren ernten zu können, ist dabei aber elend hereingefallen. Die Leutchen wollen immer noch nicht begreifen, daß ihre Rolle ausgespielt ist, daß sie mit ihrer Heuchelei und Demagogie keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlocken. Sie glauben, mit ihrem Geschrei ihre Verrätereien verdecken zu können. Alles Bemühen ist aber umsonst, die Arbeiterschaft hat diese Handlanger und Steigbügelhalter der Reaktion erkannt und läßt ihr bei allen Gelegenheiten die verdiente Züchtigung zuteil werden.

Das hat sich auch wieder gezeigt bei einer am letzten Mittwoch von der SPD. in Weißenfels unter großem Tamtam einberufenen öffentlichen Volksversammlung, in der Reichstagsabgeordnete Krüger-Merseburg über das **Dawes-Gutachten** sprach. In dieser Versammlung produzierte sich der frühere überraditale „Spartakusmann", jetzige Vorsitzende der SPD., Franz Engel, als Lakai der SPD.-Bonzen. Er machte sofort bekannt, daß er **bei Störungen mit den schärfsten Mitteln eingreifen werde,** denn er hatte an der Besucherzahl gesehen, daß die **Mehrzahl davon Kommunisten** waren.

Engel verlebte diesen Abend die besten Stunden seines Lebens. Hatte er ja das Glück, mit einem Krüger zusammen zu dürfen, den er früher als den **größten Schädling der Arbeiterklasse** bezeichnete. Sein dauerndes Händeklatschen und kindisches Benehmen als Versammlungsleiter stempelten ihn vor der Weißenfelser Arbeiterschaft als politischen Hanswurst.

Nun betrat der „große Krüger", bewaffnet mit zwei Stühlen, das Podium. Es war ihm sicherlich noch in Erinnerung, daß er mit seinem Freund und „Witwentröster" Richard Viez beim Kapp-Putsch recht unsanft in diesem Lokale mit kommunistischen Händen Bekanntschaft machte.

Er behandelte das Dawes-Gutachten mit einer Zähigkeit, daß die Proleten überzeugt waren: **Hier spricht ein Mensch, der dem Proletariat fremd geworden ist!**

Redner ging aus vom Versailler Diktat und ging dann auf die Ruhrbesetzung ein. Er schildert den Niedergang der deutschen Wirtschaft und kommt zu dem Ergebnis, daß es in der jetzigen katastrophalen Wirtschaftslage nicht möglich sei, die sozialistische Gesellschaft einzuführen. Der Referent zeigt dann seine pazifistische Seite und glaubt, daß seit Eintritt der Labour Party in die englische Regierung eine Lösung in der Reparationsfrage eingetreten sei. Die Eingriffe Amerikas in den letzten Monaten haben gezeigt, daß das kapitalistische Amerika an der Ausbeutung Deutschlands interessiert sei. Amerika will den deutschen Kapitalisten Goldanleihen geben, damit das deutsche Wirtschaftsleben wieder flottgemacht werden kann. Der Referent spricht dann von seinen **Brüdern aus der Deutschvölkischen Freiheitspartei.** Die Völkischen hätten nur dagegen gestimmt, weil sie „verantwortungslose Gesellen" seien. Wer das Dawes-Gutachten gelesen hat, müsse anerkennen, daß dasselbe eine wohldurchdachte hervorragende Arbeit ist. **Der Redner wird dauernd durch Zwischenrufe unterbrochen.** Die Sachverständigen haben festgestellt, daß das deutsche Volk zu wenig Steuern bezahlt. Die Landwirtschaft, welche vor dem Kriege stark verschuldet war, sei jetzt schuldenfrei, während in den Siegerstaaten die Vorkriegsschulden noch vorhanden sind.

Der Redner geht nun auf die Verpfändung der Reichseisenbahn ein, wobei derselbe von der Versammlung minutenlang unterbrochen wird. Er zieht folgenden Vergleich: Wenn der Arbeiter sich Geld borgen will, verpfändet er seinen Schrank; derselbe ist immer noch sein Eigentum, wenn er seinen Verpflichtungen nachkommt. Hier mußte er sich von den Proleten sagen lassen, daß gerade hierin der Hase im Pfeffer liegt und die Reichseisenbahn für das deutsche Volk verloren sei. In einer gemeingefährlichen Art polemisierte Redner unter tumultartigen Unterbrechungen gegen Sowjet-Rußland. Rußland habe keine Mittel, Deutschland wieder flott zu machen. Durch **stürmische Unterbrechungen und Rufe: „Rote Armee!"** bringt der Referent die allen Kamellen: **Die zweifelhafte „Rote Armee" unter der Leitung des unzuverlässigen Trotzki biete keinen Stützpunkt.**

Zum Schluß geht der Redner noch auf den Gegenentwurf, das **Sozialisierungsgutachten der Kommunisten,** ein. Der Entwurf sei derselbe, den die **Sozialdemokraten 1918 eingereicht hätten.** Einige Sätze später verleumdet er aber wieder, indem er den Entwurf als ein **„russisches Produkt"** bezeichnet. (Großer Lärm.) Der Referent schließt: **Der Kampf ist vorbei, es lebe der Kampf! Nicht aber der Kampf, wie ihn die Kommunisten predigen, sondern der geistige Kampf!**

Als unser **Genosse Karl Bittel** als Diskussionsredner das Podium betrat, wurde er mit stürmischem Händeklatschen und „Heil-Moskau"-Rufen empfangen. Daß so viel Kommunisten im Saal anwesend waren, hatten die SPD.-Herren nicht geglaubt. Deshalb glaubte der politische Hanswurst von Versammlungsleiter sagen zu müssen, er könne nicht glauben, daß alle Beifallsollenden der kommunistischen Richtung angehörten! **Ein Hohngelächter war die Antwort! Darauf drohte er mit Hausrecht, Polizei usw.**

Mit großer Sachlichkeit zerpflückte unser Genosse Bittel die Ausführungen des Referenten, so daß nur noch Scherbenhaufen kapitalistischer Ideologie übrigblieben. Ausgehend von der Kriegspolitik der SPD., auf die er nur kurz einging, behandelte Genosse Bittel die Nachkriegspolitik der SPD. ausführlich. Die SPD. **hat dem deutschen Proletariat alle Macht, die 1918 errungen war, durch ihre Vertreter in den Regierungsstellen genommen und dem Bürgertum übergeben.** Noske hat die militärische Macht in die Hände reaktionärer Offiziere gelegt. Redner geht dann auf die Ermächtigungsgesetze ein und beweist, daß auch hier die SPD. eine Politik getrieben habe, durch deren Auswirkung die **arbeitende Bevölkerung großen Schaden erlitten hat.** Genosse Bittel bespricht nun das Dawes-Gutachten und ist erstaunt, daß Krüger das Gutachten verteidigt, trotzdem er zugibt, daß das Proletariat die Lasten zu tragen hat. Das alles erinnere an den „Heimatdienst" der SPD. zur Durchhaltung des Krieges. Wenn die Sachverständigen festgestellt haben, daß Deutschland sich in einem Wohlstand befinde, so trifft das auf die arbeitende Bevölkerung nicht zu! **Durch die Politik der SPD. ist es den besitzenden Klassen in Deutschland möglich gewesen, sich auf Kosten der großen Masse zu bereichern.**

Es sei nicht die Aufgabe eines Arbeitervertreters, dieses kapitalistische Produkt zu verherrlichen und zu unterstützen, sondern dessen Aufgabe sei, eine **aktive proletarische Politik zu treiben!** Das habe die Kommunistische Partei getan, indem sie dem kapitalistischen Gutachten ein sozialistisches Gutachten gegenübergestellt hat. Bei der bürgerlichen Einstellung der SPD. war es selbstverständlich, daß das Sozialisierungsgutachten abgelehnt wurde. Die Verpfändung der Reichseisenbahn bedeutet den Verlust derselben. Unter allgemeiner Zustimmung definiert Genosse Bittel den Begriff der Verpfändung. Maßgebend für den Vergleich des Schrankes sei doch, daß der Arbeiter die Mittel hat, den Schrank zur rechten Zeit einzulösen; sonst ist er verloren. Dasselbe trifft auf die Eisenbahn zu. Deutschland ist nicht in der Lage, diese Bedingungen einzuhalten, und dann ist die Eisenbahn verloren. Der Referent sagte, die SPD. habe das Gutachten angenommen, weil kein anderer gangbarer Weg vorhanden war. Demgegenüber müsse gesagt werden, **daß ein Bündnis mit Sowjet-Rußland eine Stärkung der proletarischen Politik und eine Macht in der kapitalistischen Welt bedeutet.** Schon im Jahre 1918 sei es an der Zeit gewesen, **gemeinsam mit Rußland die kapitalistische Macht zu brechen und dem Proletariat jahrelangen Hunger und Elend zu ersparen.** Genosse Bittel schließt mit den Worten: **Der Klassenkampf wird niederringen die imperialistische Gesellschaft und das Dawes-Gutachten!** (Stürmischer Beifall.)

Ganz impulsiv verlassen hierauf zwei Drittel der Anwesenden unter Absingen der „Internationale" den Saal.

Im Schlußwort kamen die üblichen Verleumdungen und Hetzereien gegen alles, was kommunistisch ist. Der Redner war natürlich der Meinung, daß, so lange die anderen kapitalistischen Staaten noch bestehen, Deutschland an die sozialistische Staatsform nicht denken könne. Das ist die alte sozialdemokratische Weisheit! Die Arbeiter können also bis zum St. Nimmerleinstag warten, ehe die SPD. etwas in dieser Hinsicht unternimmt. Das brauchte Krüger gar nicht erst zu sagen, **das wissen die Arbeiter schon längst, und deshalb haben sie der SPD. auch den Rücken gekehrt.**

Arbeiter-Sport

Minerva 1. gegen Dölau 1. 2:1 (0:1). Einen harten Kampf lieferten sich am Sonntag beide Gegner wie vorausgesagt. Nachdem Dölau in der ersten Halbzeit durch einen langen Ball von Rechtsaußen, welcher vom Winde noch in die Ecke gelenkt wurde, in Führung ging, gelang es Minerva in der zweiten Halbzeit, zweimal einzusenden und somit Sieg und Punkte an sich zu reißen. Besonders aufopfernd spielte die Hintermannschaft von Minerva. Bei Dölau gefiel der Sturm und Mittelläufer, welche sich aber vorm Tor nicht durchsetzen konnten. Zweite Mannschaften 0:2; dritte Mannschaften 0:3; Jugend gegen Kadenell Jugend 4:0.

Arbeiter-Sportkartell Weißenfels. Das Sport- und Kulturkartell teilt uns mit: Für die heute abend um 7 Uhr nach der Bürgerschule, Zimmer 19, einberufene Kartellsitzung erwarten wir sämtliche Vertreter nebst Vereinsvorstände. Tagesordnung: „Unsere Stellung zum Jugendheim" (Kulsenheim). Die Vertreter unserer Jugend sind hierdurch besonders eingeladen. Danach Beteiligung an der Sitzung des Ortsausschusses für Jugendpflege.

Briefkasten

B., Bittesfeld. Nennt man das „eilig", wenn Bericht fast acht Tage zu spät eingesandt wird? Kann erst morgen kommen, da für heute zu spät eingegangen! — **Rothenschirmbach.** Bestimmt morgen! — **Hettstedt.** In den nächsten Tagen! — **W., Mühlberg.** Wer hat die Reinigung des Bürgermeisters gehört? Namen und Adresse des Zeugen uns mitteilen! — **Bodwig.** Schluß des Berichtes kam erst heute mittag hier an. Die andere Sache kommt morgen. — **Verschiedene Berichte mußten heute wiederum zurückgestellt werden.**

Verschwörer und Revolutionäre

34] **Von Michael Kaniowski**

Ich mußte ihn verlassen. Als ich mich noch einmal umblickte, sah ich ihn mühsam weiterschleichen, sein Kopf zitterte, die Hände hingen kraftlos herunter.

Wir mußten damals in Petersburg vorsichtig sein, wir verständigten uns durch verabredete Zeichen: durch ein bestimmtes Zurückschlagen der Gardine oder einen Bleistiftstrich an einer Mauerecke und dergleichen mehr.

Eines Tages machte die Polizei eine Revision in dem Laden, von dem aus die Straße unterminiert war. An demselben Abend taten wir den letzten Spatenstich.

Wir hatten außerdem noch einen Plan ausgearbeitet. Eine Abteilung sollte den Zaren mit Bomben erwarten im Falle, daß er nicht durch die Sadowaja kam. Zu dieser gehörte Hryniewiecki, ein Mensch, der wie kaum ein anderer überzeugt war, auf dem richtigen Posten zu stehen. Er war der Gerechtigkeit der Sache sicher und ging an sein Werk wie ein junger Schnitter an das Mähen einer Wiese. Rubig, beinahe heiter ging er an diesem Tage fort wie auch sonst, wenn er sich an seine Tätigkeit machte.

Einige Tage vor diesem Sonntag ging ich mit Zelaboff zu Nietschajeff. Man mußte seinen Fluchtplan ändern; denn vor dem Attentat wollten wir nichts unternehmen, was die Wachsamkeit der Polizei erhöhen mußte. Nietschajeff selbst sollte entscheiden. Es handelte sich um sein Leben.

Wir fanden ihn krank, in schwerem Fieber. Er sah schrecklich aus, seine bleichen Lippen krampften sich zusammen, ehe er sie mit einem großen Willensaufwand dazu zwang, die Worte von sich zu geben, welche er ihnen anvertraut hatte. Seine Hände waren glühend heiß.

— Ihr müßt wählen! — sprach Zelaboff. — Beides läßt sich nicht zugleich ausführen!

Nietschajeff richtete sich plötzlich auf, konnte sich aber nicht aufrechterhalten. Er drückte Zelaboff an sich und flüsterte:

— Daß Dir nur die Hand nicht erzittert! Ich bleibe hier; hier ist mir wohl, was soll ich draußen? Nur Nachrichten müßt Ihr mir ab und zu bringen!

Er verlor die Besinnung. Tief erschüttert verließen wir das Gefängnis.

Am nächsten Tage begleitete ich Zelaboff zu seinem Stelldichein. Ich verabschiedete mich und kehrte um, als ich plötzlich vor Schreck wie angedonnert stehen blieb. Vor dem Haustor erschien ein Schutzmannsposten aus allen Ecken und Winkeln krochen Spione und Agenten; sie waren alle so erregt, daß keiner von ihnen mich erkannte, der Agent Vogel streifte mich am Arm, ohne mich eines Blicks zu würdigen, er lief auf das Haustor zu. Bis heute Nachts mir unklar geblieben, warum man uns nicht auf der Straße verhaftet hatte.

Es mag eine ganze Weile vergangen sein, ehe ich bemerkte, daß ein verdächtiges Individuum mich beobachtete. Ich entfernte mich langsam, um nicht durch Schnelligkeit Verdacht zu erregen. Alles schien mir verloren. Die Verhaftung Zelaboffs war ein tödlicher Stoß.

Ich ging zu Sonja. Sie war allein. Als ich ihr sagen mußte: Taras ist verhaftet! bemühte ich mich, nach der andern Seite zu blicken. Sie setzte sich. Im Zimmer war kein Licht. Ich hörte sie auch nicht weinen, und doch fühlte ich die Tränen über ihre Wange rollen. Nach einiger Zeit erhob sie sich:

— Uebermorgen ist ja unser Tag! — sagte sie.

Im selben Augenblick wurde Zelaboff im Polizeidepartement erkannt.

— Sie sind Zelaboff! — triumphierte man.

— Zu Diensten — antwortete er. — Es wird Ihnen jedoch nicht viel helfen.

Die letzte Nacht. Wir waren dabei, die Bomben herzustellen. Die Verhaftung Zelaboffs, die Notwendigkeit neuer Vorsichtsmaßregeln und tausend andere Dinge, die man erledigen mußte, hatten viel Zeit verschlungen. Es war tiefe Nacht, als wir uns an die Arbeit machten. Wir saßen gebückt um einen Tisch. Ein unvorsichtige Bewegung, eine Kleinigkeit konnte uns das Leben kosten. Es war die zweite Nacht, die ich schlaflos zubrachte. Gegen ein Uhr fiel mein Blick auf ein Stück Zeitung, in das irgendetwas eingewickelt gewesen war. Mechanisch las ich — es war ein polnisches Blatt — als mir folgende Zeilen auffielen: Oktavian Kaniowski, nachdem er 64 Jahre gelebt . . . An dem Abschnitt war kein Datum zu finden, aber die Zeitung war alt. Mein Vater . . . und meine Gedanken erstarrten in dem Schmerz.

Ich habe Euch schon zweimal um die Form gebeten! — stieß mich Perowska an. — Was ist Euch?

Ich schob ihr das Papier hin, da aber fiel mir ein, daß sie die polnische Sprache nicht verstand. Ich sagte es. Man wollte mich ablösen, aber ich blieb aus Angst vor dem Schmerz bei der Arbeit, bis ich ohnmächtig umfiel. Ich erwachte erst gegen Morgen. Man beendete gerade die dritte Bombe. Die Perowska war ruhig und kühl wie eine Statue. Zwischen ihren Brauen hatten die letzten Tage eine tiefe Falte gezogen.

Es war zehn Uhr, als sie aufstand und die Bomben vorsichtig in ihre Handtasche legte.

Ich ging hinter ihr heraus. Ich mußte auf der Sadowaja warten, um das Zeichen zu geben, wenn der Wagen kam.

Ich begegnete Hryniewiecki, er war ruhig und lächelte mir zu. Es kamen nun die letzten schrecklichen Stunden. Unsere Nerven waren bis aufs äußerste gespannt.

Endlich, endlich kam die Nachricht, daß der Zar die Rückfahrt angetreten habe.

Lange, unendlich lange Minuten.

Eine neue Nachricht:

— Er kommt nicht die Sadowaja entlang!

Ich lief in der Richtung auf den Jekaterinen-Kanal.

Ich achtete nicht mehr auf die Gefahr.

Von fern sah ich die Equipage kommen. Ich blieb stehen. Der Wagen fuhr an mir vorbei. Ich blickte hinter mich und sah die Perowska an der Ecke blaß, ihre Augen waren in die andere Straße gerichtet. Ich sah sie ihr Taschentuch aus dem Muffe nehmen.

Der Wagen bog um die Ecke. Die Perowska kam auf mich zu. Sie ging, als wollte sie sich nicht umblicken.

Ein dumpfer Donner erschütterte die Luft.

Dann verging eine lange Weile.

Ein Offizier raste im Galopp vorbei, darauf ein zweiter.

— Es ist nichts zu hören — sagte die Perowska — als erster stand Rysakoff.

Da erschütterte uns ein zweiter Knall.

Das ist Kotik — sagte sie. So nannten wir Hryniewiecki.

Der Schnitter hatte genug kaltes Blut bewahrt. Er hatte die Entfernung abgeschätzt und die Bombe zwischen sich und den Zaren geschleudert. Aus der durch Rysakoffs Bombe vollständig zertrümmerten Equipage war der Zar unversehrt herausgekommen. Erst Hryniewiecki hatte ihm das Tor zum Jenseits geöffnet.

Ich ging neben Sonja her . . .

Die Straße entlang jagte ein Offizier ohne Mütze und schrie irgend etwas.

— Zu Tode — flüsterte Sonja.

Aus ihren Augen traten Tränen.

Wir gelangten endlich in die Wohnung, hier warteten unser schon sichere Nachrichten. Der Zar war tot oder tödlich verletzt. Hryniewiecki war tot, Rysakoff verhaftet. Nach einigen Stunden hatte das Winterpalais Halbmast geflaggt.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240915-15/fragment/page=0007

Vier Jahre politischer Mord

Aus dem Untersuchungsausschuß des preußischen Landtages

Der bekannte Pazifist Dr. E. J. Gumbel schrieb im Jahre 1921 eine Broschüre, betitelt „Zwei Jahre Mord", die er kürzlich unter dem Titel „Vier Jahre politischer Mord" neu bearbeitet herausgab. In dieser Broschüre gibt Gumbel in gewissenhafter Darstellung einen Ueberblick über ein System, das in folgenden Zahlen einen markanten Ausdruck findet:

1918 bis 1924: 354 politische Morde von rechts. Gesamtsühne 90 Jahre, 2 Monate Einsperrung, 730 Mark Geldstrafe und eine lebenslängliche Haft. Dagegen: 22 Morde von links. Gesamtsühne: 10 Erschießungen, 248 Jahre, 9 Monate Einsperrung, drei lebenslängliche Zuchthausstrafen.

Gumbel hat dieses System, das seinen Anfang nahm bei Ausbruch der deutschen Revolution, durch die Worte gekennzeichnet „Politischer Mord".

Das Reichsjustizministerium hat zu dieser Broschüre eine Denkschrift verfaßt, in der etwa 50 Fälle, die sich in Preußen abgespielt haben, behandelt werden, in denen zwar Gerichtsverfahren eingeleitet worden waren, die aber zu keinem Ergebnis geführt hatten. In der Denkschrift wurde der Versuch unternommen, festzustellen, worauf die Ergebnislosigkeit der einzelnen Verfahren zurückzuführen sei. **Im wesentlichen ergab die Denkschrift die Richtigkeit der Behauptungen Gumpels.** Nur mit großer Mühe war es möglich, die Denkschrift zu erhalten, da sie von den amtlichen Stellen nahezu geheim gehalten wurde.

Die SPD., die in der letzten Zeit besonderen Wert darauf legt, Agitationsmaterial für ihre Politik zusammenzutragen und sich damit Agitationsmöglichkeiten in der Arbeiterschaft zu verschaffen, hat durch ihre Landtagsfraktion im Mai 1924 einen **Antrag Limbertz, Kuttner und Brückner** gestellt, nach welchem der **Landtag** einen **Untersuchungsausschuß einzusetzen** habe, der über das Verhalten der zur Strafverfolgung berufenen Staatsorgane in den Fällen der Denkschrift des Preußischen Justizministers vom 22. September 1923 Untersuchungen anzustellen habe. Die Annahme dieses Antrages zeitigte somit die Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses.

Mit welchem Widerstreben die Arbeiten des Ausschusses aufgenommen wurden, beweist die Tatsache, daß nach zwei Monaten die gerichtlichen Akten der einzelnen Fälle noch immer nicht herbeigeschafft waren. **Bis heute fehlen noch immer die Strafakten über die Morde an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, über den Mord im Tegeler Forst, über die Erschießung der 32 Matrosen, sowie auch über die Mordtaten der Marburger Studenten.**

In der konstituierenden Sitzung des Untersuchungsausschusses wurde zunächst beschlossen, den sozialdemokratischen Abgeordneten Kuttner als Generalberichterstatter zu bestimmen. Die **KPD.-Fraktion** hat hiergegen **Protest** eingelegt unter Hinweis darauf, daß dem Abg. Kuttner gerichtsnotorisch nachgewiesen sei, selbst einen Menschen in Ueberschreitung der Notwehr erschossen zu haben. Die Straflosigkeit des Abg. Kuttner habe das Gericht nur damit entschuldigt, daß Kuttner in Bestürzung gehandelt habe, wogegen die gerichtlich festgestellte Tatsache spricht, daß Kuttner auf den Geröteten zwei Schüsse abgefeuert hatte. Ein Antrag des kommunistischen Abg. Obuch, nach dem zu den Verhandlungen ein Staatsanwalt mit besonderen Vollmachten hinzugezogen werden solle, wurde abgelehnt.

Am 8. September fand nun die erste Sitzung des Ausschusses statt. Für die Verhandlung war ein ganz enger Rahmen vorgesehen; nur die in der Denkschrift erwähnten Fälle sollten behandelt werden. Ein Antrag des Abg. Obuch, die Denkschrift als übliche Drucksache sämtlichen Abgeordneten zuzustellen, wurde abgelehnt. Eine Debatte entspann sich über die Frage, ob die Verhandlungen öffentlich oder unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt werden sollen. Nach der Verfassung sollen Beweiserhebungen eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses öffentlich sein. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien forderten Ausschluß der Oeffentlichkeit und mit Mehrheit wurde alsdann demgemäß beschlossen. Die Deutschnationalen protestierten hiernach noch einmal gegen die Tätigkeit des Abg. Kuttner als Generalberichterstatter. Gegen die Stimmen der Kommunisten und der Deutschnationalen wurde Kuttner noch einmal bestätigt.

Gumbel hatte an den Vorsitzenden des Ausschusses das schriftliche Ersuchen gerichtet, zu den Verhandlungen zugelassen zu werden, da doch seine Arbeiten zur Einsetzung des Ausschusses Veranlassung gegeben hätten. Mit 12 gegen 9 Stimmen wurde dieses abgelehnt.

Hierauf schritt der Ausschuß zur Verhandlung der einzelnen Fälle. Zunächst handelt es sich um die

Erschießung des Amtsvorstehers Mosenhauer durch den Wachtmeister Böhm

In der Gumbelschen Broschüre heißt es hierüber, wie folgt:

„Während des Märzaufstandes 1921 kam die Merseburger Polizeihundertschaft am 31. März durch Gröbers. Dort wurden ihnen von anderen Truppen die Leichen von verstümmelten Beamten gezeigt, die dort gefallen waren. So wurden sie zum Morden aufgestachelt. Der kommunistische Ortsvorsteher von Osmünde, Mosenhauer, war verhaftet worden. Auf der Straße nach Mosenhauer, war verhaftet worden. Auf der Straße nach auf den Kopf ins Feld getrieben und von dem nicht zur Bewachungsmannschaft gehörigen Wachtmeister Rudolf Böhm „auf der Flucht" erschossen. In seiner ersten Vernehmung am 28. April 1921 durch den Regierungsrat Dr. Kielhorn war Böhm geständig. Er sagte aus: „Als ich sah, daß der Ortsvorsteher übers Feld ging, riß ich einem neben mir stehenden Beamten den Karabiner weg und schoß, in der Annahme, daß er fliehen wollte. Ich hatte nicht „Halt!" gerufen." Nach der Auslage des Oberwachtmeisters Lichtenberg vor dem Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtags wurde Mosenhauer zweimal absichtlich auf das Feld geschickt, damit man ihn erschießen könne. Beim erstenmal gingen zufällig einige Telegraphenarbeiter vorbei, deshalb wurde er wieder zurückgerufen. Als sich die Zeugen entfernt hatten, schickte man Mosenhauer das zweitemal hinaus. Er ging zögernd und sich häufig umwendend. Der Schuß fiel, als er das Gesicht nach der Straße zuwendete. Die tödliche Wunde erhielt er an der linken Brustseite vorn. Die Leiche lag mit dem Gesicht zum Auto. Am 31. Oktober 1921 wurde Böhm vor dem Schwurgericht Halle (Anklagevertreter Staatsanwaltschaftsrat Luther, Vorsitzender Landgerichtsdirektor Thorwest) freigesprochen."

Nach dem Bericht des Abg. Kuttner ergriff Ministerialrat Kuhnt als Vertreter des Justizministeriums das Wort. Er verschanzte sich hinter der Behauptung, daß das preußische Justizministerium nicht zu verantworten brauche die Verschleppung aller Fälle, die sich vom März 1921 bis 15. August 1921 abgespielt hätten, weil die damaligen außerordentlichen Gerichte, eingesetzt von Ebert, Reichsbehörden waren. Auf die Frage des Abg. Obuch, weshalb über die Erschießung keine Meldung erstattet worden sei, antwortete Kuhnt, daß hierüber der Minister des Innern Auskunft geben müsse. Hierauf gelangte ein Antrag Obuch zur Annahme, nach dem ein Vertreter des Innenministeriums in den Fällen hinzugezogen werden solle, in denen ein Verschulden von Polizeibeamten in Frage komme.

Die bürgerlichen Ausschußmitglieder waren bereit, ohne Einsichtnahme in die Akten diesen Fall abzuurteilen. Auf Widerspruch des Abg. Obuch wurde die Besprechung des Falles auf eine Woche vertagt. Uebereinstimmend erklärten Dr. Derrberg (DNVP.) und der als Kaiser-Jurist bekannte Abg. Kriege (DVP.), daß beide Referate, das von Kuttner, wie auch das von Kuhnt sich miteinander deckten (!), aus welchem Grunde der Fall sofort behandelt werden könne. Seine juristische Spitzfindigkeit bewies Kriege, indem er eine Entscheidung darüber verlangte, ob in eine Prüfung der Tätigkeit der außerordentlichen und Militärgerichte eingetreten werden dürfe. Unter Ausnutzung des sozialdemokratischen Antrages, der nur von der Tätigkeit der preußischen Staatsorgane spricht, entschied der Ausschuß mit Mehrheit, daß die **Prüfung der Tätigkeit genannter Gerichte auszuschalten habe!** Kuhnt stimmte natürlich zu. Der Demokrat Berndt-Stettin hob hervor, daß alle außerordentlichen Gerichte mit preußischen Richtern besetzt gewesen seien, die nur vorübergehend als Reichsbehörden anzusehen waren; während dieser Zeit unterstanden diese der Dienstaufsicht des preußischen Justizministeriums. Hierdurch versuchte Berndt, die Berechtigung des Ausschusses, auch diese Fälle nachzuprüfen, darzutun. Während sich die Deutschnationalen Kriege anschlossen, schwieg das Zentrum beharrlich. Vergebens war der Hinweis des Abg. Obuch, daß fünf Sechstel aller Fälle in der für die Untersuchung wichtigsten Zeit, also unmittelbar nach der Tat, den außerordentlichen Gerichten unterbreitet waren, daß nicht die juristische Kompetenzfrage, sondern die politische Verantwortung des Ausschusses entscheidend sein müsse, daß **preußische Staatsangehörige auf preußischem Boden getötet worden seien und die zur Verfolgung eingesetzten Behörden vollständig versagt hätten:** Mit 10 gegen 8 Stimmen (KPD., SPD., Dem.) wurde beschlossen, daß alle Fälle der Militär- und außerordentlichen Gerichte aus der Prüfung des Ausschusses ausscheiden. **Das war der erste Akt der Selbstkastrierung.**

Der erste Tag der Verhandlungen zeigt klar die Taktik der Bürgerlichen, sowohl die Mörder als auch die freisprechenden Richter, darüber hinaus die Polizeiorgane, die die Ermittelungen absichtlich verschleppten, zu decken.

Die Fortsetzung der Komödie

Am 9. September fand die zweite Sitzung des Ausschusses statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Vorsitzende mit, daß ein Vertreter des Verbandes der Presse die Anfrage gestellt habe, ob über die Ausschußverhandlungen Bericht erstattet werden dürfe. In der Debatte traten die Demokraten für die Zulassung der Presse ein, während Volkspartei und Deutschnationale behaupteten, nach der Verfassung könne die Zulassung der Oeffentlichkeit nicht beschlossen werden. Die Mehrheit verschanzte sich hinter die falsch ausgelegten Verfassungsbestimmungen und beschloß, der Presse mitzuteilen, daß von ihrer Zulassung abgesehen werden müsse. Immerhin mußten die reaktionären Vertreter im Ausschuß zugestehen, daß die Ausschussmitglieder berechtigt sein sollen, über die Arbeiten der Presse Mitteilung zu machen. Auf der Tagesordnung stand nun die Verhandlung des zweiten Falles:

Die Erschießung des Gemeindevorstehers Paul Müller durch den Polizeiunterwachtmeister Schneider

Gumbel schreibt in seiner Broschüre hierüber:

„Als wegen der Märzunruhen im März 1921 eine Abteilung der Düsseldorfer Schutzpolizei sich Klostermansfeld näherte, ging ihr der stellvertretende Gemeindevorsteher Paul Müller (Kommunist) entgegen, erklärte, im Orte sei alles ruhig und zog an der Spitze der Polizisten, zusammen mit dem Hauptmann, der das Kommando führte, in den Ort ein. Obwohl er die Arbeiter ausdrücklich gewarnt hatte, wurde aus dem Ort geschossen, wobei Müller natürlich ebenfalls bedroht war. Am Nachmittag wurde Müller aufgefordert, sich bei dem Hauptmann der Schutzpolizei zu melden, was er tat. Um 9 Uhr abends wurde er in Einzelhaft genommen. Am Morgen des 27. März wurde er auf der Chaussee nach Leimbach, etwa 150 Meter vom Orte entfernt, erschossen aufgefunden. Das Gefängnis, in das er angeblich gebracht werden sollte, lag in einer ganz anderen Richtung. Die Leiche zeigte am Kopfe Spuren von Mißhandlungen. Das Verfahren wurde am 21. April 1921 eingestellt, da „Müller wahrscheinlich auf der Flucht erschossen worden sei", später jedoch wieder aufgenommen."

Ein Vertreter des Innenministeriums erklärt auf Anfrage, daß für Polizeibeamte das Gesetz über den Waffengebrauch des Militärs vom 20. März 1837 zwar nicht in Anwendung komme, aber die Grundsätze dieses Gesetzes übernommen sind in die Bestimmungen, die für den Waffengebrauch der Polizei maßgebend sind. Als Ergänzung hierzu sei der Schießerlaß des Ministers Heine aus dem Jahre 1919 zu betrachten, der durch anderweitige Bestimmungen Severings vom Jahre 1921 eine gewisse Abschwächung erfahren habe. Nach ausweichenden Nebensarten mußte dieser Vertreter schließlich zugeben, daß Schneider **nur disziplinarisch mit einem strengen Verweis belegt worden sei, und sich noch im Dienst der Polizei befinde.** Hierauf schritt der Ausschuß zur Verhandlung des Falles, der

Erschießung des Zigarrenhändlers Johann Müller durch den Leutnant Baum

Gumbel berichtet hierüber:

„Bei einer nächtlichen Runde des Detachements von Grothe trat ein unbekannt gebliebener Mann, der einen Ausweis des Reichswehrministers vorwies, auf den Leutnant Baum zu und sagte: „Herr Leutnant, lebt der Zigarrenhändler Müller noch? Wenn Sie den kriegen, erschießen sie ihn. Den habe ich zweimal hinter den Barrikaden gesehen." Baum begab sich nun am 12. März mit zehn Mann in das Zigarrengeschäft Memeler Straße 1a. „Johann Müller war gerade beim Rasieren und kam mit eingeseiftem Gesicht aus dem Hinterzimmer. Baum durchsuchte die Wohnung; es wurden weder Waffen noch Munition gefunden. Der Leutnant sagte zu Müller: „Sie agitieren ja für die Unabhängigen. Sie haben acht Karten mit verdächtigen Punkten. Ich habe von anderen gehört, Sie haben auf uns geschossen. Verabschieden Sie sich von Ihrer Frau. Es ist meine Pflicht, Sie jetzt zu erschießen!" Die Frau und die Tochter schrien laut auf. Leutnant Baum erblickte in dem stillschweigenden Verharren des Müller ein Schuldbekenntnis. Müller verrichtete ein Gebet, wurde dann an die Wand gestellt und sechs Mann schossen auf ihn. Müller brach zusammen. Ein Sanitäter sollte sich von der Vollstreckung des Todesurteils überzeugen und die Leiche wegschaffen. Der Sanitäter fand den Müller noch lebend. Auf Befehl des Angeklagten gab der zur Patrouille gehörende russische Schüler Alexander Kühler dem Müller den Gnadenschuß. Bei der Verhandlung wurde Baum freigesprochen mit der Begründung, daß er dem Roske-Erlaß vom 9. März gefolgt sei, der besagt, daß jeder, der mit der Waffe kämpfend angetroffen wird, erschossen werden soll."

Nach dem Abg. Kuttner ergeift Kuhnt das Wort, der kurz und bündig erklärt, der Fall wäre einem Militärgericht unterbreitet worden, daher sei er zur Nachprüfung nicht zuständig. Abg. Cohn betont, daß über derartige Fälle in dieser Art nicht hinweggegangen werden könne, da das Gericht absichtlich eine Auslassung erkünstelt habe, um dem Angeklagten herauszuhelfen, daher bestehe dringender Verdacht einer Rechtsbeugung. Abg. Obuch bezeichnet dieses Verfahren als offenen Rechtsbruch, der preußische Justizminister sei berechtigt, einzuschreiten. Aeußerungen der Reichsbehörden sind nicht erforderlich, die Akten und die Urteilsbegründung beweisen das offenkundige Justizverbrechen. Sogar das Gericht stellt als Sinn des Roske-Erlasses fest:

„Nach dieser vom Gericht für richtig gehaltenen Auslegung durfte ein im Kampf mit der Waffe Betroffener nur sofort und nach unmittelbarer Feststellung der Truppe erschossen werden. Das Gericht folgert hieraus: Bei Zugrundelegung dieser Auslegung ist der Befehl durch den Angeklagten zweifellos überschritten ... Trotzdem kommt das Gericht zur Freisprechung des Angeklagten, weil er den Erlaß wohl objektiv ... überschritten habe. Die Auslegung durch den Angeklagten sei zwar falsch ..."

Abg. Obuch fordert, daß der Ausschuß eine Entschließung annehme, die den preußischen Justizminister auffordert, Strafverfolgung einzuleiten. Kuhnt erklärt, er halte die Urteilsbegründung zwar nicht für richtig, eine absichtliche Rechtsbeugung brauche aber nicht unbedingt angenommen zu werden, da denkbar sei, daß das Gericht an die unrichtige Auslegung des Roske-Erlasses geglaubt habe, die Baum ihm gegeben habe! Wenn der Abg. Cohn von der Tatsache eines Justizverbrechens überzeugt sei, stünde es ihm frei, Strafanzeige zu erstatten, die sachgemäß behandelt werden würde! Abg. Berndt ist der Ansicht, daß der dringende Verdacht einer Rechtsbeugung gegeben sei, der Roske-Erlaß war eindeutig, das **„Gericht habe absichtlich eine Konstruktion geschaffen, um den verbrecherischen Baum zu schützen."** Die Deutschnationalen Derrberg und Kaufmann erklärten, eine Besprechung des Falles könne nicht stattfinden, da preußische Behörden an ihm nicht beteiligt waren. Das Zentrum schwieg auch hier wiederum. Abg. Obuch beantragt, dem Preußischen Justizministerium aufzugeben, eine Untersuchung des Falles einzuleiten. Die Deutschnationalen beantragen demgegenüber, den Antrag Obuch und die Besprechung dieses Falles abzulehnen und zur Tagesordnung überzugehen. Der Antrag wurde angenommen. Der Ausschuß tritt nunmehr in die Besprechung des Falles der

Erschießung des Restaurateurs Wilhelm Bilski

ein, über den Gumbel berichtet:

Am 13. März 1919 wurde bei einer Haussuchung bei dem Gastwirt Wilhelm Bilski, Weidenweg 71, ein Revolver gefunden, den, wie sofort festgestellt, ein Gast als Pfand gelassen hatte. Bilski wurde abgeführt und „standrechtlich erschossen". Durch Zeugen, besonders Frau Bilski, wurde als leitender Offizier Leutnant Baum erkannt. Die Akten verschwanden von der Garde-Kav.-Schützen-Div. Am 27. März 1927 wurde der Militärfiskus von der 26. Zivilkammer zu Schadenersatz verurteilt. In der Begründung wurde ausdrücklich anerkannt, daß die Erschießung „rechtswidrig" war. Das Verfahren gegen Baum wurde am 12. April 1920 eingestellt.

Ministerialdirektor Kuhnt erklärt, daß erst 22 Monate nach der Tat die Militärgerichte aufgehoben wurden, was bis dahin geschehen sei, falle nicht unter die Verantwortlichkeit des Justizministers. Die Staatsanwaltschaft habe sich alle Mühe gegeben, den Täter zu ermitteln. Abg. Obuch beantragt, die Prozeßakten herbeizuschaffen, RA. Theodor Liebknecht, der den Prozeß gegen den Militärfiskus geführt habe, als Zeugen zu vernehmen. Der Antrag wird abgelehnt. Annahme findet ein Antrag der Deutschnationalen, der besagt, daß in diesem Falle, soweit die **preußische Justiz** mit der Sache zu tun gehabt hätte, das Justizministerium **kein Vorwurf treffen könne!**

So zeigen die beiden ersten Verhandlungstage dieses famosen Untersuchungsausschusses, daß er in jedem einzelnen Falle gewillt ist, sich selbst zu kastrieren, ja man kann sagen, daß er sich bereits am ersten Tage seiner Sitzung kastriert hat.

Der Verlauf der beiden Sitzungen dieses Ausschusses zwingt, die Frage aufzuwerfen, ob die kommunistische Landtagsfraktion sich weiterhin an diesem Schwindelmanöver beteiligen soll. Es ist jetzt schon klar zu ersehen, daß ernsthafte Ergebnisse auch im weiteren Verlauf der Verhandlungen nicht herauskommen werden. Trotzdem erscheint es wesentlich, an den weiteren Verhandlungen teilzunehmen, um an der Aufdeckung weiterer Schandtätige preußisch-deutscher Justiz mitwirken zu können. Aus diesem Grunde wird die kommunistische Landtagsfraktion durch ihre Vertreter an den Verhandlungen des Untersuchungsausschusses weiterhin teilnehmen.

Die Untersuchungsgefängnisse in Stargard, Stettin, Köslin

Im Namen der kommunistischen Reichstagsfraktion hat Genosse Obendiek folgende Interpellation eingebracht:

„In den Untersuchungsgefängnissen in Stargard, Stettin und Köslin befindet sich eine große Anzahl von politischen Untersuchungsgefangenen zum großen Teil schon seit November 1923 in Untersuchungshaft. Dem größten Teil der Untersuchungsgefangenen ist bis heute noch nicht mitgeteilt, warum und wann ihnen der Prozeß gemacht werden soll. Die Gefangenen werden von dem Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik, Landgerichtsdirektor Jürgens in Stargard, in der brutalsten Weise schikaniert und drangsaliert. Es ist ihnen verboten, Lebensmittelpakete zu empfangen, Zeitungen zu lesen und es wird ihnen nicht einmal gestattet, die Gefängnisbibliothek zu benutzen. Welch brutalen Schikanierungen die Untersuchungsgefangenen ausgesetzt sind, beweist auch folgender Fall:

Ein Kind des Untersuchungsgefangenen Klausch lag schwer erkrankt im Krankenhause. Der Tod trat ein. Die Krankenhausverwaltung teilte den Todesfall der Ehefrau des Klausch mit. Auf Anordnung des Untersuchungsrichters Jürgens wurde aber sämtliche Post, die an die Privatadresse des Klausch ging, zurückbehalten und von Berlin nach Stargard geleitet. 14 Tage lang wurde die Karte, durch welche die Ehefrau des Klausch über den Todesfall im Krankenhaus Mitteilung bekam, zurückgehalten und hierdurch wurde verhindert, daß die Mutter des Kindes an dessen Begräbnis teilnehmen konnte.

Kurze Zeit darauf starb der Vater des Klausch. Auf Antrag des Verteidigers wurde ein Gesuch an den Untersuchungsrichter gerichtet, Klausch einen Urlaub zur Teilnahme an der Beerdigung seines Vaters und zur Regelung wichtiger Familienangelegenheiten zu gewähren. Dieser Antrag wurde ganz brüsk abgelehnt.

Sind der Reichsregierung diese Vorgänge bekannt?

Welche Schritte wird die Reichsregierung unternehmen, um den brutalen Schikanierungen der Untersuchungsgefangenen ein Ende zu machen?

Welche Maßnahmen wird die Reichsregierung gegen den Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik, Landgerichtsdirektor Jürgens, in Stargard ergreifen?

Politische Notizen

Fortführung der Militärkontrolle. Wie die bürgerliche Presse meldet, sind auch die im weiteren Verlaufe dieser Woche in verschiedenen Fabriken und bei der Polizei erfolgten Besuche von Mitgliedern der interalliierten Kontrollkommission vollkommen reibungslos verlaufen. Wann die Kontrolle bei der Reichswehr beginnen wird, steht bisher noch nicht fest.

Neuwahlen in Preußen voraussichtlich im Februar. Bei den Beratungen über den Termin der Wahlen für den preußischen Landtag kam zum Ausdruck, daß es am zweckmäßigsten sei, die Neuwahlen Anfang Februar nächsten Jahres stattfinden zu lassen.

Neue Reichswehrmanöver. Zur Teilnahme an den beiden letzten Tagen der Lausitzer Divisionsmanöver ist General v. Seeckt in Bautzen eingetroffen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240915-15/fragment/page=0008

Die Kommunistin

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Gegründet und unter ständiger Mitarbeit von Clara Zetkin

Nr. 10	Die Kommunistin erscheint 2mal monatlich	Berlin, September 1924	Verlag: Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten G. m. b. H. Berlin SW 61, Planufer 17 Verantwortlich für die Redaktion: Martha Arendsee, Berlin.	Jahrg. 6

Verschärfte Unternehmerangriffe!

25% Lohnabbau in der Krawattenbranche!

Vom Arbeitgeberverband wurde das letzte Lohnabkommen für die Krawattenbranche, das vom Mai 1924 bis zum 31. Juli Gültigkeit hatte, gekündigt. In der Krawattenbranche sind fast ausschließlich Frauen als Heimarbeiterinnen beschäftigt.

Im August haben nun zwischen dem Arbeitgeberverband und dem Bekleidungsarbeiterverband neue Verhandlungen stattgefunden, nach denen die Löhne der Heimarbeiterinnen um

25% gekürzt wurden.

In einer am 22. August in Berlin stattgefundenen Versammlung wurde der Bekleidungsarbeiterverband beauftragt, für die Beibehaltung des alten Tarifvertrages einzutreten.

Die verräterischen Gewerkschaftsführer aber denken garnicht daran, den Kampf gegen die Unternehmer wirklich aufzunehmen, wenn die Arbeiterinnen in ihren Gewerkschaften nicht geschlossen den Kampf gegen die reformistischen Führer und gegen die Unternehmer aufnehmen.

50 Zigarren als Wochenlohn.

Die Zigarrenfabrik Schröck & Kopischke G.m.b.H., in Heilbronn hat es in der Ausbeutung der dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen vorbildlich weit gebracht.

Mit der Begründung, daß das Geld knapp sei, erhalten diese ihren Lohn statt in Geld in Zigarren ausbezahlt.

Eine 20jährige Arbeiterin erhält z. B. bei dieser noblen Firma für 9 Stunden Arbeit täglich 50 Zigarren in der Woche ausbezahlt, berechnet zu 11 Pfennig pro Stück.

Um sich nun aber für diese lumpigen 5.50 Mk. etwas kaufen zu können, müssen die Arbeiterinnen die Zigarren erst umsetzen, und werden somit von der Firma auch noch als Verkäufer ausgenutzt. In den meisten Fällen müssen sie die Zigarren sogar noch billiger als zu dem berechneten Preis abgeben, da sie sonst das Kraut gar nicht los werden.

Um die Zigarren auf der Straße zu verkaufen, sind sie gezwungen, sich einen Gewerbeschein zu besorgen und werden außerdem noch mit allerhand Abgaben belastet.

Wie lange wollen sich die Arbeiterinnen solche unerhörten Zustände noch gefallen lassen?

Das Elend der Landarbeiterinnen.

Millionen Frauen arbeiten in Deutschland in der Landwirtschaft. In keiner Industrie sind die Arbeitsbedingungen so schlecht, wie gerade für die Landarbeiterinnen. Eine große Anzahl von ihnen bekommt nicht einmal bezahlt für die schwere Arbeit, da sie gezwungen werden, für den Großbauern oder Gutsbesitzer, für den ihr Mann arbeitet, unentgeltlich mitzuarbeiten.

In Pommern erhalten Frauen, die nicht vertraglich verpflichtet sind,

12 Pfennig pro Stunde.

Fremdarbeiterinnen (das sind solche, die keine freie Wohnung haben), bekommen 20 Pfennig pro Stunde.

Wir sehen also, daß das Ausspielen der Landarbeiter gegen die Industriearbeiter, wie es die bürgerlichen Zei-

tungen mit Vorliebe tun, nur den Zweck hat, die Arbeiterschaft gegenseitig zu zerfleischen. Tatsächlich haben die Landarbeiterinnen noch ein viel schwereres Los als die Industriearbeiterinnen. Für sie gibt es weder 8 noch 10 Stundentag. Solange die Sonne da ist, wird gearbeitet. Im Interesse der Sicherstellung der Ernährung des „ganzen deutschen Volkes" ist das notwendig, sagt der Gutsbesitzer. Was zur Erhaltung der Arbeitskraft seiner Arbeiterinnen notwendig ist, danach fragt er nicht.

Im allgemeinen sind die Landarbeiterinnen noch viel unaufgeklärter als die Industriearbeiterinnen. Um wirklich erfolgreich die kommenden Kämpfe führen zu können, müssen wir noch viel intensive Arbeit auf dem Lande leisten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240915-15/fragment/page=0009

Ludwigshafener Arbeiterfrauen vor Gericht.

Das heldenhafte Vorgehen der Ludwigshafener Arbeiterfrauen bei dem Riesenkampf der Anilinarbeiter ist noch allen im Gedächtnis. Durch Demonstrationen vor die Behörden, Streikpostenstehen vor der Anilinfabrik und durch aktive Beteiligung an allen Aufgaben, die die Arbeiterschaft während des zehnwöchigen Kampfes zu lösen hatte, haben die Frauen bewiesen, welche wichtige Rolle sie im Befreiungskampf der Arbeiterklasse spielen.

Aber die Bourgeoisie hat das auch begriffen. Schon während des Kampfes erging sich die bürgerliche und sozialdemokratische Presse in Beschimpfungen und Verleumdungen gegen die Arbeiterfrauen. Und nun hat man auch noch die Staatsanwaltschaft mobil gemacht, um diejenigen Frauen, die den Behörden am meisten ein Dorn im Auge sind, vor das bürgerliche Gericht zu zitieren.

Am 26. August hatten sich sechs Arbeiterfrauen vor dem Schöffengericht in Ludwigshafen zu verantworten, weil sie nach einer Demonstration vor dem Ludwigshafener Stadthaus, und nachdem sie von dem sozialdemokratischen Bürgermeister Kleefoot mit ihren berechtigten Forderungen abgewiesen worden waren, vor dem Verbandsbüro des Fabrikarbeiterverbandes und der Redaktion der sozialdemokratischen „Pfälz. Post" ihrer Entrüstung über den sauberen „Genossen" Bürgermeister und den Verrat der Verbandsbonzen Luft machten.

Allerhand Sozialdemokraten und Gewerkschaftsangestellte waren zu der Verhandlung erschienen, um gegen die Arbeiterfrauen zu zeugen. Fräulein Rost, die Bürodame vom Sekretariat der Sozialdemokratischen Partei, wollte sogar von ihrem Fenster aus gehört haben, wie von den Frauen: „Blut muß fließen!", „Nieder mit den Lumpen!", „Nieder mit den Verrätern!" gerufen wurde.

Somit waren Beweise genug erbracht worden, die Frauen des Landfriedensbruches schuldig zu sprechen. Vier von ihnen mußten allerdings freigesprochen werden, weil trotz der größten Bemühungen der Sozialdemokraten nicht genügend „Material" gegen sie aufgebracht werden konnte.

Die beiden angeblichen „Rädelsführerinnen" wurden dagegen zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt, und ein Arbeiter, der sich ebenfalls an der Demonstration beteiligt hatte, zu acht Monaten Gefängnis.

Nieder mit der weißen Klassenjustiz und ihren sozialdemokratischen Zuhältern! Die Arbeiterfrauen werden nun nur um so energischer für ihre Befreiung kämpfen.

Mutiges Vorgehen der Danziger Arbeiterfrauen.

Schon seit einigen Wochen stehen die Danziger Hafenarbeiter im Kampf gegen die Herabsetzung ihrer Löhne.

Die Arbeiterfrauen Danzigs haben klar erkannt, daß sie an der Seite ihrer Männer mitkämpfen müssen, wenn sie ihre elende Lage verbessern wollen.

In einer Versammlung der Ausgesperrten setzten sie sich für die Forderungen der Kämpfenden ein und verlangten vom ADGB., eine geschlossene Front der Gesamtarbeiterschaft Danzigs herzustellen. Sie wählten außerdem aus der Mitte der Versammlung heraus eine Delegation, um die Forderungen beim ADGB. mit Nachdruck zu vertreten.

Eine weitere Deputation sollte beim Senat vorstellig werden, um diesen zu veranlassen, gegen den Hunger und die Not der Streikenden Maßnahmen zu ergreifen.

Statt aber vorgelassen zu werden, wurden die Frauen von 2 Hundertschaften Schupo mit blanker Waffe empfangen. Rücksichtslos und brutal wurde auf Frauen und Kinder eingeschlagen. Einige Frauen wurden zu Boden geworfen und die Straße entlang geschleift. Selbst Frauen mit Kindern auf dem Arm sind mit blanker Waffe mißhandelt worden. Auch einige Verhaftungen wurden vorgenommen, die aber auf den Einspruch einiger kommunistischer Abgeordneter wieder rückgängig gemacht werden mußten.

Mit diesen brutalen Mitteln wird in unserer gepriesenen „demokratischen Republik" versucht, Arbeiterfrauen, die für berechtigte Forderungen sich einzusetzen wagen, niederzuknüppeln. Aber alle diese Maßnahmen werden vergeblich sein! Die kommenden Kämpfe der deutschen Arbeiterschaft werden der Bourgeoisie den Beweis dafür erbringen.

Die Seidenweberin.

„Der bleiche Weber sitzt am Stuhl,
Er wirft mit matter Hand die Spul —
Knick — Knack."

Es war in Solingen-Wald, wo mich Grete Jung in eine Seidenweberei führte, die zu besichtigen ich großes Interesse hatte. Eine alte, sehr intelligente Heimarbeiterin (eine sympathisierende Genossin) gab bereitwilligst auf alle unsere Fragen Auskunft.

„Wir stellen nur Qualitätsware her. Die Seide, mit der Hand gewebt, ist dauerhafter als Maschinenfabrikation. Sie bringt dem Unternehmer doppelten Gewinn. Wir arbeiten nicht für eigenen Gewinn, sondern für den Profit des Großunternehmers in Elberfeld. Unsere Lohnverhältnisse sind in höchstem Maße abhängig von denen der Fabrikarbeiter.

Da die Auswirkungen des Sachverständigengutachtens sich besonders in der Textilbranche durch Lohnkürzung und Arbeitszeitverlängerung bemerkbar machen, leiden wir Heimarbeiter natürlich unter noch schlechteren Bedingungen.

Selbst wenn wir alle unsere Kräfte anstrengen, brauchen mein Mann und ich allein für die Vorarbeiten für eine Wochenlieferung zwei Tage. Für diese beiden Tage zahlt uns der Unternehmer keinen Lohn. Das Liefern der Ware und das Abholen des Rohmaterials bringt gleichfalls einen Tag Lohnverlust. Der Fabrikant zahlt dann für einen Meter fix und fertig gewebte fehlerfreie Seide, 1a Qualität, 50 Pfennig. Mit solchem Lohn können wir natürlich nur ein Hundeleben führen.

Als die Besatzungsbehörden meinen alten, schwerkranken Mann ein Vierteljahr lang im Kerker festhielten, weil er im Verdacht stand, flüchtigen Kommunisten Obdach gewährt zu haben, mußte ich allein für den kärglichen Lebensunterhalt schaffen. Bis tief in die Nacht hinein saß ich am Webstuhl, um dann, vollkommen ermüdet, ins Bett zu sinken. Das Bett hatte ich neben dem Webstuhl aufgestellt, um den Weg zu meiner Schlafkammer zu sparen.

Ich weiß, daß an unserem furchtbaren Heimarbeiterelend die Profitsucht der Kapitalisten schuld ist. Wir müssen alle mithelfen, damit endlich der Kapitalismus beseitigt wird."

G. Z.

Worte und Taten zur Aufhebung der §§ 218 und 219.

Als der Prozeß gegen den Apotheker Heyser in Berlin stattfand, als die ganze heuchlerische bürgerliche Oeffentlichkeit fürchtete, Heyser würde seine Ankündigung wahrmachen und „Fälle, die bis in die höchsten Kreise hinauf gehen", dem Gericht unterbreiten, da hörte man sehr viel davon, daß die §§ 218/219, die die Abtreibung mit Zuchthaus bestrafen, unbedingt aufgehoben werden müßten. Sogar die kleinbürgerliche Presse, wie die „Morgenpost" und die „Volkszeitung" schwätzten so und der „Vorwärts" brachte morgens und abends Artikel und Stimmungsbilder über die Auswirkung dieser Paragraphen und die Versicherung, daß er und die Sozialdemokraten alles für die Beseitigung dieses ungeheuerlichen Gesetzes tun würden. Man hielt auch große Protestversammlungen ab, in denen man feierlich gelobte, sich für die Abschaffung der Paragraphen stark einzusetzen, und in den Parlamenten machte man gleichzeitig ein Papier-Bombardement. Man stellte eine Anfrage, ob die Regierung für eine Milderung der §§ 218/219 einzutreten gewillt sei (**also schon nicht mehr Aufhebung!**) und weiterhin stellte man einen Antrag **für Amnestie** für all diejenigen, die auf Grund dieser alten Kasten-Bestimmungen verurteilt sind. Einen Amnestie-Antrag, gleichzeitig aber brachte die Komm. Fraktion einen Antrag ein, daß die Gesetzesparagraphen sofort außer Kraft gesetzt werden, ein ausreichender Mutter- und Säuglingsschutz geschaffen und an Stelle der §§ 218/219 die gesetzliche Berechtigung, die Schwangerschaftsunterbrechung von Aerzten auf Verlangen der Schwangeren vornehmen zu lassen, geschaffen wird. Diese sämtlichen Anträge wurden auf Antrag der SPD. dem Ausschuß für Bevölkerungspolitik überwiesen, wo die Berichterstatterin für diese Anträge für Ablehnung unseres Antrages eintrat und einen Kompromißstandpunkt vertrat, der die größten Mißstände auf diesem Gebiet bestehen lassen würde.

Während dieser Standpunkt der SPD. schon ein feiges Zurückhalten der öffentlichen Erklärungen der letzten Zeit war, leistete man sich im Plenum des Hauses (Preußischer Landtag) gleichzeitig noch etwas Tolleres. **Zum Justizetat hatten die Kommunisten den Amnestie-Antrag erneuert und die Sozialdemokraten stimmten dagegen, obgleich diese Forderung von ihnen selbst, als es wegen dieser Frage draußen rumorte, gestellt wurde!**

Arbeiterinnen, diese Schurkereien hat sich die SPD. schon oft auch gerade in dieser Frage geleistet.

Merkt's Euch, haltet es ihnen in ihren Versammlungen vor und klärt die SPD.-Anhängerinnen über die Führer auf, damit sie ihnen endlich den Rücken kehren.

K.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240915-15/fragment/page=0010

Aus anderen kapitalistischen Ländern.

Arbeiterinnenausbeutung im „freiesten Lande der Welt".

„Western Electric" ist ein Riesenunternehmen in Chikago, das der amerikanischen Telephongesellschaft gehört. Es werden daselbst von tausenden junger, zum Teil kinderjunger Mädchenhände täglich kleine Teile und Teilchen elektrischer Maschinen sortiert und verpackt. Daß diese Hände ihre Arbeit mit der Genauigkeit, Unermüdlichkeit und Bewußtlosigkeit eines Automaten vollführen, und damit den Herren mit den fetten, ringgeschmückten Fingern und harten Geldgesichtern automatisch ihre Geldsäcke gefüllt werden, dafür versteht es „Western Electric" ganz besonders umsichtig zu sorgen. Wie umsichtig, zeigt anschaulich die Schilderung der Arbeitsaufnahme in dieser Riesenbude, die unlängst unser Bruderblatt, der „Daily Worker", brachte.

„Nach einem mehrstündigen Warten in einem Arbeitsvermittlungsbüro des Unternehmens mit etwa 40—50 Schicksalsgenossinnen wird die junge Werberin zunächst einer Dame

Das Verhör in „Western Electric".

vorgeführt, die die Kandidatinnen auf ihre Tauglichkeit für die Ausbeutung in „Western Electric" zu prüfen hat. Diese stellt trocken und scharf, das Opfer mit ihrem teilnahmslosen Blick durchbohrend, etwa folgende Fragen: Wo haben Sie zuletzt gearbeitet? Wie lange? Warum gingen Sie fort? Was taten Sie vorher? War ein Streik in Ihrem Betrieb? Waren Sie daran beteiligt? Wenn ja, warum? Wenn nein, warum nicht? Sind Sie verheiratet, verwitwet, geschieden? Leben Sie allein? Wenn nein, mit wem leben Sie? Haben Sie Kinder? Gehört die Wohnung Ihnen, in der Sie wohnen? Wem gehört sie sonst? Wie lange wohnen Sie schon dort? Wie lange wollen Sie hier arbeiten? Warum wollen Sie hier arbeiten? usw.

Nach diesem hochnotpeinlichen Verhör kommt die psychologische Prüfung. Der Zweck ist, herauszubekommen, ob die Bewerberin lammsgeduldig genug ist, um es bei der entsetzlich eintönigen Fabrikarbeit auszuhalten, oder ob sie vielleicht Anlage habe, zu rebellieren, und es daher angezeigter sei, sie für Bürorarbeit zu verwenden. Vermag sie 9 und 7 zu addieren, sieht sie ein, daß Wasser nicht einen Berg hinauffließen kann, und daß der einzige Weg, um vorwärts zu kommen, harte Arbeit ist, so wird entschieden, daß sie für Fabrikarbeit ungeeignet ist und sie wird, ob sie nun will oder nicht, einer Büroabteilung etwa als Briefsortiererin zugeteilt.

Nachdem sie nach der Passierung von etwa zwölf Polizisten und mehreren weiblichen Aufsichtspersonen glücklich mit ihrem Schein in das betreffende Büro gelangt ist, beginnt ein neues Verhör. Denn obwohl der Büroworsteher alle Informationen über die neue Arbeiterin schwarz auf weiß vor sich hat, ist seine Wißbegier noch nicht befriedigt. So fragt er z. B. das Mädchen pathetisch:

„Was ist der Ehrgeiz Ihres Lebens?" Darauf die nicht minder ernste Frage: „Werden Sie mit 18 Dollar in der Woche zufrieden sein?" Wird diese Frage bejaht, so fühlt sich der Herr zu folgender Mitteilung bewogen: „Sehen Sie das Mädchen hinter sich", und er weist dabei auf eine ermüdet aussehende junge Frau von etwa 22 Jahren, die mechanisch Briefe in lange, schmale Kästen sortiert. Mit der Genauigkeit einer Maschine führt sie die Bewegungen aus, die notwendig sind, ohne auch nur einmal einzuhalten oder aufzublicken. „Dieses Mädchen wird es zu etwas bringen" fährt der Herr Büroworsteher fort. „Sie ist jeden Morgen 15 Minuten vor der Arbeitszeit hier. Merken Sie sich, Ihre Arbeitszeit beginnt um 8 Uhr und dauert bis 9 Uhr. Wenn Sie eine Minute zu spät kommen, sind Sie verpflichtet, eine Stunde länger umsonst zu arbeiten. Die Vorstellung, die ich von meinen Angestellten habe, ist die, daß jede Minute der Arbeitszeit ausgenützt wird. Selbstredend genießen diejenigen, die bei uns arbeiten, auch eine Menge Vorteile. Wenn Sie in unserem Unternehmen 60 Jahre alt werden und 20 Jahre ununterbrochen in unserem Dienst gestanden haben, erhalten Sie eine Pension, die bis zu 5 Dollar in der Woche betragen kann. Also seien Sie pünktlich morgen früh um 8 Uhr da."

Zum Schluß die Untersuchung im Spital. Sie ist etwas weniger genau. Augen und Zähne werden oberflächlich geprüft und werden, mögen sie noch so schlecht sein, immer für tadellos befunden. Hat man Fieber über 39, so wird man damit getröstet, daß es bei der Arbeit schon vergehen werde!

Ja, „Western Electric" versteht es, für seine Arbeiterinnen zu sorgen.

Japan.

In den Fabriken und Bergwerken Japans sind mehr als 1 200 000 Arbeiter beschäftigt, und dabei bilden die Frauen 50 Prozent aller Arbeitenden. Ihre Mehrzahl ist in den Textil-, Seiden- und Zündholzfabriken beschäftigt. Außerdem findet die Frauenarbeit in Japan die größte Anwendung in den Bergwerken, und zwar arbeiten die Frauen nicht nur über Tag, sondern leisten unter den schwersten Bedingungen Arbeit unter Tag. Mehr als 70 000 Frauen sind in den Kohlen- und Eisengruben begraben.

Von den 200 000 Arbeiterinnen, die jährlich aus dem Dorfe durch die Not in die Fabrik getrieben werden, kehrt alljährlich eine Welle von 80 000 Frauen vollständig invalide zurück. Tuberkulose, Syphilis und andere unheilbare Krankheiten suchen den Rest der Arbeiterinnen heim.

Die Teilnahme der Frauen an politischen und wirtschaftlichen Kämpfen wird immer reger. November und Dezember vorigen Jahres waren besonders stürmisch. Während dieser Monate fanden drei große Streiks in den Textilfabriken statt.

An diesen Streiks nahmen 8000 Arbeiterinnen teil, und da diese Streiks überall siegreich endeten, kamen breiteste Massen arbeitender Frauen in Bewegung. Der Allgemeine Arbeiterverband, der zum erstenmal die Proletarierinnen in den Kämpfen führte, gewann ungemeines Ansehen.

Jetzt geht der Kampf um die Befreiung der japanischen Frau mehr und mehr in die Hände der Arbeitenden selbst über. In dieser Beziehung ist noch unendlich viel zu leisten. Denn in Japan existiert noch heute das Gesetz, das den Eltern das Recht einräumt, ihre unmündigen Töchter an die Bordelle zu verkaufen. Die Prostitution in Japan erreicht die katastrophale Ziffer von 170 000, ungerechnet das billige Menschenfleisch, das Japan auf den internationalen Sklavenmarkt wirft. Selbstverständlich bilden die Kinder nur einen gewissen Prozentsatz der Prostitution, denn die Mehrheit der Opfer stellt die Fabrik, die täglich Hunderte und Tausende arbeitsunfähiger Frauen auf das Pflaster wirft. Das einzige, worin die Japanerin mit dem Manne gleichgestellt ist, ist die Gewährung gleicher Elementarbildung. In Japan beträgt die Analphabetenziffer knapp 10 Prozent, in China dagegen 99 Prozent.

In den letzten Jahren gibt sich die japanische Arbeiterin immer weniger zufrieden mit der bloßen Frauenemanzipation. Die wichtigsten Frauenverbände „Die rote Welle" und „Verein des 7. Tages" (zu Ehren des 7. November) nehmen in ihren Entschlüssen einen immer schärfer ausgeprägten Klassencharakter an. Besonders der „Verein des 7. Tages". Er hat seine Mitglieder in mehrere Massendemonstrationen geführt, hat anläßlich der Feier des 8. März große Meetings veranstaltet, die von der Polizei auseinandergejagt wurden, hat Flugschriften verbreitet usw. Es ist vollständig klar, daß die kommunistische Frauenbewegung in Japan alle Vorbedingungen für eine gesunde Entwicklung vorfindet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240915-15/fragment/page=0011

China.

In China zeigt sich ein wesentlich anderes Bild, denn China ist, trotz seiner großen Industriezentren, wie Schanghai, Hongkong, Kanton, in denen 800 000 Arbeiter, darunter 250 000 Frauen, beschäftigt sind (nicht zu sprechen von den 400 000 Arbeitern und 300 000 Arbeiterinnen in den Kleinbetrieben), dennoch ein agrarisches Land. Bis jetzt existiert in China noch kein gesetzlicher Schutz der Frauenarbeit. Und dennoch, ungeachtet der mittelalterlichen Familienverhältnisse, die die Frau in einer sklavenhaften Abhängigkeit halten, ungeachtet des Staates, der diese feudale Botmäßigkeit in den Fabriken fortsetzt, ungeachtet der niedrigen Löhne, die die chinesische Arbeiterin zu einem stumpfen, herabgesunkenen, moralisch und physisch ruinierten Werkzeug machen, ungeachtet alles dessen, hat die Chinesin den Mut gezeigt, fast in allen Streiks, Unruhen und Revolten der letzten Zeit den aktivsten Anteil zu nehmen. Die allgemeine Zahl der Streiks, die in der letzten Zeit die ganze Zigaretten-, Seiden- und Textilindustrie erschütterten — alles Betriebe, in denen ausschließlich Frauen beschäftigt sind — stieg im Jahre 1920 auf 18. 60 größere Fabriken mit 30 000 Arbeiterinnen stellten die Forderung der Verkürzung des Arbeitstages von 14 auf 8 Stunden. Der größte Streik fand statt in Schanghai. Er übertrug sich auf 44 Seidenfabriken, in denen 22 000 Arbeiterinnen beschäftigt waren. Im Jahre 1923 zählen wir schon 35 Streiks mit einer Armee von 40 000 Frauen. Natürlich sind diese Zahlen nur ein kleiner Prozentsatz der riesigen Frauenmassen, die bis jetzt außerhalb jeder politischen und ökonomischen Organisation stehen.

Erwerbslosenelend.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Schon 6 Wochen ist mein Mann ohne Arbeit. Tagtäglich geht er morgens aus dem Hause, und immer wieder ist der Weg zum Nachweis vergeblich. Auch ich versuche jeden Tag,

In Berlin sind nach den neuesten Meldungen über 100000 Personen bei den Arbeitsnachweisen eingetragen.

Hiervon erhalten 37000 Erwerbslosenunterstützung. 63000 Menschen sind also glatt dem Hungertod ausgeliefert!

durch die Zeitung oder durch den Nachweis für Frauen Arbeit zu erhalten. Jeden Morgen geht man mit neuen Hoffnungen zum Nachweis, wartet unter den vielen Leidensgenossinnen bis zum Arbeitsaufruf, und immer wieder nichts.

Gestern morgen heißt es am Schalter, es werden Frauen und Mädchen für eine Kartonnagenfabrik nach B. gesucht. Ist freilich ein weiter Weg und Bahnfahrt dazu, aber das macht nichts, man hat doch erstmal wieder Beschäftigung und etwas Verdienst.

Am anderen Morgen früh um 7 Uhr gehts nach B. Das Fahrgeld habe ich mir von einer Nachbarin geborgt in der Hoffnung, daß es in der Fabrik Vorschuß gibt. Unsere Hoffnungen waren nicht hoch gespannt, aber doch wurden wir bitter enttäuscht.

Im Fabrikkontor wurde uns erklärt, wir würden als Lehrlinge eingestellt, und als Entschädigung bot man uns sage und schreibe

5 Mark pro Woche

bei 8 Stunden Arbeit täglich. Dabei hatten wir morgens und abends 1½ Stunden Weg. Das Fahrgeld beträgt für eine Wochenkarte 1.70 Mk. und dann noch die Abzüge für Invalidität und Krankenkasse, sodaß schließlich knapp 3.— Mk. pro Woche übrig bleibt. Unter diesen Umständen konnten wir die Arbeit natürlich nicht annehmen.

Wir gingen alle zusammen gleich wieder zum Nachweis, um erstens dem Vermittler für die Ausgabe solcher Arbeit zu danken und zweitens die übrigen Frauen zu warnen, nicht auch nach B. zu fahren und ihre letzten paar Groschen für Fahrgeld auszugeben.

Wir lasen dann ein Plakat, auf dem eine Versammlung der Erwerbslosen angekündigt war. Wir beschlossen alle, hinzugehen und beredeten auch noch eine Anzahl anderer Frauen.

Ungefähr 60 Frauen hatten sich eingefunden. Ein erwerbsloser Kollege von einem anderen Nachweis sprach zu uns.

In der Debatte schilderte ich dann den Vorgang vom Morgen. Eine Frau meinte, da müsse doch die Behörde eingreifen. Der Kollege klärte uns aber auf, daß wir von der Behörde nichts zu erwarten hätten, denn die stände im Auftrage der Unternehmer, um diesen billige Arbeitskräfte zu verschaffen Wir müßten selbst mit Hand anlegen, um unser Elend aus der Welt zu schaffen. Auf allen Nachweisen hätten sich jetzt die Erwerbslosen aufgerafft und Vertrauensleute gewählt, um gemeinschaftlich unsere Forderungen zu stellen, nur unter den Frauen wäre das noch nicht geschehen.

Da faßten wir auch den Mut und bildeten unter uns einen Vertrauenskörper. Ich erklärte mich auch bereit, und nach der Versammlung blieben wir noch einige Zeit beisammen, um das Notwendige für unsere Arbeit zu besprechen."

D. H., Hamburg.

Dieses Beispiel zeigt, daß auch die erwerbslosen Frauen langsam begreifen, daß sie ihr Elend nicht länger geduldig tragen dürfen, und daß es notwendig ist, sich organisatorisch zusammenzuschließen, um gegen alle vorhandenen Mißstände ankämpfen zu können.

Es ist notwendig, daß eine enge Verbindung zwischen den erwerbslosen Frauen und der Arbeiterschaft in den Betrieben hergestellt wird. Jeden Arbeiter und jede Arbeiterin kann morgen ebenfalls das Los treffen, auf die Straße zu fliegen. Und erst dieses gemeinsame Vorgehen wird es möglich machen, die Betriebsstillegungen und die Massenentlassungen durch die Unternehmer wirksam zu bekämpfen.

51,6% weibliche Staatsangestellte abgebaut.

Die Personalabbauverordnung wird bekanntlich besonders brutal gegen die Beamtinnen und weiblichen Staatsangestellten angewandt. Von den am 31. Oktober vorhandenen Beamtinnen sind 9899 — 15,3 Prozent abgebaut worden, von den weiblichen Staatsangestellten 9908 — 51,6 Prozent. Auf Grund der reaktionären Einstellung gegenüber der „Doppelexistenz" wurden besonders viele verheiratete Beamtinnen und Angestellte abgebaut.

Auf dem Verbandstag der Postbeamtinnen, der Mitte Juni in Königsberg tagte, wurde berichtet, daß die Furcht, abgebaut zu werden, viele kranke Beamtinnen hindert, sich krank zu melden.

Hinzu kommt noch, daß die weiblichen Beamten und Staatsangestellten meistens bei unerhörter Ausbeutung mit den miserabelsten Gehältern nach Hause geschickt werden. Auch sie müssen sich endlich in die revolutionäre Front der Werktätigen einreihen.

Aus Sowjetrußland.

Im krassen Gegensatz zu den kapitalistischen Ländern, in denen die Arbeiterinnen in schärfster Form ausgebeutet werden, steht Rußland, das einzige Land der Welt, in dem die Arbeiter die kapitalistischen Herren davongejagt haben. Unendlich viel hat die Sowjetregierung gerade für die Arbeiterinnen getan. In den Betrieben bekommt sie gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Ist sie schwanger, geht sie zwei Monate vor und zwei Monate nach der Entbindung nicht in den Betrieb, bekommt aber ihren vollen Lohn ausbezahlt. Da die meisten Frauen Analphabeten waren, hat die Regierung Schulen für sie errichtet, in denen sie lesen und schreiben lernen. In der „Prawda" vom 23. August heißt es darüber: „Die Frau in Rußland ist heute nicht mehr vom sozialen Leben getrennt, sie nimmt an allem teil. Das wird durch eine Reihe von unbestreitbaren Massenfaktoren bestätigt. Hier ist für uns von Wichtigkeit der Faktor: gestern noch eine stumme, niedergeschlagene und rechtlose Sklavin, ist sie heute durch die Revolution bis zur höheren Schule (Wuz) gekommen. Konkret: die Usbekin Salamat Parpibajewa, die Kirgisin Nastra Kentschinbajewa und andere sind im verflossenen Lehrjahre von einem Kursus zum andern übergegangen mit glänzendem Erfolg laut dem Zeugnis der akademischen Prüfungskommission."

Das Geschenk einer Bäuerin.

Auf der 3. internationalen Frauenkonferenz in Moskau begrüßte eine Bäuerin die Konferenz mit folgenden Worten: „Liebe Schwestern! Ich bin nur eine einfache Bäuerin. Früher konnte ich nicht lesen und schreiben. Das habe ich alles jetzt erst gelernt, seit wir die Arbeiterregierung haben. Früher waren meine Augen verbunden, heute gehe ich im Palast des Zaren aus und ein. Ich habe einen Gurt gearbeitet, den ich den Delegierten aus den kapitalistischen Ländern schenken will. Sie sollen daran ihre kapitalistischen Herren aufhängen. In Rußland haben wir das nicht mehr nötig. Seitdem wir hier die Revolution durchgeführt haben, geht es uns Arbeiterinnen und Bäuerinnen so gut, wie noch nie in unserem Leben. Es lebe Sowjetrußland und die Kommunistische Partei! Das ist unser Leben und unsere Seligkeit!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240915-15/fragment/page=0012